

THE **Zurich** GLOBALIST

Issue 2, FS 2012



Handel



Es gibt wirklich gute Gründe für unseren Master in Politikwissenschaft

Spitzenforschung in der Schweiz und in Europa

Breites Studienangebot

Hohe Spezialisierungsmöglichkeiten

Aussergewöhnliche Karrieremöglichkeiten

Persönliche Betreuung

Top Location

Persönliche Entwicklung

Praxisbezug

Internationalität

Noch Fragen?

Unsere Fachstudienberatung hilft Ihnen gern weiter: studhelp@ipz.uzh.ch



**Universität
Zürich**^{UZH}

Institut für Politikwissenschaft. Cityport. Zürich.
www.ipz.uzh.ch

Editorial

Nachdem unsere erste Ausgabe auf ausserordentlich positive Resonanz gestossen ist und unser Team einen beachtlichen Zuwachs erfahren durfte, freut es uns sehr, im Namen aller Beteiligten die zweite Ausgabe des Zurich Globalist präsentieren zu dürfen! Dass er immer noch in den Kinderschuhen steckt, zeigt sich beispielsweise in der fortgesetzten Suche nach einem überzeugenden Erscheinungsbild – das Engagement von Editorenteam und Autoren stimmt uns aber zuversichtlich, dass er mit der Zeit seine Kinderkrankheiten ablegen und zu einem festen Bestandteil der zürcherischen, studentischen Publikationslandschaft werden wird.

1

Im Fokus steht der Handel, seit jeher eine fundamentale menschliche Tätigkeit und so facettenreich wie die Menschen, die ihn betreiben. So reicht denn auch das Spektrum unserer Beiträge vom Handel mit Landgütern über Menschenhandel bis hin zum Umgang der europäischen Fussballligen mit hochbegabten Fussball-Wunderkindern. Daneben lassen wir auch die wirtschaftlichen und insbesondere die europäischen Turbulenzen dieser Tage nicht ausser Acht, analysieren die griechische Situation und stellen Dogmen der Wirtschaftstheorien in Frage. Lesen kann man aber auch über die Perspektiven des arabischen Frühlings aus der persönlichen Sicht eines jungen Ägypters oder über den kulturellen Einfluss früher Atomwaffentests – und vieles mehr.

Alle Autoren freuen sich über Rückmeldungen, Kommentare und Kritik zu ihren Artikeln und sind dazu per E-Mail erreichbar. Das ganze Zurich Globalist-Team ist Anregungen gegenüber offen, die dazu beitragen, unsere nächsten Ausgaben noch interessanter zu machen. Neue Kräfte sind in unseren Reihen jederzeit willkommen!

Mit den besten Wünschen für die Sommermonate,

Nikola Ciganovic und Christian Müller
Co-Chefredakteure

Inhalt

Handel

2

5 Wer spielt Russisch Roulette mit den Griechen?
von Moritz Mähr

8 Die Bekämpfung des Menschenhandels in der Schweiz
von Stefan Bösinger

13 Die Ökonomie des Vertrauens
von Nikolai Thelitz

16 «Land grabbing» – Kolonialismus mit juristischen Mitteln
von Chantal Joris

Vor Ort

21 Ein Jahr nach der Ägyptischen Revolution
von Adam Gaber

25 «On se débrouille». Der informelle Sektor in Burkina Faso
von Andrea Voellmy

29 Der Kampf um Frauenrechte in Libyen
von Asya Deniz Senol und Valentina Petrovic

31 Schweden – wo Milch und Honig fliessen?
von Anja Grob

Europa

35 Warum Griechenland in der EU scheitern musste
von Giannis Mavris

39 Die Versicherheitlichung der europäischen Asylpolitik
von David Kaufmann

44 You have just been hacked
von Nicolas Zahn

47 Kroatien und die Europäische Union – Wie weiter?
von Ivan Marijanovic inger

Wirtschaft

51 51 Das intellektuelle Versagen der Wirtschaftswissenschaften
von Jan-Philipp Küppers

55 55 Der Traum vom neuen Messi
von Michael Hotz

Wissenschaft und Kultur

59 Als die Bombe ins Südseeparadies fiel

63 «SF bi de Lüt» oder doch lieber «Desperate Housewives»?
von Alessandra Keiser

Impressum

Herausgeber

Verein Zurich Globalist
Rämistrasse 71
CH-8006 Zürich
info@zurichglobalist.org
www.zurichglobalist.uzh.ch

Projektleitung

Nicolas Zahn

Redaktionsleitung

Nikola Ciganović und Christian Müller

Gestaltung

Christian Müller

Editoren

Stefan Brunner
Nadja Busch
Nikola Ciganović
Anja Grob
Alessandra Keiser
Livio Liechti
Ivan Marijanovic
Sarah Moser
Daniela Müller
Nikolai Thelitz
Nicolas Zahn

Druck

Onlineprinters GmbH
Rudolf-Diesel-Straße 10
91413 Neustadt a. d. Aisch
Deutschland

Ausgabe

Nr. 2 / FS 2012

Auflage

700 Exemplare

Illustration Umschlag

Yvonne Haberstroh

Inserate / Sponsoring

fundraising@zurichglobalist.org
www.zurichglobalist.uzh.ch/
fundraising.html

Unterstützung

- Mercator Stiftung:
Wir danken der Mercator
Stiftung für die, im Rahmen des
Projekts Engagier Dich!, gewährte
Unterstützung.

Danksagungen

- Die Autoren danken folgenden
Personen:
Ivan Marijanovic:
 - Botschafter Jaksa MuljagicValentina Petrovic und Asya Deniz
Senol:
 - Dr. Seham Sergiwa
 - Magdoulien Obaida

Handel

Wer spielt Russisch Roulette mit den Griechen?

Seit der Jahrhundertpleite von Lehman Brothers weiss auch Otto Normalbürger was passiert, wenn den Bankern der Schuss nach hinten losgeht. Nun gerät mit Griechenland kein Finanzinstitut, sondern ein ganzes Land ins zerstörerische Visier der Spekulanten. Moritz Mähr erklärt, was hier genau gespielt wird.

5

Die lange Leidensgeschichte Griechenlands

Griechenland war während der 1980er und 1990er Jahre ein wirtschaftlich sehr instabiles Land. Die hohen Inflationsraten und regelmässigen Währungskrisen machten es schwierig, Preise für Konsumgüter, Dienstleistungen und Anlagen zu berechnen und führten zu einer grossen Verunsicherung der Bevölkerung und der Investoren. Zudem musste der griechische Staat hohe Zinsen für seine Schulden an den Finanzmärkten bezahlen. Um die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren, erklärte die Regierung 1994, sie wolle in die Eurozone eintreten. Ab diesem Zeitpunkt stieg das Vertrauen in Griechenland, und mit den wirtschaftlichen Kennzahlen glichen sich auch die Zinsen der griechischen Staatsanleihen dem europäischen Niveau an. Am 1. Januar 2001 wurde Griechenland zum zwölften Mitglied der Eurozone und konnte fortan von einem tiefen Zinsniveau und stabilen Währungskursen profitieren. Obwohl die Griechen knapp unter den Richtwerten des Euro-Stabilitätspaktes lagen, wurde ihnen der Eintritt nicht verwehrt. Zu gross war der Optimismus in die aufsteigende Mittelmeernation und die europäische Idee. Und angesichts der hohen jährlichen Wachstumsraten störte sich auch niemand daran, dass die Zahlen nachträglich noch weiter nach unten korrigiert wurden. Die Bevölkerung profitierte von steigenden Löhnen und einem Staat, der die Wirtschaft mit Aufträgen versorgte. Von 2001 bis 2009 stieg der Anteil der staatlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 45% auf über 50% an, was dem Niveau von Schweden oder Frankreich entsprach. Das heisst, dass jeder zweite Euro vom Staat ausgegeben wurde. Was für eine wettbewerbsfähige Nation durchaus tragbar ist, wurde den Griechen zum Verhäng-

nis. Denn sie büssten über diesen Zeitraum ein Viertel ihrer Wettbewerbsfähigkeit gemessen am Konsumentenpreisindex ein. Das bedeutet, dass die Preise im relativen internationalen Vergleich sehr schnell ansteigen. Zudem sank das griechische Volksvermögen aufgrund der zunehmenden Importüberschüsse.

Als im August 2007 die Spekulationsblase auf dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt platzte, geriet Griechenland nicht merklich unter Druck. Der Schock kam erst im Herbst 2009, als zwei parallele Entwicklungen die griechischen Finanzmärkte erschütterten: Erstens musste die neu gewählte Regierung die Prognosen für das Haushaltsdefizit von 6% auf über 12% des BIP korrigieren. Zweitens bat im November 2009 die staatliche Investmentgesellschaft des Emirats Dubai ihre Gläubiger um einen Zahlungsaufschub für 26 ihrer insgesamt 59 Milliarden Dollar Schulden. Denn die eigene Regierung versagte der Gesellschaft jegliche finanzielle Unterstützung. Diese Nachricht erschütterte die Finanzwelt. Der schier unerschütterliche Glaube an Staatsgarantien war gebrochen. Und die Stabilität der Eurozone wurde infrage gestellt. Denn während der Euro alle Staaten der Eurozone vor Wechselkursrisiken schützt, bietet er keinen Schutz vor Kreditrisiken. Jetzt richtete sich das Augenmerk der Ratingagenturen und der Finanzmärkte auf Griechenland und die Zinskosten für die Staatsschulden stiegen sprunghaft an.

Die Mär der rationalen Märkte

Der Anstieg der Zinskosten widerspiegelte jedoch genau so wenig die ökonomische Realität Griechenlands, wie die tiefen Zinsen in der Phase von 2001 bis zum Aus-

bruch der Krise. Denn die wirtschaftlichen Kennzahlen Griechenlands vermochten zu keinem Zeitpunkt vor der Krise ein derart niedriges Zinsniveau zu erklären. Aber wie ist es möglich, dass die Finanzmärkte über Jahre hinweg die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes falsch einschätzen? An dieser Stelle müsste man sich eigentlich fragen, wozu wir Institutionen wie Börsen und Ratingagenturen unterhalten, wenn sie offensichtlich ihre Funktion nicht erfüllen. Die Ratingagenturen erheben Informationen über die Schuldner. Die Börsen stellen eine Plattform dar, in der das Angebot auf die Nachfrage trifft und sich aufgrund der erhobenen Information ein pareto-effizientes Preisniveau einstellt. Soweit die wirtschaftswissenschaftliche Theorie. In der Praxis hingegen regieren Herdenverhalten, verquere Erwartungen und kurzfristiges Gewinnstreben die Preise auf den Märkten. Denn die Investoren, zu denen viele europäische Banken gehören, pumpten viel billiges Geld in die griechische Wirtschaft. Das hatte zur Folge, dass die Importe – knapp ein Viertel davon aus Deutschland und Italien – anstiegen und neben der griechischen auch die europäische Wirtschaft ankurbelten. Dieser Kreislauf funktionierte wie ein riesiges Schneeballsystem, das solange stabil blieb, wie die Zinsen tief waren.

Als dann 2009 die Zinskosten explosionsartig anstiegen, kollabierte das System. Ein teilweiser Kreditausfall Griechenlands wurde immer wahrscheinlicher.

Was für viele Menschen das Ende bedeutete, war für das internationale Finanzcasino erst der Anfang. Die Croupiers der Hedgefonds nahmen rege Wetten auf den Bankrott Griechenlands entgegen. Auch hier pervertierte sich die ökonomische Theorie gleich selbst. Die Finanzinstrumente, die laut der Theorie als Versicherung gegen den Ausfall von Krediten dienen sollten, wurden überwiegend zur Spekulation verwendet. Das war möglich, weil es einige grundlegende Unterschiede zwischen einer Versicherung im richtigen Leben und einem Finanzinstrument mit der Funktion einer Versicherung gibt: Der Abschluss einer Versicherung ist teuer. Die Versicherung kann nur auf einen Gegenstand abgeschlossen werden, der im eigenen Verantwortungsbereich liegt. Die Versicherung kann nur ein einziges Mal abgeschlossen werden. Die Versicherung wird besteuert. All diese Dinge gelten für die Finanzinstrumente im Finanzcasino nicht. Um sich die Konsequenzen zu verdeutlichen, muss man

sich nur kurz eine Welt vorstellen, in der diese Regeln auch für konventionelle Versicherungen nicht gelten. Sie könnten das Auto ihres Nachbarn versichern, da sie wissen, dass er äusserst risiko- und trinkfreudig ist. Sie könnten auch eine Lebensversicherung auf diesen Nachbarn abschliessen, da er auch noch ziemlich viel raucht. Ihr Nachbar hat wenig Anreiz, seinen Lebensstil zu ändern. Davon kann er aus einer finanziellen Hinsicht nicht profitieren. Sie werden ihn dazu auch nicht ermuntern, denn sie bekommen ihre Versicherung erst ausbezahlt, wenn ihr Nachbar mit seinem Auto einen Unfall macht. Am besten einen tödlichen!

Macht hoch die Tür, die Tor macht weit

Was sich absolut absurd und fiktiv anhört, ist auf den Finanzmärkten zur bitteren Realität geworden. Doch auch die Banken und alle anderen Teilnehmer an den Finanzmärkten sind nicht alleine schuld an der Misere. Denn neben extrem leistungsfähigen Computern braucht man auch noch laxe gesetzliche Rahmenbedingungen, damit sich der Betrieb einer börslichen Wettstube lohnt. Während es einem schwerfallen wird, die Ingenieure von IBM und anderen Technologieunternehmen für diesen Schlamassel verantwortlich zu machen, tragen die



Politiker schuld an schwach regulierten Finanzmärkten. In den 1980er Jahren waren insbesondere der US-amerikanische Präsident Ronald Reagan und die britische Premierministerin Margaret Thatcher Vorreiter für eine massive Liberalisierung der Finanzmärkte. Die Gebühren wurden gesenkt und Grössenbeschränkungen abgebaut. Auf einen Schlag wurde der Wertpapierhandel einfach und günstig. Ende der 1990er Jahre setzte der Präsident der USA, ein Demokrat namens Bill Clinton, noch einen drauf und hob den Glass-Steagall Act auf. Mit der Aufhebung des Trennbankensystems durften jetzt auch Banken, die Sparbücher, Girokonten und Immobilienkredite von Max Mustermann verwalteten, mit hochspekulativen Finanzinstrumenten handeln. Die Banken arbeiten fortan nicht mehr für den Kleinsparer, sondern für ihr Eigenes. Die Versorgung der Realwirtschaft mit Krediten stand nicht mehr im Zentrum, sondern die Gewinne der Bank und die Boni des Managements. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts zogen selbst Länder wie Deutschland mit einem sozialdemokratischen Bundeskanzler und rot-grüner Bundesregierung nach und liberalisierten die AL-

tersvorsorge. Hochspekulative Hedgefonds wurden für Privatanleger zugelassen und Steuern für börsenkotierte Unternehmen abgebaut. Nun waren wir alle Spekulanten. Die mutigeren aktiv, indem sie in einen Hedgefonds investierten. Die Schüchternen passiv, indem sie weiter ihr Geld in ihr Sparbuch einzahlten.

Den Letzten beißen die Hunde

Wenn alle ein bisschen schuld sind, ist es am einfachsten einen Sündenbock zu suchen. Und Griechenland eignet sich hervorragend als Sündenbock. Denn abgesehen von den vielen Vorurteilen gegenüber den Griechen, die sich den ganzen Tag mit Schafkäse und Wein verköstigen, anstatt zu arbeiten, gibt es eine ganze Reihe gerechtfertigter Kritik an Griechenland. So hat die Regierung nicht nur viele politische Fehlentscheide getroffen, sondern auch ein korruptes System kultiviert. Steuern zu zahlen schien angesichts der ausstehenden zweistelligen Milliardenbeträge fakultativ zu sein. Die unzähligen Staatsangestellten bekamen neben dem 13. und 14. Monatslohn die kuriosesten Zulagen und Prämien: Rechtzeitiges Erscheinen am Arbeitsplatz, die Bedienung eines Kopiergeräts und das Tragen einer ordnungsgemässen Bekleidung wurden separat entschädigt, um einige Beispiele für diese Auswüchse zu nennen. Die Struktur vieler Branchen erinnerte an eine schlechte Mischung einer spätfudalen Zunftordnung mit einer Prise kommunistischer Planwirtschaft. Die Gewerkschaften, die fast ausschliesslich den öffentlichen Sektor und Staatsangestellte vertreten, glichen süditalienischen Inkassounternehmen. Zudem versorgte die EU Griechenland seit den 1980er Jahren mit geschätzten 133,5 Milliarden Euro. Im Gegenzug erhielt die EU in regelmässigen Abständen geschönte Wirtschaftskennzahlen. Man könnte fast meinen, die Griechen seien selbst schuld und hätten den Schwarzen Peter verdient. Denn der Rest der Welt hat den Ernst der Lage erkannt und greift durch. Selbst rechte Staatsleute wie Nicolas Sarkozy und die Chefin der Allianz von Christdemokraten und Freisinnigen spielen sich als Hüter der Moral und des Anstands auf und wollen die Finanzmärkte zähmen. Und am WEF ereifern sich die Verwaltungsratspräsidenten in ihren Reden. All fühlen sie sich den aufklärerischen Werten so verpflichtet, als wollten sie die Französische Revolution wiederholen.

Die Realität hingegen ist eine andere: Aus dem Dotcom Crash im Millennium wurden keine Lehren gezogen und munter weiterspekuliert. Und als 2007 zur grossen Verwunderung aller Profipolitiker, Chefbeamten, CEOs und Börsenexperten die Sub Prime Blase in den USA platzte, die Milliarden Volksvermögen und Millionen von Jobs vernichtete, veränderte sich auch nichts an den Finanzmärkten. Jetzt ist der postulierte Aktionismus gross, aber die Wahrscheinlichkeit, dass ausser einem Sozialabbau auf Kosten der «99%» noch etwas anderes passiert, rückt in weite Ferne. Denn während die angloamerikanischen

Neoliberalisten an ihren eigenen Finanzcasinos festhalten, schiessen sie publikumswirksam mit Kanonen auf alte Spatzen, wie den Ostschweizer Privatbankier Konrad Hummler. Die kleinen und mittleren Fische dürfen dann nicht mehr in die USA reisen und müssen auf dem alten Kontinent bleiben. Dort wo wieder Deutsch – und vielleicht ein bisschen Französisch – gesprochen wird, an all den Gipfeltreffen und Krisensitzungen. Es wird viel gesprochen, Angst verbreitet und der Teufel in hell leuchtenden Neonfarben an die Wand gemalt. Die Reichen drohen den Armen, die Banker ihren Kunden und die Politiker parieren. Trotz all der Polemik, die grossen Migrationswellen der Steuerflüchtlinge, Bonipreller und Finanzspitzbuben sind ausgeblieben. Ihre strafrechtliche Verfolgung grösstenteils auch. Das lässt den wachen Bürger hellhörig werden. Blüht uns bald auch dasselbe Spiel wie den Griechen?

7

—
Text [Moritz Mähr hat einen Bachelor in Banking & Finance der Universität Zürich und studiert Geschichte und Philosophie des Wissens \(MA\) an der ETH Zürich.](#)

Die Bekämpfung des Menschenhandels in der Schweiz

Die Schweiz ist ein Zielland für Menschenhandel: Viele Opfer werden zur Ausbeutung hierhergebracht. Stefan Bössinger untersucht die strafrechtliche Verfolgung der Täter und den Opferschutz in der Schweiz.

8

Bellinzona, anfangs Dezember 2011: Das Bundesstrafgericht verurteilt einen 60-jährigen Bordellbesitzer aus Solothurn zu viereinhalb Jahren Gefängnis und zu einer Ersatzforderung von 60'000 CHF. Erfüllte Straftatbestände: mehrfacher Menschenhandel und Förderung der Prostitution. Die vier Helfer des Bordellbetreibers, drei Frauen aus den Kapverden und Brasilien sowie ein Schweizer, erhielten bedingte Haft- und Geldstrafen von bis zu 22 Monaten. Der Prozess ist Beispiel für einen Kampf, der nur selten von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird – umso mehr berichten die Medien ausführlich über die negativen Auswüchse im Bereich der Prostitution, wie im Fall des Zürcher Sihlquais. Doch statistische Zahlen über den Menschenhandel in der Schweiz sind marginal: 2002 schätzte das Bundesamt für Polizei (fedpol) die Zahl der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung auf 1500-3000 Personen – neuere Schätzungen liegen nicht vor. Ebenso fehlen Schätzungen zur Opferzahl von Menschenhandel zur Ausbeutung der Arbeitskraft. Fälle über Menschenhandel zum Zweck der Organentnahme wurden in der Schweiz bis heute noch keine bekannt. Menschenhandel findet in der Illegalität statt, was eine genaue Kenntnis der Opferzahlen unmöglich macht. Die jährlichen Verurteilungen für den Straftatbestand Menschenhandel, der in Art. 182 StGB normiert ist, sind äusserst gering: Von 2000 bis 2010 sind es durchschnittlich 6 Verurteilungen pro Jahr. Doch wie ist «Menschenhandel» definiert und was wird international zu seiner Bekämpfung unternommen?

Definition und Bekämpfung von Menschenhandel

Eine einheitliche Definition für «Menschenhandel» ist so schnell nicht gefunden. Denn es ist die Perspektive, die entscheidet, welcher Art von Definition der Vorzug gege-

ben wird. *Geht man von einer rechtlichen Definition aus, so stehen das Delikt und die Strafverfolgung des Täters im Vordergrund. Wählt man eine soziologische oder operative Perspektive, so ist der Blick auf das Opfer gerichtet.* Im Jahr 2000 wurde durch das UNO-Zusatzprotokoll zur Verhinderung und Bestrafung des Menschenhandels eine Definition gefunden, die von vielen Akteuren im Kampf gegen Menschenhandel geteilt, aber unterschiedlich interpretiert wird. In Artikel 3 lit. a des Zusatzprotokolls wird Menschenhandel als das Anwerben, Befördern, Verbringen, Beherbergen oder Aufnehmen von Personen definiert, das durch unlautere Mittel, wie Nötigung, Täuschung oder Anwendung von Gewalt zum Zweck der Ausbeutung erfolgt. Ausbeutung umfasst u.a. die Ausnützung zur Prostitution, Zwangsarbeit, Sklaverei oder die Entnahme von Organen. Damit werden die drei Hauptformen des Menschenhandels – Menschenhandel zwecks sexueller Ausbeutung, Menschenhandel zwecks Ausbeutung der Arbeitskraft und Menschenhandel zwecks Organentnahme – unter Strafe gestellt. Eine allfällige Einwilligung des Opfers in die Ausbeutung ist dabei ohne Bedeutung, wenn eines der genannten Mittel angewendet wurde. Für Kinder, Personen unter 18 Jahren, gilt eine qualifizierte Norm. Das Zusatzprotokoll wurde von der Schweiz 2002 unterzeichnet und 2006 ratifiziert. Daneben sind für die Schweiz zwei weitere wichtige internationale Abkommen zu nennen: Einerseits das im Jahr 2000 von der Schweiz zum besonderen Schutz der Kinder unterzeichnete und 2006 ratifizierte UNO-Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, der Kinderprostitution und der Kinderpornographie. Um den Minimalanforderungen von Art. 3 des Fakultativprotokolls in der nationalen Gesetzgebung zu entsprechen, wurde

in der Schweiz der Straftatbestand des Menschenhandels den international eingegangenen Verpflichtungen angepasst. Andererseits ist das 2005 vom Europarat erlassene Übereinkommen über die Bekämpfung des Menschenhandels zu nennen. Dieses Abkommen fokussiert noch mehr auf den Opferschutz und die Opferhilfe. So werden konkrete Massnahmen bezüglich der Unterstützung und dem Schutz der Opfer vorgeschlagen. Am 8. September 2008 unterzeichnete die Schweiz das Übereinkommen des Europarats und am 23. Dezember 2011 beschloss die Bundesversammlung die Ratifikation des Abkommens. Einhergehend wurde das Gesetz über den ausserprozessualen Zeugenschutz angenommen, um die eingegangenen internationalen Verpflichtungen umzusetzen.

Die Täter

Menschenhandel in der Schweiz ist ein lukratives Geschäft, bei dem hohe Gewinne erzielt werden können, denn die beschränkten Ressourcen der Strafverfolgungsbehörden sowie die schwierige Beweisführung in einem Prozess verkleinern das Risiko der Verurteilung erheblich. Da die Opfer zur Ausbeutung hierher gebracht werden, wird die Schweiz als ein Zielland für Menschenhandel bezeichnet. Bei den Tätern handelt es sich um Schweizer und Ausländer gleichermaßen – dabei stimmt die Nationalität der ausländischen Täter oft mit derjenigen der Opfer überein. *Als Täter treten vor allem Männer auf, aber auch Frauen, die einst selbst Opfer waren und später Kontroll- und Aufsichtsfunktionen übernehmen, sind keine Seltenheit.* Vielfach wird Menschenhandel von Einzeltätern oder kleinen, oft familiär oder ethnisch geprägten Gruppen betrieben. Es gibt auch Hinweise auf organisierte Kriminalität. Die Täter verstossen oft gegen weitere Strafnormen, wie z.B. die Förderung der Prostitution, Urkundenfälschungen, Betäubungsmitteldelikte und Verstösse gegen das Ausländergesetz.

Die strafrechtliche Verfolgung der Täter in der Schweiz

Die strafrechtliche Verfolgung von Menschenhandel in der Schweiz wird durch Art. 182 StGB normiert. Nach Abs. 1 wird bestraft, wer vorsätzlich als Anbieter, Vermittler oder Abnehmer mit einem Menschenhandel

treibt zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, der Ausbeutung seiner Arbeitskraft oder zwecks Entnahme eines Körperorgans. Das Anwerben eines Menschen zu einem der genannten Zwecke wird dem Handel gleichgestellt. Abs. 2 qualifiziert die Tat, wenn das Opfer unmündig ist oder gewerbmässiger Handel betrieben wird. *Mit der Norm soll der Kern des Menschenhandels, die Behandlung des Menschen als Ware, die beliebig gekauft und verkauft werden kann, erfasst und strafrechtlich verfolgt werden.* Die Ausnützung einer Machtposition durch den Täter und die damit verbundene Aufhebung der Selbstbestimmung des Opfers werden als Unrecht bestraft. Spezifischer ausgedrückt wird die Verfügungs- und Bestimmungsfreiheit des Opfers über den eigenen Körper in Bezug auf die Sexualität, die Arbeitskraft und die Organe geschützt. Die strafbare Tathandlung ist das «Handel treiben» mit Menschen – darunter wird insbesondere das Anbieten, Beschaffen, Vermitteln, Verkaufen und Übernehmen von Menschen verstanden. Aber auch das Befördern, Transportieren und Liefern von Personen kann darunter subsumiert werden. Die explizite Nennung der Akteure (Anbieter, Vermittler, Abnehmer) von Menschenhandel soll klarstellen, dass alle am Geschäft Beteiligten als Täter zu bestrafen sind. Für die Erfüllung der Tathandlung genügt bereits ein einmaliges Handeln mit auch nur einem Menschen. Als Formen der sexuellen Ausbeutung gelten insbesondere Zuführung zur Prostitution, die Ausbeutung zum Zweck der pornografischen Darstellung oder der Herstellung solchen Materials. Die Ausbeutung der Arbeitskraft umfasst insbesondere die unter Zwang geleisteten Arbeiten oder Dienstleistungen, Sklaverei oder sklavenähnliche Verhältnisse. Aber auch der Einsatz von Kindern und Erwachsenen in der organisierten Bettlerei und zum Zweck des Taschen- und Ladendiebstahls fällt darunter. Die Bestrafung der Ausbeutung von Menschen zwecks Organentnahme soll den zunehmend illegalen Handel mit menschlichen Organen bekämpfen. Seit 2004 wird der Bereich der Organtransplantation in der Schweiz durch das Transplantationsgesetz geregelt. Zweck des Gesetzes ist es, den missbräuchlichen Umgang mit Organen, Geweben oder Zellen, besonders den Handel mit Organen zu verhindern, und die Menschenwürde, die



Persönlichkeit und Gesundheit von Personen zu schützen. Laut Einschätzung der Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel (KSMM) ist Menschenhandel zwecks Organentnahme in der Schweiz kaum möglich, da eine hohe Regelungsichte und Transparenz im Verfahren über die Herkunft und Verwendung von transplantierten Organen herrscht. Dazu ist auch die medizinisch-technische Ausführung nicht einfach. Die Strafandrohung beträgt Freiheitsstrafe bis zu 20 Jahren, wobei in jedem Fall eine Busse auszusprechen ist. Zudem wird die Tat auch dann verfolgt, wenn sie im Ausland begangen wurde. Damit soll verhindert werden, dass ein sich in der Schweiz befindlicher Täter, dessen Auslieferung nicht möglich ist, straflos bleibt. Neben der Verfolgung der Täter ist aber auch der Schutz der Opfer zentral.

Die Opfer von Menschenhandel

Als Ursachen für Menschenhandel sind sogenannte Push-Faktoren wie Armut, Arbeitslosigkeit, mangelnde Schulbildung und die geschlechtliche Diskriminierung in den Herkunftsländern, aber auch die Nachfrage nach billigen, ungelernten Arbeitskräften und nach «exotischen» Frauen für das Sex-Gewerbe in den Zielländern, namhaft Pull-Faktoren, zu nennen. Die Schweiz gilt als ein Ziel-, in geringerem Ausmass auch als Transitland für Menschenhandel, d.h. die meisten Opfer werden zur Ausbeutung in die Schweiz gebracht und bleiben auch hier. Unter den Opfern befinden sich grösstenteils Frauen und Mädchen, die zum Zweck der Ausbeutung der Prostitution gehandelt werden. In der Schweiz sind es mehrheitlich Frauen aus Osteuropa (Ungarn, Rumänien, Bulgarien) und Lateinamerika (Brasilien, Dominikanische Republik), aber auch aus Thailand, Nigeria und Kamerun, die zwischen 17 und 25 Jahre alt sind. Die Perspektivlosigkeit und Armut in den Herkunftsländern und die damit verbundene Hoffnung auf eine bessere Zukunft im Zielland wird von den Tätern ausgenutzt, um die Opfer mittels falscher Versprechungen über Arbeits- und Heiratsmöglichkeiten in das Zielland zu locken. Die Einreise ins Zielland kann legal oder illegal erfolgen.



Der rechtliche Schutz der Opfer

Grundlage für die Betreuung und Unterstützung von Opfern ist in der Schweiz das Opferhilfegesetz von 2007. Nach diesem Gesetz hat «jede Person, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden ist» Anspruch auf Unterstützung. Die Opferhilfe umfasst längerfristige Hilfe der Beratungsstellen, Kostenbeiträge für diese Hilfe durch Dritte, Ansprüche auf Entschädigung, Genug-

tuung und Befreiung von den Verfahrenskosten, sowie besonderen Schutz und besondere Rechte des Opfers im Strafverfahren. Ebenso werden die Kantone verpflichtet, für fachlich selbstständige öffentliche oder private Beratungsstellen zu sorgen, wobei die besonderen Bedürfnisse der Opfergruppen beachtet werden müssen. Dadurch wird eine spezialisierte Opferbetreuung möglich. Die Beratungsstellen beraten das Opfer und seine Angehörigen und unterstützen es bei der Wahrnehmung seiner Rechte. Sie leisten dem Opfer und dessen Angehörigen Sofort- und längerfristige Hilfe. Um sicherzustellen, dass die Opfer von ihren Rechten erfahren, muss die Polizei bei der ersten Einvernahme der Opfer diese über die Beratungsstellen, über die Opferleistungen und die Fristen für die Einreichung von Gesuchen informieren. Sofern das Opfer einverstanden ist, werden dessen Namen und Adresse an eine Beratungsstelle weitergeleitet, die dann mit ihm Kontakt aufnimmt. Die Leistungen der Beratungsstellen umfassen medizinische, psychologische, soziale, materielle und juristische Hilfe. Von grosser Bedeutung ist auch die aufenthaltsrechtliche Situation der Opfer: Rechtliche Grundlage dafür ist das seit 2008 geltende Ausländerrecht und die Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit. Da Opfer von Menschenhandel oft illegal

in der Schweiz weilen, müssten sie nach ausländerrechtlichen Regelungen ausgewiesen werden. Um die Opfer von Menschenhandel davor zu schützen, wird ihnen nach Wegfall der Ausbeutung eine Bedenkzeit von mindestens 30 Tagen gewährt. Das Opfer soll sich erholen und über eine Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden nachdenken können. Während dieser Zeit dürfen keine ausländerrechtlichen Massnahmen getroffen werden. Nach Ablauf der Bedenkzeit kann dem Opfer

für die Dauer des Ermittlungs- und Gerichtsverfahrens eine Aufenthaltsbewilligung erteilt werden. Unabhängig von seiner Aussagebereitschaft kann dem Opfer bei Härtefällen ebenfalls eine Aufenthaltsbewilligung erteilt werden. Will das Opfer in sein Heimatland zurückkehren, so kann es Rückkehr- und Wiedereingliederungshilfe beantragen. Mit dem Abkommen des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels sollten die Bedürfnisse des Opferschutzes mit jenen der Strafverfolgung in Einklang gebracht werden. Die Schweiz erfüllt laut der Botschaft des Bundesrates alle vorgegebenen Massnahmen, bis auf den Schutz der Opfer im ausserprozessualen Bereich. Im Strafverfahren sind die Zeugenaussagen der Opfer oft die einzigen Beweismittel. Mittels des neuen ausserprozessualen Zeugenschutzgesetzes ist es möglich, den aussagenden Opfern Schutz über den prozessualen Bereich hinaus zu bieten. Dadurch wird auch das Straf-

verfahren gesichert und die Ahndung des Unrechts kann sichergestellt werden.

Wie weiter?

Menschenhandel ist im Zunehmen begriffen und eine moderne Form der Sklaverei: Vor diesem Hintergrund ist die Bekämpfung von Menschenhandel stets zu verstärken. Auf institutioneller und gesetzgeberischer Ebene hat die Schweiz seit dem Jahr 2000 laufend Änderungen und Anpassungen vorgenommen, um dem Phänomen Menschenhandel entgegenzuwirken sowie die Strafverfolgung der Täter den internationalen Verpflichtungen anzupassen und den Opferschutz auszubauen. Auch wird von behördlicher und zivilgesellschaftlicher Initiative aus versucht, die Bevölkerung für die Thematik Menschenhandel zu sensibilisieren. *Gerade im Bereich der Prostitution ist es wichtig, dass die Freier für die Problematik der Zwangsprostitution und des Menschenhandels sensibilisiert werden.* Verschiedene NGOs und Vereine engagieren sich in diesem Bereich. So wurde während der Fussball-Europameisterschaft 2008 eine Kampagne gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution von privater Seite mit Finanzierung des Bundes realisiert. Damit Menschenhandel wirkungsvoll bekämpft werden kann, sind eine Vielzahl von Faktoren entscheidend: Auf der einen Seite muss in den Herkunftsländern investiert werden, insbesondere durch Projekte zur Unterstützung der dortigen lokalen Behörden, aber auch mittels Information an potenzielle Opfer. Auch die Entwicklungshilfe in solchen Ländern kann die Ausgangsbedingungen der potenziellen Opfer verbessern und somit indirekt einen Beitrag zum Kampf gegen den Menschenhandel leisten. Auf der anderen Seite muss die Sensibilität für das Thema Menschenhandel in der Schweiz in der Bevölkerung noch massiv verstärkt werden. Hier müssen die Bemühungen der Behörden und NGOs auf die Zivilgesellschaft übergehen, indem die Bevölkerung für dieses Thema sensibilisiert und dadurch zum Hinschauen bewegt wird – es gilt nicht weg- sondern hinzuschauen.

—
Text Stefan Bösinger, BA in Rechtswissenschaft UZH.

Illustration Helen Bucher studierte an der Fachklasse Grafik Luzern.

12

**Auch wenn es für
alle Beteiligten
keine optimale
Lösung ist, wird
die Europäische
Zentralbank wohl
auch weiterhin die
Liquidität der
Märkte sicher-
stellen müssen.**

Die Ökonomie des Vertrauens

Wenn Banken schnell liquide Mittel benötigen, besorgen sie sich diese für gewöhnlich auf dem so genannten Interbankenmarkt. Wenig ist bekannt über diese wohl zentralste Institution der Finanzwelt, doch die Weltwirtschaft hängt zu einem grossen Teil von ihr ab. Nikolai Theilitz beleuchtet, was geschieht, wenn dieser Motor durch fehlendes Vertrauen ins Stottern kommt – und was dagegen unternommen werden kann.

13

Man stelle sich vor, Teilnehmer an einer exklusiven Dinner-Party eines noch exklusiveren Yachtclubs zu sein, dessen Mitglieder aus sozialen Schichten kommen, in denen Geld keine Rolle spielt. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hatte niemals ein Mitglied dieses Clubs ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten und so kommt es gut und gerne vor, dass sich die Mitglieder untereinander grössere Geldsummen leihen, zu günstigeren Konditionen als dies ihre Bank tun würde. Nicht ganz gratis versteht sich, da man selbst ja auch Geschäftsmann und nicht Wohltäter ist. Dies funktionierte in der Vergangenheit auch wirklich einwandfrei, so dass risikofreudigere Mitglieder der haute société immer mehr so genanntes Fremdkapital von ihren Freunden ausliehen, um dieses mit gewaltiger Hebelwirkung in finanzielle Produkte aller auch nur erdenklicher Art zu investieren. Die Party ist in vollem Gange, der Milliardär prahlt damit, wie schnell sich sein Kapitalstock vergrössert, und sein grösstes Problem scheint zu sein, dass es seinen so genannten Freunden genau so gut geht wie ihm. Jeglicher Versuch, die Mitglieder des exklusiven Clubs vor Neid erblassen zu lassen, endet damit, dass jemand ihn schlussendlich übertrumpft.

Der Paukenschlag erfolgt nun völlig unerwartet im späteren Verlauf des Abends: Ein für seinen extravaganten Lebensstil bekannter, hoch erfolgreicher Herr aus gutem Hause muss ankündigen, dass er durch Fehleinschätzungen seinerseits massive Verluste an der Börse eingefahren hat und trotz aller erdenklichen Bemühungen nicht fähig ist, die geschuldeten Summen an seine Freunde zurückzubezahlen, da auch seine gesamte Familie niemals das Fremdkapital aufwiegen kann, welches er an der Börse

verspekuliert hat. Das gegenseitige Vertrauen der Mitglieder des Clubs ist dahin, das bisher undenkbare – der Bankrott eines Mitglied dieses exklusiven Clubs – ist eingetreten, und die finanziellen Leih tätigkeiten finden ein jähes Ende. Jeder spekuliert schon darauf, wer als nächstes Insolvenz anmelden muss. Die Musik auf dem Markt hört auf zu spielen, die Party ist vorbei. Was ehemals ein spendierfreudiger netter Onkel war, würde Ihnen nun etwa so bereitwillig einen Kredit gewähren wie Dagobert Duck.

Die Partylaune der Banken

So in etwa kann man sich vorstellen, was beim Kollaps der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 geschah: Der Interbankenmarkt, der Ort an dem sich Banken untereinander mit kurzfristigen Krediten versorgen, wurde mit etwas konfrontiert, was man nicht für möglich gehalten hatte: Eine Investmentbank hatte sich derart verschuldet, dass sie ihre Schulden unmöglich zurückzahlen konnte, und der amerikanische Staat sah die Bank nicht als derart systemrelevant an, um eine mit Steuergeldern finanzierte Rettung in Betracht zu ziehen. In der Folge erlahmte der Interbankenmarkt fast komplett und, wenn überhaupt gehandelt wurde, dann zu höchst unattraktiven Zinssätzen. Was in Kreisen der haute société vielleicht nur dazu führt, dass Milliardäre weniger exorbitante Projekte in Angriff nehmen, hat auf dem weltweiten Finanzmarkt weitreichende Konsequenzen: Ohne günstige Kredite auf dem Interbankenmarkt sind Finanzinstitute weitaus weniger leistungsfähig, weniger investitionsfreudig und somit auch weniger gewinnträch-

tig; im Extremfall kommen die Banken in eine ernsthafte Liquiditätsklemme. Das Herz des globalen Wirtschaftssystems schlägt im besten Fall langsamer, im schlechtesten Fall überhaupt nicht mehr.

Doch was genau ist eigentlich dieser, in den letzten Jahren so oft diskutierte und dennoch selten genauer beleuchtete Markt, nach welchen Gesetzen funktioniert er und was passiert, wenn er zum Erliegen kommt? Und was wird von Seiten der Regierungen unternommen, um dies zu verhindern?

Der Interbankenmarkt ist zunächst einmal ein Markt wie jeder andere auch: Es gibt Käufer und Verkäufer, welche Geld, Wertpapiere, Devisen und andere Finanzprodukte handeln. Die Besonderheit besteht darin, dass jeder Teilnehmer eine Banklizenz besitzt. Für die Finanzinstitute erfüllt der Interbankenmarkt zwei Funktionen: Einerseits die Neutralisation von Risiken im Kundengeschäft – genannt Glattstellung – oder, was der weitaus wichtigere Zweck des Interbankenhandels ist, das Betreiben von Eigenhandel, also Investitionen im Namen der Bank auf Rechnung der Bank durchzuführen, abseits vom Kundengeschäft. Die Finanzprodukte werden zu international anerkannten Referenzzinssätzen gehandelt, welche sich Libor (London Interbank Offered Rate) oder Euribor (Euro Interbank Offered Rate) nennen und täglich neu festgelegt werden.

Vor der Finanzkrise 2007 spielte dieser Eigenhandel auf dem Interbankenmarkt noch beträchtliche 20 bis 50 Prozent der gesamten Erträge der Banken ein, seit der Krise ist der Umsatz, welcher mit diesem Geschäftszweig erwirtschaftet wird, eingebrochen. Dies hat verschiedene Gründe: Hauptsächlich verantwortlich gemacht werden kann der Kollaps von Lehman Brothers und der Kreditausfall, den die Banken dadurch zu tragen hatten. Einerseits wurde so das gegenseitige Vertrauen, welches die Teilnehmer am Interbankenhandel bis anhin ineinander hatten, vom einen auf den anderen Tag zunichte gemacht – das Risiko eines Kreditausfalls rückte ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Denn keine Bank wusste genau, wie viele der plötzlich als toxisch geltenden collateralized debt obligations die andere Bank in ihrer Bilanz hatte. Das Risiko, einer Bad Bank Kredit zu gewähren, welche diesen niemals zurückzahlen könnte, stellte durchaus ein mögliches Szenario dar, welches es zu vermeiden galt. Da sich die Banken untereinander nicht mehr vertrauten, musste als kurzfristiger Kreditgeber der Staat oder, genauer gesagt, die Zentralbanken einspringen. Eigentlich als lender of last resort angedacht,

übernahmen die Zentralbanken bald die Aufgaben des Interbankenmarktes, um das Finanzsystem am Laufen zu halten. Andererseits wurden im Zuge der Finanzkrise und deren politischen Aufarbeitung die Eigenkapitalvorschriften der Banken zusehends verschärft, was den Interbankenhandel in Schranken wies und weniger profitabel machte, so dass Banken sich nach alternativen Investitionsmöglichkeiten umsahen. Das tägliche Handelsvolumen, welches vor der Finanzkrise noch bei bis zu 450 Milliarden Euro lag, ist eingeschrumpft und immer noch ziehen es die Banken vor, anstatt Kredite bei ihren Mitbewerbern aufzunehmen, die weitaus schlechteren Konditionen der Zentralbanken zu akzeptieren und die Geschäfte über diese abzuwickeln. Die Übernacht-Einlagen bei der europäischen Zentralbank haben im Januar 2012 erneut Rekordwerte erreicht, das Problem scheint alles andere als gelöst.

In der Zwickmühle

Die Finanzwelt befindet sich also in einer Situation, welche für keine der beteiligten Parteien von erfreulicher Natur ist: Die Zentralbanken, allen voran die EZB, müs-

sen ein Geschäft übernehmen, welches zwar für sie profitabel ist, aber dennoch nicht zu ihrem Aufgabenbereich gehört. Die Banken selbst sind aber die grösseren Verlierer in der ganzen Geschichte: sie müssen ihre Geldgeschäfte zu wesentlich schlechteren Zinssätzen abwickeln, als dies bei einem funktionierenden Interbankenmarkt der Fall wäre.

Wie überwindet man nun aber die Problematik des mangelnden Vertrauens zwischen den Banken und bringt den Interbankenmarkt wieder in Schwung? Diese Frage stellen sich die Finanzex-

perten weltweit seit einigen Jahren, so auch die Ökonomen der Universität Potsdam, welche die Handlungen verschiedener Akteure in Europa untersuchten.

In Ihrer Studie sprechen die Autoren von zwei Massnahmen, welche ergriffen wurden: Erstens hat die Europäische Zentralbank in der Folge des Kollapses der Investmentbank Lehman Brothers ihre Geldpolitik kontinuierlich gelockert, um eine Kreditklemme zu verhindern: es wurden zum einen die Zinssätze gesenkt, zum anderen Mindestanforderungen für Sicherheiten auf ein tieferes Mindestrating gesetzt und Schnellkredite über längere Laufzeiten eingeführt. Zweitens versuchten die europäischen Regierungen mit direkten Kapitalerhöhungen im Umfang von über 200 Mrd. Euro und Kreditgarantien im Umfang von 1.7 Billionen Euro bereits Ende

Das Herz des globalen Wirtschaftssystems schlägt im besten Falle langsamer, im schlechtesten Fall überhaupt nicht mehr.

2008, das Vertrauen auf den internationalen Kreditmärkten wiederherzustellen.

Die Autoren bewerten die Massnahmen von EZB und den europäischen Regierungen als durchaus erfolgreich, da es gelang, den Euribor wieder unter den Leitzinssatz der EZB zu bringen, also das steigende Zinsniveau, welches durch die zunehmenden Unsicherheiten entstand, wieder zu senken und somit die Kreditvergabe zu erleichtern. Nach wie vor ist es aber so, dass sich die Banken trotz Vorteile auf dem Interbankenmarkt lieber bei der Zentralbank eindecken. Dies hat wohl strukturelle Ursachen: Solange die Schuldenkrise in Europa nicht ausgestanden ist, wird sich an der grundlegenden Situation auch nicht viel ändern. Die Bankwelt hat immer noch mit unabsehbaren Krisenfolgen zu kämpfen, immer noch gibt es die eine oder andere Bank, welche durch die Folgen der Krise in Liquiditätsprobleme gerät und die zunehmende Verschuldung des Euroraumes sowie die daraus folgende Abwertung von Staatsanleihen durch die Ratingagenturen lassen die ehemals sichere Anlage «Staatsanleihe» zusehends zum Ramschpapier verkommen.

Zudem ist die Zukunft der Europäischen Währungsunion alles andere als in Stein gemeisselt. Ein Austritt Griechenlands, einhergehend mit der massiven Abwertung einer eventuellen neuen Währung, der wahrscheinlichen Unfähigkeit in Euro aufgenommene Kredite zu bezahlen und der verheerenden Auswirkung auf Staaten wie Portugal, Italien oder Spanien sind Risiken, die nach wie vor im Raum stehen und das Vertrauen der Banken untereinander nicht gerade fördern. Auch wenn es für alle Beteiligten keine optimale Lösung ist, wird die Europäische Zentralbank wohl auch weiterhin die Liquidität der Märkte sicherstellen müssen und darauf hoffen, dass sich der Himmel über Finanz-Europa in den nächsten Monaten und Jahren etwas lichtet und das Vertrauen unter den Banken wiederkehrt.



Am 21. März 1990 erlangte Namibia als letztes afrikanisches Land seine Unabhängigkeit. Die Zeiten des Kolonialismus schienen der Vergangenheit anzugehören. Seit ein paar Jahren ist der globale Wettlauf um die Entwicklungsländer allerdings wieder eröffnet. Spekulanten und Investoren reissen sich darum, riesige Flächen Ackerland in Asien, Lateinamerika und Afrika zu kaufen und zu pachten. Die internationale Nichtregierungsorganisation *Genetic Resources Action International* (Grain) spricht von: «*land grabbing*» – Landraub. Jacques Diouf, der ehemalige Direktor der Uno-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) warnt vor einem «neuen Kolonialismus». Anders als zur Zeit der kolonialen Eroberung, wird das Land heute jedoch nicht mehr durch

Staaten wie China, Indien oder Saudi Arabien den Lebensmittelbedarf ihrer Bevölkerung auf dem Weltmarkt nicht mehr abdecken konnten und im Ausland Ackerfläche zum Anbau von Lebensmitteln kauften, um sich so ein stabiles Nahrungsangebot zu sichern.

Der Rückgang der Erdölreserven, der Klimawandel und das Bestreben nicht von energiereichen Ländern abhängig zu sein, hat insbesondere in den USA und der EU der Förderung von Agrartreibstoffen Auftrieb gegeben und Energiekonzerne dazu verleitet, Land zu pachten, um Raps, Energiemais oder Zuckerrohr anzubauen. Diese Energiepflanzen, die zur Gewinnung von Bioethanol und Biodiesel gebraucht werden, verdrängen den Anbau von Nahrungsmitteln, was zu einer Verschärfung der Ernäh-

«Land grabbing» – Kolonialismus mit juristischen Mitteln

Ein neuer Trend führt zur Neuverteilung der Erde: «Land grabbing». Der Verkauf oder die Verpachtung von Land an ausländische Investoren führt insbesondere in Ländern des globalen Südens zu Vertreibung und Zwangsumsiedlung der lokalen Bevölkerung und zur Verschärfung von Armut und Hunger. Von Chantal Joris.

militärische Gewalt eingenommen: Durch komplexe und intransparente Übernahmeverträge sichern sich Investoren Tausende von Hektar. Nach Schätzungen der Weltbank, Grain und anderer Organisationen sind ca. 60 bis 80 Millionen Hektar Ackerland in über sechzig Ländern allein in den letzten Jahren aufgekauft und gepachtet worden – dies entspricht etwa der Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche der EU.

Die Ursachen für die massive Landnahme sind vielfältig und allesamt im Zusammenhang mit den Krisen der jüngsten Zeit zu sehen: der Ernährungskrise, der Energiekrise sowie der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die Explosion der Nahrungsmittelpreise im Jahr 2008 führte dazu, dass bevölkerungsreiche und kapitalstarke

Landesituation in den meist ohnehin schon von Hunger bedrohten Ländern führt.

Zusätzlich angeheizt wurden die Landgeschäfte durch die globale Finanzkrise. Anleger suchten neue Bereiche für Investitionen – und fanden sie in Land- und Wasserressourcen, die einerseits eine neue und sichere Anlagemöglichkeit und andererseits ideale Spekulationsobjekte darstellen. Die Rechnung geht auf: Faktoren wie steigende Bevölkerungszahlen, Klimawandel und Agrartreibstoffe steigern die Nachfrage nach Lebensmitteln und damit den Wert des Landes. Spekulanten sichern sich deshalb ihren Teil der knappen Erde, lassen ihn bewusst ungenutzt und warten darauf, dass die Preise ansteigen, um das Land dann weiterzuverkaufen. Durch solche Ge-

schäfte werden die weltweiten Nahrungsmittelpreise in die Höhe getrieben. Am härtesten davon betroffen sind die ärmsten Bevölkerungsschichten. Darum wurden Landdeals mit spekulativem Charakter, ebenso wie die Spekulation mit Nahrungsmitteln, heftig kritisiert und als unmenschlich bezeichnet. Anders sieht das Olivier Combastet, Geschäftsführer des Investfonds *Pergam Finance*, der in Boden in Uruguay und Argentinien investiert. In einem Interview mit *Arte* erklärt er: «Man wirft uns Spekulation vor. Doch Spekulation ist etwas zutiefst menschliches. Spekulieren heisst hoffen. Wenn also Spekulieren bedeutet, auf Gewinn zu hoffen, dann tue ich das für meine Aktionäre. Denn ich hoffe, dass sich ihre Investitionen rentieren und sie etwas mehr Kapital haben werden, als das, was sie zuvor bei uns angelegt haben.» Dabei scheint die Hoffnung von Spekulanten, satte Gewinne einzustreichen mehr wert zu sein als die Hoffnung, die Armen ernähren zu können.

Falsche Hoffnungen und Korruption führen zur Landfreigabe

Weshalb aber sind Regierungen bereit, sich auf solche Geschäfte einzulassen? Der Hauptgrund für die Freigabe von Land ist wohl die verfehlte Vorstellung, dass dadurch die Entwicklung eines Landes angekurbelt wird. Angesichts der grossen Landreserven und der oft prekären wirtschaftlichen Lage in vielen Staaten, erhoffen sich die Regierungen viel von den Investoren: Sie bringen Arbeitsplätze, neue Technologien, welche die Produktivität ankurbeln und versprechen Strassen, Spitäler und Schulen zu bauen. So werden günstige Investitionsbedingungen geschaffen: Das Land wird zu Schleuderpreisen verkauft, es werden Steuergeschenke gemacht und keine Exportzölle für Ausländer erhoben.

Tatsächlich nützen solche Geschäfte aber weder der lokalen Bevölkerung noch dem Land, das bebaut wird. Häufig wird das verpachtete Land von Regierungen wie von Investoren als ungenutzt bezeichnet, obwohl es durchaus von Bauern oder Nomaden bewirtschaftet wird. Mit der Übernahme des Landes durch den Investor, werden diese vertrieben oder umgesiedelt. Anstatt ihre Entwicklung zu fördern, wird ihnen der Zugang zu Anbauflächen und Wasser erschwert. Auch ist es ein Irrtum, dass durch die Landgeschäfte Arbeitsplätze geschaffen werden; eher werden sie vernichtet. Durch die effiziente Bewirtschaftung grosser Flächen mit modernen Techniken werden auf den Äckern weit weniger menschliche Arbeitskräfte benötigt, als in zahlreichen kleinen Betrieben. Zudem lassen die Investoren oft ausländische Arbeiter einfliegen, um auf ihren Plantagen zu arbeiten. So will etwa China

10'000 eigene Bauern auf gepachtetem Boden in Mosambik arbeiten lassen. Das lokale Wissen über die nachhaltige Nutzung des Bodens geht so verloren. Der von über 400 Wissenschaftlern erstellte Weltagrarbericht aus dem Jahr 2008 belegt, dass zur Bekämpfung des Hungers die kleinbäuerliche Landwirtschaft und deren lokale Vermarktung gefördert werden muss, anstatt auf moderne Agrartechniken wie Kunstdünger, moderne Maschinen oder Bewässerungsanlagen zur Produktivitätssteigerung zu setzen. Zudem hebt der Bericht hervor, dass die traditionelle Landwirtschaft den Boden durch nachhaltige Bewirtschaftung schützt und durch den sparsamen Wassereinsatz wesentlich klimafreundlicher ist als die Agrarindustrie, deren massiver Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln nicht nur die Gesundheit der Arbeiter gefährdet, sondern auch schädliche Treibhausgase ausstösst.

Neben den verfehlten Entwicklungsvorstellungen von Regierungen ist die Korruption und Bereicherungsabsicht der politischen Eliten als mittreibender Faktor für das «*land grabbing*» zu sehen. So weist Olivier de Schutter, Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf angemessene Nahrung, darauf hin, dass die grossen Landkäufe oft unter der Hand abgeschlossen und nicht offiziell erfasst werden. Afrikanische Präsidenten und Regierungen unterzeichnen die entsprechenden Verträge, ohne sie vor ihre Parlamente zu bringen. Niemand weiss, wie die Geschäfte ablaufen und wohin das Geld fliesst.

Zwangsumsiedlungen in der Gambela-Region

Äthiopien ist eines der begehrtesten Ziele ausländischer Investoren. Das Land am Horn von Afrika zählt zu den ärmsten Ländern der Welt. Wegen immer häufiger auftretenden Dürreperioden, Überschwemmungen und einem jährlichen Bevölkerungswachstum von etwa zwei Millionen, ist Schätzungen zufolge annähernd jeder zweite Äthiopier unterernährt. Rund 85 Prozent der Bevölkerung baut ihre Nahrungsmittel selbst an und ist somit von fruchtbarem Land abhängig. Trotzdem soll die Regierung allein seit 2008 3.6 Millionen Hektar an in- und ausländische Investoren verpachtet haben. Besonders die Region Gambela, an der Grenze zum Sudan, ist mit ihrem fruchtbaren Land und ausreichend Regen ein Paradies für Investoren, die hier Lebensmittel anbauen und exportieren, während das Land vom *Uno-World-Food* Programm abhängig ist.

Was passiert mit der Bevölkerung der Gambela-Region, wenn das Land verkauft wird, das sie bewirtschaften? In Äthiopien ist Land Staatseigentum. Familien, die ihr Land oft seit Generationen bebauen, haben daran keine formalen Besitzrechte. Wie in den meisten Entwicklungs-

Auch in der Schweiz wird aus dem Landraub Profit geschlagen.

ländern gibt es kein Grundbuch, auf das sie sich berufen könnten, um ihre traditionellen, meist kollektiven Nutzungs- und Besitzrechte geltend zu machen. Solche Landrechte werden von der Regierung nicht anerkannt und die Bauern können jederzeit von ihrem Land vertrieben werden. So geschieht es auch in Gambela. Ein im Januar 2012 veröffentlichter Bericht von *Human Rights Watch* wirft der äthiopischen Regierung vor, im Rahmen eines «*villagization*» Programms, etwa 70'000 Mitglieder indigener Gruppen aus der Gambela-Region gegen ihren Willen in neu errichtete Dörfer umzusiedeln, um Platz für ausländische Investoren zu machen. Manche Zwangsumsiedlungen erfolgen gar kurz vor der Erntezeit. Die Bauern müssen ihre Felder aufgeben, um ohne angemessene Entschädigung in Trockengebiete mit kargen Böden zu ziehen. Unterstützung in der Form von Saatgut, Düngemittel oder Nahrungsmittelhilfe erhalten sie nicht. Unter Aufsicht der Armee müssen sie ihre Hütten aufbauen, wer sich gegen diese Massnahmen zu wehren versucht, wird bedroht, angegriffen und willkürlich verhaftet, so der Bericht. Die Regierung dementiert einen Zusammenhang zwischen den Umsiedlungen in Gambela und der Verpachtung grosser Landflächen. Offiziell soll das Umsiedlungsprogramm der Bevölkerung einen besseren Zugang zu öffentlichen Versorgungsleistungen ermöglichen und für «sozio-ökonomischen und kulturellen Wandel» sorgen. Laut *Human Rights Watch* sei den Dorfbewohnern von Vertretern der Regierung jedoch mitgeteilt worden, dass die Verpachtung der zuvor bewohnten Landflächen der eigentliche Grund für die Vertreibungen sei.

Was in Äthiopien geschieht, ist bei weitem kein Einzelfall:

Ähnliches spielt sich in Ländern wie Mosambik, Kenia oder im Südsudan ab. Die Bauern auf dem verpachteten Land werden vertrieben und müssen sich mit Gelegenheitsjobs auf der Farm der Investoren oder in den Slums der Grossstädte über Wasser halten. Paradoxerweise wird gerade in den Ländern fruchtbares Land verkauft, in denen ein grosser Teil der Bevölkerung ohnehin mit Hunger und Unterernährung zu kämpfen hat. Dass die Bevölkerung beim Abschluss von Landgeschäften regelmässig übergangen wird und ihre Landrechte verletzt werden, bleibt allerdings nicht immer ungestraft. In Madagaskar kam es Ende Januar 2009 zu Demonstrationen gegen die Amtsführung des damaligen Präsidenten Marc Ravalomanana, dem Korruption vorgeworfen wurde. Auslöser dafür war ein Vertrag Ravalomananas mit dem südkoreanischen Konzern *Daewoo Logistics*. Das Handelsunternehmen pachtete Ende 2008 1.3 Millionen Hektar Land – etwa die Hälfte der fruchtbaren Fläche der Insel – für 99 Jahre, um Palmöl und Mais anzubauen und die Ernte nach Südkorea zu exportieren. Die Insel selbst ist auf Reimporte angewiesen und das madagassische Volk, nicht zuletzt wegen der steigenden Lebensmittelpreise, vom Hunger bedroht. Die massiven Proteste führten schliesslich zum Sturz der Regierung unter Ravalomanana. Der neue selbsternannte Präsident Andry Rajoelina machte das Geschäft als eine seiner ersten Amtshandlungen rückgängig.

Die Landgeschäfte locken auch Schweizer Unternehmen an

Auch in der Schweiz wird aus dem Landraub Profit geschlagen. Rohstoffunternehmen wie auch Banken mischen mit. *Glencore*, das weltweit grösste im Rohstoffhandel tätige Unternehmen, mit Hauptsitz im Kanton Zug,

hat in Ländern wie Paraguay, Kasachstan, Russland oder der Ukraine mehr als 300'000 Hektar Ackerland gepachtet oder gekauft. Der im Jahr 2008 gegründete Agrartreibstoffkonzern *Addax Bioenergy* baut in Sierra Leone auf 10'000 Hektar Land Zuckerrohr an, um daraus Treibstoff für europäische Autos zu gewinnen. Wie eine Studie des *Sierra Leonischen Netzwerkes für das Recht auf Nahrung* (Silnorf) belegt, hat dies gravierende Folgen für die ansässige Bevölkerung, die den Zugang zu fruchtbarem Land verloren hat und unter der verstärkten Wasserknappheit leidet.

Daneben unterstützen auch Schweizer Banken Unternehmen, die «*land grabbing*» betreiben. So organisierten beispielsweise die beiden Grossbanken *Crédit Suisse* und *UBS* im Jahr 2009 eine Kapitalerhöhung für den grössten börsenkotierten Palmölkonzern der Welt, *Golden Agri-Resources*, der in Indonesien Land besitzt um auf Kosten des Regenwaldes, der zerstört wird und der indigenen Völker, die ihre Heimat und Lebensgrundlage verlieren Palmöl-Monokulturen zu errichten. Die *Golden Agri-Resources* wird zudem in den Fonds der *Crédit Suisse* und der *UBS* als Investitionsmöglichkeit angeboten. Auch die Privatbanken *Sarasin* und *Pictet* bieten ihren Kunden Fonds an, die in Landwirtschaft und zum Teil in Land-

Paradoxerweise wird gerade in den Ländern fruchtbares Land verkauft, in denen ein grosser Teil der Bevölkerung ohnehin mit Hunger und Unterernährung zu kämpfen hat.

käufe investieren. Angeboten wird etwa ein Fond, der an Brasiliens grösstem Ethanol- und Zuckerhersteller *Cosan* beteiligt ist, welcher für die Verdrängung von Kleinbauern und Ureinwohnern verantwortlich ist und auf dessen Plantagen sklavereiähnliche Arbeitsbedingungen herrschen sollen.

Internationale Regulierungsversuche

Die Weltbank vertrat lange die Ansicht, richtig durchgeführt könnten Investitionen, in Form von Landgeschäften, die Entwicklung eines Landes fördern und zum Kampf gegen die Armut beitragen. Obwohl sie in ihrem 2011 publizierten Bericht *«Rising Global Interest in Farmland»* an dieser theoretischen Möglichkeit festhält, gibt sie doch zu, dass die Erfahrung gezeigt hat, dass sich nicht nachweisen lässt, dass die Landnahmen die Armut verringern oder die nachhaltige Bewirtschaftung positiv beeinflussen können, und dass solche Geschäfte oft mit der Verletzung der Rechte der lokalen Bevölkerung einhergehen. Um den schädlichen Folgen des *«land grabbing»* zu begegnen, gibt es auf internationaler Ebene verschiedene Versuche, die Landnahmen zu regulieren. Dazu zählen die *Leitlinien zur verantwortungsvollen Regierungsführung bei Landrechtsfragen und anderen natürlichen Ressourcen* der FAO und das Anfang 2010 von der Weltbank, einem Departement der FAO, dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung und der Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) vorgestellte Diskussionspapier, welches sieben Schlüsselprinzipien unter anderem zu Ernährungssicherheit und Entschädigung aufstellt, die bei Landgeschäften zukünftig beachtet werden sollen. Auch wenn solche Initiativen löblich sein mögen, ist es doch sehr fraglich, ob diese freiwilligen Standards und Richtlinien, die ein sozial verantwortliches Verhalten beim Abschluss von Landdeals fördern sollen, die gewünschte Wirkung zeigen werden. Insbesondere Kapitalgesellschaften, die dazu da sind, die Interessen ihrer Teilhaber zu schützen und einen möglichst hohen Profit aus Geschäften zu schlagen, werden sich von Regelungen, die nicht bindend sind, wohl nicht beeindruckt lassen.

So sollte es laut Olivier de Schutter nicht das Ziel sein, die Landgeschäfte zu regulieren, sondern gar keine abzuschliessen. Das Land sollte jenen gehören, die es wirklich benötigen, nämlich der lokalen Bevölkerung, die aus dem Land nicht Profite schlägt, sondern es als Existenzgrundlage braucht. Um den Hunger zu bekämpfen, muss die traditionelle kleinbäuerliche Landwirtschaft gefördert werden, wie es der Weltagrarbericht fordert. Das entspricht auch den Forderungen, eine nachhaltige Klimapolitik zu betreiben und die lokale Bevölkerung zu schützen, die Menschenrechtsverletzungen besonders ausgeliefert ist.

Vor Ort



«Die Revolution hält an. Wer ernennet, der stirbt nicht.» Graffito an der Wand der American University in Cairo auf dem Tahrir-Platz.

Ein Jahr nach der Ägyptischen Revolution

Adam Gaber kehrt zum ersten Jahrestag der Ägyptischen Revolution in seine Heimatstadt Kairo zurück. Grund zur Freude findet er hierbei jedoch nicht.

Als ich diesen Winter nach Kairo reiste, um an den Demonstrationen am ersten Jahrestag der Revolution teilzunehmen, war ich fest davon überzeugt, dass der 25. Januar 2012 mit derselben Bedeutung in die Geschichte eingehen werde, wie der 25. Januar ein Jahr zuvor – als wegweisender Tag für die Zukunft Ägyptens.

An jenem Tag begann die Revolution, in der es dem ägyptischen Volk gelang, seinen Diktator Hosni Mubarak und einige seiner Anhänger zu stürzen. Das Militär übernahm die politische Herrschaft im Land mit dem Versprechen, für Ruhe und Stabilität zu sorgen und, zu gegebener Zeit, einer gewählten, zivilen Regierung zu weichen.

Die Ereignisse während des letzten Jahres vermittelten

jedoch ein Besorgnis erregendes Bild: Demonstranten und Aktivisten wurden festgenommen und gefoltert, sie wurden vom Militär, der von ihm eingesetzten Regierung und den Medien als Randalierer denunziert. Menschen wurden auf offener Strasse erschossen. Viele der Aktivisten sind der Meinung, die Revolution sei noch nicht vollständig, das Ziel noch nicht erreicht. Für dieses muss noch lange gekämpft werden.

Kairo, same old ...?

Die Unterhaltungen, die ich bis zu meinem Abreisetag auf Facebook geführt hatte, bestärkten meine Annahme, dass am 25. Januar 2012 etwas geschehen wird, das die Revo-

lution zu einem Abschluss bringt. Man spricht über den Militärrat, als wäre er eine fremde, feindliche Besatzungsmacht, die es zu besiegen gilt. Man träumt von einer freien Zukunft. Nachdem ich aber die Verhältnisse in Ägypten gesehen hatte, zerbrach mein Glaube an eine bessere Zeit. Meine euphorischen Unterhaltungen gehörten wohl nur zu einer *Facebook*-Revolution, die dort ihren Anfang genommen hat und wohl auch dort enden wird.

Auf dem Weg vom Flughafen zum Haus meiner Eltern erhielt ich einen ersten Einblick ins aktuelle Leben von Kairo. Rund um den *Tahrir*-Platz wimmelte es von Marktständen mit Flaggen, T-Shirts und Armbändern mit Revolutionsmotiven, Zigarettenhändlern und unzähligen Imbisswagen. Wo ich meinen Kopf auch hindrehte, erblickte ich Menschen, die miteinander plauderten. Auf der Rasenfläche im Zentrum dieses Kreisverkehrs waren Zelte aufgeschlagen, zwischen welchen Teeverkäufer ihrem Geschäft nachgingen. Die Verkehrsfläche aber war leer, Autos fuhren ungehindert durch.

Der Anblick überwältigte mich. Ich wurde von Emotionen überrollt. Hier, auf diesem Platz, ist viel Blut vergossen worden, bis Mubarak nach jahrzehntelanger Herrschaft endlich entmachteter worden war. Wie viel Blut muss noch fließen, bis das Militär seine Macht abgibt?

Am 21. Januar fuhr ich durch Kairo, um die Stadt neu zu erleben, Veränderungen zu suchen und wahrzunehmen und Hoffnung zu tanken. Eigentlich entdeckte ich keine grossen Unterschiede zu der Stadt, die ich bereits kannte, in der ich aufgewachsen bin: Chaos, Schmutz und Abfall. Verstaubte Häuser, überfüllte Strassen, befahren von überfüllten Bussen, zerkratzten modernen und alten schrottreifen Fahrzeugen. Doch auf diesen Strassen sah ich mehr bärtige Männer, verschleierte Frauen und viele andere in schwarz Vermummte. Sie alle sind Zeichen einer falschen Religiosität, die nun in Ägypten herrscht.

Alte Menschen in traditionellen Kleidern, *Galabias*, bettelten um Brot, während neben ihnen Kinder in zerrissenen Kleidern auf dem Trottoir schliefen oder zwischen den Autos herumrannten, um Taschentücher zu verkaufen. Ich sah viele traurige Gesichter.

Dieses Bild von Kairo ist mir nicht fremd. Ich kannte es schon von damals, als ich noch hier lebte. Aber es ist schlimmer geworden. Die Entwicklung gleicht einem Tumor, der ständig wächst und wächst und sich ausbreitet. Um diesen Tumor, diese Krankheit zu bekämpfen, hatte

ich mich – wie viele andere Ägypter – mit aller Kraft für die Revolution eingesetzt. Nicht wenige bezahlten dafür mit ihrem Leben.

In den letzten Tagen vor der Demonstration sprach ich viele Leute auf der Strasse spontan an: «Wir treffen uns am 25. Januar, oder?!» Einige lächelten zurück und antworteten mit einem stolzen, lauten «Ja!». Andere musterten mich angeekelt von oben bis unten, als ob sie sagen wollten: «Du Idiot!» Manch intensives Gespräch begann und meine anfängliche Euphorie begann zu bröckeln.

Der Regen

Am 24. Januar, einen Tag vor der grossen Demonstration, ging ich auf den *Tahrir*-Platz. Obwohl der Platz voll mit Menschen war, lief der Verkehr ungehindert weiter. Einige Jugendliche wollten die Durchfahrt der Autos stoppen, doch das gelang erst gegen Abend, als immer mehr Demonstranten auf den Platz strömten. Die Menge war wild durchmischt: Da waren Menschen aus dem Norden und Süden Ägyptens, Akademiker, Uni-Studenten, aber auch arme Familien. Eine unglaublich eindrucksvolle Atmosphäre entstand auf diesem geschichtsträchtigen Platz.

In Ägypten regnet es so gut wie nie. Und wenn, dann tröpfelt es ein wenig und hört dann auch gleich wieder auf. An diesem Abend aber brach der Regen über uns herein und wurde am späten Abend derartig heftig, dass viele Demonstranten den Platz verliessen, um Schutz vor den Wassermassen zu suchen. Bald war der Platz beinahe leer. Unter den Menschen gab es einige, die sagten, es sei eine Botschaft von Allah: Wir sollen nach Hause zurückkehren und nicht mehr weiter demonstrieren. Wir sol-

Die Medien singen nach den Noten der Mächtigsten. Viele Menschen glauben diesen Medien, ohne über die Lügen der letzten Jahre nachzudenken.

len uns mit der aktuellen Situation zufrieden geben. Die Menschen begannen zu diskutieren, so auch in dem Café, in dem ich mich aufhielt. Die Streitgespräche fanden stets zwischen den gleichen Gruppen statt: zwischen Radikalen und Liberalen. Ein Graben, der sich heute durch die ganze Gesellschaft zieht.

Am 25. Januar fuhr ich mit drei Freunden durch die Strassen von Kairo. Wir wollten die Menschen motivieren, auf dem *Tahrir*-Platz für ihre Rechte zu kämpfen. Gleichzeitig wollte ich hören, weshalb sie nicht an der Demonstration teilnehmen wollten. An diesem Tag hörte ich Menschen, die wie Roboter auswendig gelernte Sätze repetierten und sich nicht auf eine weitere Diskussion einlassen wollten. Viele waren mit dem Erfolg der Islamisten im Parlament zufrieden und hatten die Proteste

satt: «Wir wollen nicht das verlieren, was wir bis heute erreicht haben!» Sie fürchten sich vor einer gewalttätigen Eskalation mit dem Militär, die zu Situationen wie in Libyen und Syrien führen könnte. Sie glauben, dass die Armee sich auflösen würde, wenn der Oberste Militärrat seine Macht abgäbe und damit Ägypten schutzlos wäre. Nach meiner Fahrt durch Kairo bin ich mit meinen Freunden an den *Tahrir*-Platz gefahren. Obwohl ich einige Menschen motivieren konnte, sich den Demonstranten am Platz anzuschliessen, war ich enttäuscht, weil mir klar wurde, wie viele Ägypter es gibt, die von den Medien und der Regierung beeinflusst werden und deshalb am 25. zu Hause geblieben sind und den Tag lebten, als wäre es ein Tag wie jeder andere.

Mächtige Medien

Nach allem, was ich an diesem 25. Januar erlebt habe, bezweifle ich, dass sich etwas ändern kann, solange die Armee an der Macht ist, die Medien vom Staat kontrolliert werden und die Gesellschaft in einem unaufgeklärten Zustand verharrt.

Ich war unglaublich enttäuscht von einer derart schwachen Demonstration. Als ich am Abend schliesslich selbst, vollkommen resigniert den Platz verliess, um nach Hause zurückzukehren, schaltete ich den Fernseher ein, um nach langer Zeit wieder einmal ägyptische Sender zu sehen. Überall zeigte man den 25. Januar als Nationalfeiertag, als Fest für die erfolgreiche Revolution. Die Medien missbrauchen ihre Macht und die Unwissenheit meiner Landsleute. Es gab nur wenige Ägypter – die Kinder der Kommunikations- und Informationsrevolution – die sich in ihrer Wut über diese Lügenindoktrination gegen das Regime auflehnten. Indem sie in Kontakt mit anderen Kulturen und anderen Ansichten gekommen waren, wurden sie überhaupt fähig die Lügen zu entlarven und sich für ihre Rechte einzusetzen. Leider waren ihre Stimmen lange kaum hörbar und wurden vom Staat schnell zum Schweigen gebracht. Erst vor einem Jahr wurden sie so laut und zornig, dass Mubarak schliesslich von seinem hohen Sitz weichen musste. Geändert hat sich aber nichts. Früher wurde uns eingehämmert, das Land funktioniere ohne Mubarak nicht, heute wird uns eingeredet, ohne den Obersten Militärrat löse sich der Staat auf.

Die Medien bogen die Wahrheit schon immer dem aktuellen Machthaber zurecht: Jahrzehntlang priesen sie Mubarak als Helden und Retter des Volkes und griffen gleichzeitig die Muslimbrüder an, bis sich die Gesellschaft vor ihnen fürchtete. Nun aber beschimpfen die gleichen Medien Mubarak als einen Räuber. Plötzlich sind die Muslimbrüder die Opfer des brutalen, despotischen Mubarak. Sie bejubeln den Obersten Militärrat und warnen vor dem Zerfall des Landes, vor dem nur das Militär uns retten kann. Diese Parallele kann doch kein Zufall sein. Heute findet sich das ägyptische Volk zwischen zwei hohen Mauern wieder: Die eine Mauer bilden die Islamis-

ten, die in den letzten Jahren in den armen Schichten, Gewerkschaften und Verbänden einen sicheren Fuss gefasst haben und somit über einen grossen Einfluss verfügen. Die andere Mauer ist das alte, korrupte System Mubaraks, das nur seinen Kopf verloren hat, während die meisten seines Kaders noch genauso stark in den verschiedensten Institutionen vertreten sind und Ägypten weiterhin regieren.

Die Medien singen nach den Noten der Mächtigsten. Viele Menschen glauben diesen Medien, ohne über die Lügen der letzten Jahre nachzudenken. Sobald man mit verschiedenen Menschen über die Revolution spricht, wird klar, wie stark die meinungsbildende Funktion des Fernsehens ist. Viele sind der Meinung, die Armee habe die Revolution unterstützt und wir müssten ihr deshalb dankbar sein. «Wir müssen der Armee eine Chance geben das Land zur Ruhe zu bringen, sonst spaltet sich Ägypten in kleine Länder auf!», sagen sie. «Wir haben jetzt ein Parlament, in dem die Muslimbrüder die Mehrzahl bilden. Sie werden dafür sorgen, dass es uns gut geht.» Andere hinterfragen die gesamte Revolution. Sie sehen nur die Unsicherheit, Diebstähle, Gewalt und Überfälle. Wieder andere meinen, dass wir nun eine Demokratie erlangen haben, in deren Wahlen die Islamisten gewonnen haben und dass die Säkularen / Liberalen einfach nicht zufrieden wären mit diesem Ergebnis und nur deshalb die Revolution weiterführen.

Die Gewinner der Revolution

Radikal-islamistische Kräfte, wie die Muslimbrüder und die Salafisten, wollten vor einem Jahr an der Revolution gar nicht teilnehmen. Damals hielten es die Muslimbrüder für unmöglich, dass die Revolution erfolgreich sein würde. Sie äusserten sich nur sehr zurückhaltend zu diesem Thema und haben lange gewartet, bis sie an den *Tahrir*-Platz gegangen sind. Auch die von Saudi-Arabien unterstützten Salafisten standen gegen die Revolution ein, weil in ihrer Auslegung des Islams der Widerstand gegen einen Herrscher einen Verstoss gegen die *Scharia*, das islamische Gesetz, darstellt. Erst viel später, als die Revolution deutlichen Anklang in der Gesellschaft fand, schlossen sie sich ihr an. Heute wiederholt sich dieses alte Szenario der Islamisten. Sie stehen gegen die Proteste, Verweigern die Teilnahme an ihnen und unterstützen die gegenwärtigen Machthaber, den Obersten Militärrat. Sie behaupten, die Revolution habe ihre Ziele erreicht und eine Demokratie begründet. Sie haben auch allen Grund für diese Haltung: zusammen bilden sie die Mehrheit des Parlaments. Ich frage mich aber, wo die Demokratie ist, wenn arme Leute mit Lebensmittel bestochen werden, damit sie für bestimmte Wahlkandidaten stimmen. Was ist denn daran demokratisch?

Vor den Wahlen dachten viele Aktivisten, die Revolution würde zum Sieg der liberalen und der gemässigten Kräfte führen. Der grosse Sieg der Islamisten und besonders die

beinahe 25 Prozent der Salafisten in den Parlamentswahlen waren ein grosser Schock. Kurz vor den Wahlen nutzten die Islamisten wie immer die Religion für ihre Zwecke aus. In den privaten Sendern vieler radikaler Gruppen wurden Liberale als Ungläubige verdammt. In unserer Gesellschaft ist dies ein schlimmer Vorwurf, der Liberale als Menschen ohne Moral und Gewissen hinstellt. Die Muslimbrüder verbreiten in den Medien das Märchen vom Erfolg der Revolution. Ich glaube aber, dass diese noch weit davon entfernt ist. Es wird zwar gesagt, wir hätten nun eine Demokratie, aber das System Mubarak ist immer noch intakt, teils sogar von den gleichen Machthabern besetzt.

Seit einem Jahr scheint es, als ob jede Fraktion der Gesellschaft nur ihre eigenen Interessen verfolgt, aber keine sich auf die Seite jener jungen Männer und Frauen stellt, die ursprünglich die Revolution mobilisiert hatten. Viel Zeit ist mit internen Debatten und Revolutionsrhetorik verschwendet worden. Die fehlende Zusammenarbeit unter den Liberalen ist für viele Aktivisten enttäuschend. Sie sind gespalten und streiten sich um Kleinigkeiten, während die Islamisten unbehelligt die Macht anstreben.

Die Demonstranten auf dem *Tahrir*-Platz zeigten offen ihren Zorn über die Muslimbrüder, weil sich diese nur noch um die Wahlen kümmerten, anstatt um die Realisierung der Revolutionsziele. Dabei verdanken sie dieser Bewegung doch ihre neugefundene Macht. Ihr Handeln erscheint den Aktivisten gleich einem Verrat. Sie schwammen so lange mit dem Strom der Revolution, bis sie an der Spitze der Macht standen und lassen sie nun einfach fallen. Obwohl wir am 25. Januar 2012 auf dem Tahrir-Platz demonstrierten, ignorierten sie uns und erklärten den Tag zur Feier der erfolgreichen Revolution. Wäre die Revolution erfolgreich gewesen, wäre die Revolution schon beendet, stünden wir dann noch hier?

Vorsicht ist geboten

Auf dem *Tahrir*-Platz sind die Gespräche unter den Menschen sehr interessant, man hört verschiedene Ansichten und Meinungen. Dort hat jeder den Mut zu sagen, was er denkt. Dort äussern sich die Menschen frei. An einem Abend habe ich mir gewünscht, dass jeder Ägypter eines Tages auch diesen Zustand erreicht, einfach alles sagen zu können, was er denkt, ohne Angst vor despotischen Herrschern zu haben. Heute bin ich der Meinung, Ägypten

braucht eine intellektuelle Revolution, die Meinungsfreiheit bringt und zu unabhängigen Medien führt. Diese sollte die Basis für die politische Entwicklung sein. Jeder politische Erfolg kann zu einfach missbraucht werden, wenn die Menschen ihre Grundrechte in ihrem Staat nicht kennen. Heute bietet sich mir ein trauriges Bild: Radikale Islamisten fühlen sich stark in arabischen Ländern. In Ägypten, aber auch in Tunesien, Libyen, Jemen und eventuell auch bald in Syrien. Sie werden von Saudi-Arabien und Katar unterstützt, welche die Modernisierung

ersticken und die Gesellschaften nach den eigenen radikalen Vorstellungen zu formen versuchen. Saudi-Arabien sucht vermutlich so auch einen ideologischen Ausgleich gegenüber der militärischen Bedrohung durch den Iran. Der arabische Frühling ist ein Schritt auf dem Weg in diese unerfreuliche Richtung geworden. Ich sehe eine Zukunft, in der es innerhalb der arabischen Länder zu einem Flächenbrand zwischen Liberalen und Radikal-Islamisten kommen kann. Oder zu einem Kräfteressen unter den religiösen Kräften selbst, in welchem der schiitische dominierte Iran den sunnitisch geprägten arabischen Ländern gegenübersteht.

So erfreulich die Ereignisse Anfang letzten Jahres auch waren, so

ist doch grösste Vorsicht geboten. Die Ägyptische Revolution wäre nicht die erste Revolution, die ihre eigenen Kinder frisst.

Heute bin ich der Meinung, Ägypten braucht eine intellektuelle Revolution, die Meinungsfreiheit bringt und zu unabhängigen Medien führt.

- Text Adam Gaber studiert Islamwissenschaften, Universität Zürich
Der Autor ist arabischsprachig und dankt Lisa Neukom, die ihm mit dem Deutsch geholfen hat.
Bilder Stefan Brunner, BA Politikwissenschaften UZH

«On se débrouille».

Der informelle Sektor in Burkina Faso

In Ouagadougou, der Hauptstadt von Burkina Faso, hat die grosse Mehrheit der Bewohner keine feste Anstellung. Arbeiten tut dennoch fast jeder. Eine Reportage über die Wichtigkeit des informellen Sektors und über die Schwierigkeit, diesen in theoretischen Konzepten zu erfassen.

25

Ouagadougou, Burkina Faso.

Jeden Mittag stellt Habib ihren Tisch an der Strassenkreuzung vor ihrem Haus auf. In den grossen Kochtöpfen bietet sie je nach Tag gekochten Reis mit Sauce, Hirsebrei oder Kartoffeln für 100 CFA (Franc de la Communauté Financière d'Afrique) an, was umgerechnet etwa 20 Rappen entspricht. Heute gibt es Benga, ein burkinisches Bohnengericht. Einige Kunden nehmen das Essen in Plastikbeuteln mit, die meisten jedoch bleiben eine Weile stehen, essen, scherzen. Bald bildet sich eine Traube rund um den Verkaufsstand; man kennt sich und die Mittagspause wird gern dazu benutzt, Quartiersklatsch auszutauschen. Mit den Vorbeigehenden wird die rituelle Begrüßungsformel ausgetauscht: «Wie geht es? Und die Familie? Und die Gesundheit?»

Habib verkauft gut heute, nach einigen Stunden ist alles weg. Sie zählt die Münzen und knüpft sie nach burkinischer Art in einen Zipfel ihres um die Hüften geschlungenen Tuches. Mit dem eingenommenen Geld kann sie auf dem Markt neues Gemüse kaufen, um am nächsten Tag erneut zu kochen und an der Strassenecke zu verkaufen.

Habib arbeitet, wie die Mehrheit der Bewohner von Ouagadougou, im sogenannten informellen Sektor. Der Begriff ist vage und es gibt verschiedene Definitionen. Grundsätzlich sind damit jedoch all jene einkommensschaffenden Aktivitäten gemeint, welche keiner formalen Regulierung unterliegen, welche ohne staatliche Registrierung ausgeführt werden und welche nicht mit den Kategorien der geregelten, in offiziellen Statistiken aufgeführten Erwerbsarbeit erfasst werden können. Dementsprechend

umfasst der informelle Sektor eine Vielzahl unterschiedlicher Phänomene und Erscheinungen. Fliegende Händler, die mit Flip-Flops oder Zigaretten durch die Strassen ziehen, Frauen, welche an den Strassenecken frittierte Kochbananen oder Gemüse und Obst aus eigener Produktion anbieten, junge Männer, die Telefonkarten verkaufen oder für wenig Geld auf Motorräder aufpassen – sie alle werden dem informellen Sektor zugerechnet.

Laut Schätzungen arbeitet circa 50% der urbanen Bevölkerung in afrikanischen Ländern im informellen Sektor. In Burkina Faso, einem der ärmsten Länder Afrikas, sind es sogar bis zu 75%. Die Gewinne reichen knapp aus, um die Existenz zu sichern. Arbeitsrechtliche Regelungen und dementsprechende Rechtssicherheit fehlen fast vollständig. Improvisation, Eigeninitiative und eine grosse Flexibilität sind gefragt, wenn man überleben will. «On se débrouille», lautet die Standardantwort, fragt man einen Burkinabé nach seiner Arbeit. Ins Deutsche übersetzt heisst das so viel wie: «Man wurstelt sich durch, man kommt zurecht.»

Ein umstrittener Begriff

So vielfältig wie die Tätigkeiten im informellen Sektor sind auch die Konzepte und Einschätzungen der Forscher, welche sich auf theoretischer Ebene mit seiner Entstehung und Funktionsweise auseinandersetzen.

Lange wurde der informelle Sektor als zentraler Ausdruck fehlender Entwicklung in der Dritten Welt angesehen, als Überbleibsel vorkapitalistischer Produktionsweisen, das beseitigt werden muss. Zwar erkannte die offizielle

Strassenszenen in Ouagadougou.

Einer der unzähligen informellen Coiffeurbetriebe in Ouagadougou.



26

Entwicklungspolitik in den 70er-Jahren zunehmend die Wichtigkeit des informellen Sektors in Entwicklungsländern und mass ihm ein gewisses ökonomisches und soziales Potenzial zu, die grundsätzliche Bewertung als «zu überwindendes Phänomen» blieb aber erhalten. Neoliberale Theoretiker, allen voran der peruanische Ökonom Fernando de Soto, postulierten dagegen in den 80er-Jahren, dass Entwicklungsprobleme gerade durch die Überregulierung im formellen Sektor erzeugt würden und empfahlen Deregulierung und die Vereinfachung der staatlichen Regelungen. In dieser radikalen Neubewertung war Informalität nicht länger Ausdruck und Ergebnis von Unterentwicklung, sondern Entwicklungsprobleme wurden im Gegenteil durch die Überregulierung im formellen Sektor erzeugt.

In neueren Theorien wird die informelle Ökonomie dagegen weder als Ausdruck fehlender Entwicklung, noch als wünschenswertes Ziel, sondern vielmehr als integraler Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems gedeutet. Damit rücken vor allem innere Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen formellem und informellem Sektor ins Zentrum der Untersuchungen. Erstens kann festgestellt werden, dass Angestellte des formellen Sektors von den billigen Preisen im informellen Sektor profitieren, wenn sie Essen und Waren kaufen oder kleinere Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Dies wiederum ermöglicht es, das Lohnniveau im formellen Sektor niedrig zu halten. Zweitens können auch formelle Unternehmen die Arbeitskräfte des informellen Sektors in Anspruch nehmen, um so sozialstaatliche Erfordernisse zu umgehen und billig und flexibel zu produzieren. In diesem Sinne kann man von einer Subventionierung des formellen durch den informellen Sektor sprechen, was diesen als unverzichtbar für kapitalistische Produktionsweisen erscheinen lässt.

Aber wer sind die Menschen, die hinter diesen ökonomischen Konzepten und Erklärungsversuchen stehen? Wie nehmen sie ihr Leben und ihre Tätigkeiten wahr?

Frauen im informellen Sektor

Informelle Arbeit ist oft Frauenarbeit. Tatsächlich ist der Anteil an Frauen in informellen Tätigkeiten überdurchschnittlich hoch. Sie sind hauptsächlich im Lebensmittelbereich tätig und verkaufen auf der Strasse Reis oder Gemüse, bieten vor der Haustür frische Sandwiches oder selbstgemachte Sesamkekse an oder bereiten wie Habib einfache Mahlzeiten zu, um so ihren Teil ans Familieneinkommen beizutragen. In vielen Fällen erfüllt der Verkauf von Essen dabei eine Doppelfunktion. So verdient beispielsweise Habib mit dem Verkauf ihrer Mahlzeiten etwas Geld, gleichzeitig und in erster Linie ernährt sie jedoch aus dem gewerblichen Kochtopf ihre ganze Familie. Oft werden Frauen in Statistiken als Hausfrauen und Abhängige registriert, obwohl sie einen entscheidenden Teil zum Familieneinkommen beitragen. Das bestätigt auch Habib: «Die Frauen hier arbeiten immer. Die Männer arbeiten oft nicht, oder sie gehen weg; es sind die Frauen, die für die Kinder und das Geld sorgen. Ja, die Frauen leiden viel». Sagt es und bricht – typisch burkinisch – in schallendes Lachen aus.

Neben der Lebensmittelbranche ist das Coiffeurgeschäft eine weitere Domäne der Frauen. Afrikanisches Frauenhaar generiert viele Arbeitsplätze. Es wird zu kunstvollen, am Kopf anliegenden Zopffrisuren geflochten, mit Perlen und anderen Schmuckstücken verziert oder in einzelne Strähnen unterteilt und mit dünnen Plastikfäden umrollt, so dass es wie kleine Würmer in alle Richtungen absteht. Auch Maimounata verdient sich ihren Lebensunterhalt mit dem Friseurgeschäft. Auf der Strasse vor ihrem Hof hat sie einen Unterstand gegen die Sonne aufgestellt und empfängt hier ihre Kundinnen. Die unmittelbare Nachbarschaft von Wohnsitz und Gewerbe, welche zu einer unscharfen Trennung zwischen Arbeit und Freizeit führt, ist ein typisches Charakteristikum des informellen Sektors.

«In Burkina Faso arbeiten alle Frauen», bestätigt Maimounata, während ihre Hände mit beeindruckender

Schnelligkeit einen dünnen Plastikfaden um eine Haarsträhne wickeln. «Man muss arbeiten. Wie schafft man es sonst zu essen? Wie schafft man es zu leben, ohne zu arbeiten?» Pro Frisur erhält Maimounata je nach Aufwand 200-500 CFA, also zwischen 40 Rappen und einem Franken. Da sie sich von ihrem Mann getrennt hat, muss sie alleine für ihre kleine Tochter aufkommen. Damit das Geld reicht, arbeitet Maimounata fast jeden Tag. Das sei anstrengend und oft täten ihr am Abend die Arme weh. Aber dafür könne sie mit ihren Kundinnen plaudern, scherzen und vor allem: aktuellen Tratsch austauschen. «So sind wir nun mal, wir Frauen», sagt sie lachend.

Formalität und Informalität – ein fließender Übergang

Die Grenzen zwischen formellen und informellen Aktivitäten sind keinesfalls so scharf, wie lange Zeit angenommen wurde. Vielmehr sind Formalität und Informalität als Extreme auf einem Kontinuum anzusehen; dieselbe Arbeit kann registriert sein oder nicht, kann formell oder informell ausgeübt werden. Oft steigen Händler oder Kleinunternehmer informell ins Geschäft ein, um sich dann, sind sie erst einmal etabliert, registrieren zu lassen.

An der Grenze zwischen formellem und informellem Sektor bewegen sich in Ouagadougou beispielsweise diejenigen Strassenhändler, welche sich mit ihren überdachten Verkaufsständen fest an den Strassenrändern installiert haben. Ganze Strassen werden von diesen kleinen Läden aus Wellblech gesäumt; ziemlich provisorisch aussehend, aber durchaus mit der Absicht, zu bleiben. Niemand weiss genau, wie viele es sind. Theoretisch braucht man eine Bewilligung der Stadt und muss jährlich Steuern zahlen, aber die Mühlen der Bürokratie laufen langsam und auf die Bewilligung wartet man ewig. In der Praxis empfiehlt es sich deshalb, sich einfach mal zu installieren. Irgendwann, wenn die Realität schon längst geschaffen ist, wird der Laden auch auf dem Papier anerkannt.

Zongo, ein junger Händler mit Glatze und lauter Stimme, hat sich auf Baumaterial spezialisiert. In seinem Verkaufsstand aus rosa Wellblech stapelt sich alle mögliche Ware. Messer hängen neben verschiedenen Sicherungen, Bürsten und Schaufeln und weiter hinten stapeln sich

Werkzeuge, Schraubenschlüssel, Pinsel und einige WC-Bürsten. Vor einigen Monaten hat er sich einen zweiten Stand zugelegt, wo er Ventilatoren und Fernsehantennen verkauft. Seit einiger Zeit hat er nun sogar eine Bewilligung erhalten und ist offiziell registriert. Stolz zieht er alle seine Dokumente hervor. Wichtiger als die Bewilligung sei es jedoch, dass man sich mit dem Besitzer des Hauses, vor dem man sein Geschäft eröffnen will, einig werde. Hat man Glück oder gute Beziehungen, kann man den Platz gratis nutzen, meist muss man jedoch Miete bezahlen. «Vertrauen», meint Zongo dazu, bevor er sich wieder einem Kunden zuwendet und ihm heftig gestikulierend eine Gasflasche anpreist. «Alles basiert auf Vertrauen. Ist das Vertrauen da, kann man auch zusammenarbeiten.»

Tatsächlich verbirgt sich hinter dem Begriff «Vertrauen» ein zentrales Element für das Funktionieren der informellen Wirtschaft: Das soziale Netzwerk. Im informellen Sektor gehorcht der Austausch nicht nur und in

erster Linie der Marktdynamik. Vielmehr existiert ein System wechselseitiger Hilfe, das auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruht und in dem Vertrauen als kulturelle Norm einen zentralen Platz einnimmt. Dieses, vorwiegend auf Verwandtschaft aufbauende soziale Netz springt da ein, wo der Staat fehlt und gleicht somit die Abwesenheit von staatlich vermittelten und garantierten Sicherheiten aus.

Das ist auch bitter nötig. Durch das Fehlen von Arbeitsrechten und Sozialversicherungen herrscht eine ständige sozioökonomische Unsicherheit. Kritiker warnen deshalb davor, den informellen Sektor zu idealisieren und weisen darauf hin, dass das Fehlen staatlichen Rechtsschutzes nicht nur Kreativität und Flexibilität fördere, sondern auch zu Ausbeutung führe. Damit ist Selbstausbeutung genauso gemeint wie Ausbeutung durch Dritte. Viele im informel-

len Sektor Tätige arbeiten jeden Tag. Es gibt keine Zeit, um sich zu erholen, darüber sind sich alle Befragten einig. Und auf die Frage, was im Falle einer Krankheit passiert, wird schlicht geantwortet: «Man kann nicht krank werden.»

Freiwilligenarbeit

Ein ganz anderer Aspekt des informellen Sektors ist die Freiwilligenarbeit. Diese wird in der wissenschaftlichen

Von der Essenverkäuferin aus Existenznot bis zur Freiwilligenarbeit aus Überzeugung – das Spektrum der Aktivitäten und Motivationen innerhalb des informellen Sektors ist enorm breit.

Forschung wenig beachtet, unter anderem deshalb, weil umstritten ist, inwiefern nicht-bezahlte Arbeit Teil der informellen Wirtschaft ist. Dennoch ist auch sie ein Teil der burkinischen Realität. Eine Organisation, welche auf unbezahlt Engagement basiert, ist die von burkinischen Künstlern gegründete «Association Art et Développement de Ouagadougou», kurz AADO, die es sich zum Ziel gesetzt hat, auch sozial benachteiligten Kindern Zugang zu einer künstlerischen Ausbildung zu verschaffen. Auf dem Grundstück, das die Verantwortlichen von AADO mit Spendengeldern aus der Schweiz mieten konnten, bieten sie drei mal wöchentlich gratis Unterricht in Tanz, Theater und Gesang für die Kinder aus dem Quartier an. Dabei geht es einerseits darum, den Kindern eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu bieten und sie in ihrer persönlichen Entwicklung zu fördern, andererseits soll das reiche kulturelle Erbe von Burkina Faso erhalten und weitergegeben werden.

Es gebe nicht viel freiwillige Arbeit in Ouagadougou, meint Ouelgo Téné, 27 Jahre alt und Initiant von AADO: «Wo soll man die Zeit für freiwillige Arbeit finden, wenn jeder um seine eigene Existenz kämpft?» Er selbst ist Schauspieler und kann sich im Moment, auch dank Engagements in Deutschland, mit seiner Arbeit finanziell über Wasser halten. Aber einfach sei es nicht.

Auch Amadou, ebenfalls Schauspieler und der zweite Hauptverantwortliche von AADO, meint: «Das afrikanische Theater ernährt seine Kinder nicht.» Was motiviert sie trotzdem dazu, so viel Zeit und Energie für ein unbezahltes Projekt wie AADO einzusetzen? Ouelgo erzählt, dass er selbst als Kind die Möglichkeit gehabt habe, gratis Theaterkurse zu besuchen und er aus eigener Erfahrung wisse, wie viel das einem Kind geben könne: «Ich bin kein Minister, der Gesetze erlassen kann, um das zu fördern. Aber ich kann meine Arbeit bei AADO machen und mein Können und meine Erfahrungen an die Kinder weitergeben.»

Beurteilung des Sektors wirft Fragen auf

Von der Essensverkäuferin aus Existenznot bis zur Freiwilligenarbeit aus Überzeugung – das Spektrum der Aktivitäten und Motivationen innerhalb des informellen Sektors ist enorm breit. Deutlich wird, dass «informell» und «formell» nicht klar trennbar sind und dass vielfältige Wechselbeziehung zwischen den beiden Sektoren bestehen. Diese Interaktion kann als Ergänzung gesehen werden, da der informelle Sektor volkswirtschaftliche Mängel abdeckt und sozialpolitische Institutionen ersetzt. Gleichzeitig ist er von Ausbeutung geprägt.

Betrachtet man die verschiedenen Konzepte, welche den informellen Sektor theoretisch zu erfassen versuchen, wird ausserdem klar, dass die Auseinandersetzung mit dem Begriff an sehr viel grundsätzlichere Fragen gekoppelt ist. Mit der Beurteilung des informellen Sektors wurde und wird stets auch eine ideologische Position ein-

genommen. Nachdem er lange Zeit als zentrales Zeichen der Unterentwicklung interpretiert wurde und somit die Überlegenheit westlicher Volkswirtschaften zu demonstrieren schien, wurde er in neoliberalen Theorien dazu benutzt, die negativen Auswirkungen eines starken, regulierenden Staates zu «belegen». Wird der Fokus hingegen wie in aktuellen Forschungen auf die inneren Zusammenhänge der beiden Sektoren gelegt, kann er die Grundlage für eine grundsätzliche Kritik weltweiter kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse darstellen.

Somit geht es bei Diskussionen um den informellen Sektor nie nur um einen spezifischen Teil der Volkswirtschaft. Vielmehr werden zentrale Fragen nach dem Verhältnis zwischen Erster und Dritter Welt, der Gültigkeit von westlichen Wirtschaftskriterien und dem Funktionieren des kapitalistischen Wirtschaftssystems aufgeworfen.

—
Text Andrea Voellmy studiert Geschichte und Deutsche Philologie im BA an der Universität Basel.
Bilder Andrea Voellmy

Der Kampf um Frauenrechte in Libyen

Die Rolle der libyschen Frau ist stark durch kulturelle und traditionelle Normen geprägt. Doch mit dem Beginn der Revolution im Februar letzten Jahres haben Frauen Mut gefasst, sich gegen das männerdominierte politische System zu wehren und ihre Rechte einzufordern. Valentina Petrovic und Asya Deniz Senol haben sich ein Bild der Kämpferinnen, wie auch der Opfer des revolutionären Libyens gemacht.

29

«Als wir in einem Flüchtlingscamp im Frühjahr 2011 unsere Arbeit mit den Frauen angefangen haben, war ich geschockt, wieviele von ihnen Opfer von Misshandlungen geworden sind», erzählt mir Dr. Seham Sergiwa. Sie ist eine der ersten Ärztinnen, die sich mit den Vergewaltigungsopfern des jüngsten Bürgerkrieges befasst hat. «Zurzeit haben wir 8000 registrierte Vergewaltigungsopfer, aber die Dunkelziffer dürfte genau so hoch sein.» Dr. Seham betont die fehlende Akzeptanz in der libyschen Gesellschaft gegenüber sexueller Gewalt. Es sei sehr schwer darüber zu reden, deshalb werden im Flüchtlingscamp Fragebögen verteilt, die es den Frauen erlauben anonym zu bleiben. Über Vergewaltigung zu sprechen sei schlicht ein Tabu. «Deswegen haben wir auch so viele Suizidfälle. Einige von den Vergewaltigungsopfern, die schwanger wurden, flohen nach Tunesien oder Ägypten, um ihre Kinder zu gebären. Wir brauchen Frauenorganisationen, wir brauchen soziale Institutionen. Denn wenn es diese Frauen einmal geschafft haben über ihre traumatischen Erlebnisse zu sprechen, werden sie von der Gesellschaft ausgeschlossen. 30 Prozent von den registrierten Fällen sind heute geschieden. Die Regierung muss etwas unternehmen um diese Frauen zu unterstützen. Viele Frauen haben mir auch gesagt, dass sie froh waren

«Wir müssen die Frauenrechte sichern in Libyen, sonst wird sich die Rolle der Frau hier nie ändern.»

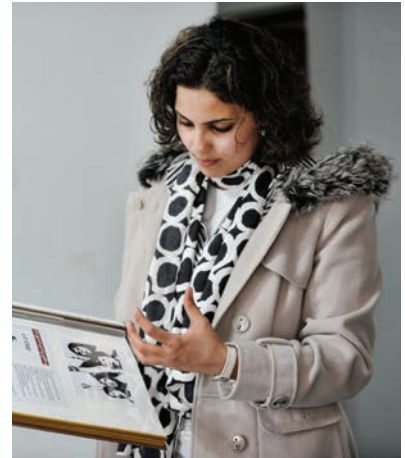
als wir die Fragebögen verteilt haben. Endlich kümmert sich jemand um sie. Endlich haben sie das Gefühl eine Stimme zu haben.»

Frauen eine Stimme im neuen Libyen zu geben ist auch Magdoulien ein Anliegen. Die 25 Jährige lebt in Tripolis und gibt dem «modernen Libyen» ein Gesicht. Sie unterscheidet sich stark von dem im Westen verbreiteten Stereotyp der libyschen Frau. Magdoulien hat im Ausland studiert, ist selbstbewusst und politisch sehr aktiv. Als der Übergangsrat im Dezember 2011 die Frauenquote für die Parlamentswahlen im Juni 2012 herabgesetzt hat, hat sie sich mit anderen Frauen zusammengetan um eine Demonstration auf dem Algerien Platz in Tripolis zu organisieren. Am siebten Februar 2012 gründete sie die Frauenorganisation *07/02 Bewegung der Frauenrechte*. Magdoulien, von ihren Freunden Maggie genannt, ist in Libyen keine Unbekannte und auch für das schweizerische und österreichische Fernsehen hat sie bereits Interviews gegeben. «Wir brauchen eine Frauenquote von mindestens 20 Prozent im Parlament. Wir müssen die Frauenrechte in Libyen sichern, sonst wird sich die Rolle der Frau hier nie ändern.» Maggies Engagement ist alles andere als ungefährlich – mehrmals hat sie und die anderen Mitglieder ihrer Organisation Drohungen erhal-

Dr. Seham Sergiwa.

Ein Plakat der 07/02
Bewegung der Frauenrechte.

Magdoulien Obaida,
Gründerin von 07/02
Bewegung der Frauenrechte.



30

ten. «Einige Libyer werfen uns vor Spione für den Westen oder Atheisten zu sein. Diese Menschen sollten aber verstehen, dass wir für Gleichheit und Freiheit kämpfen. Ich bin Muslimin, gleichzeitig kämpfe ich für die Rechte der Frauen.»

Auch unter der männlichen Bevölkerung finden Maggies Anliegen Fürsprecher. Majede, ein 25-jähriger Medizinstudent und Mitglied der 07/02 Bewegung der Frauenrechte, ist einer von ihnen. «Seit der Revolution haben sich viele Dinge in Libyen geändert. Auf einmal gibt es so viele NGO's und jeder versucht die politische Landschaft in Libyen zu gestalten. Heute sehe ich zwei Probleme für die Frauen in Libyen: Männer stellen sich gegen Frauen und Frauen stellen sich gegen Frauen. Das Schlimmste ist, dass Frauen nicht an ihre Fähigkeiten glauben; sie fürchten zu schwach zu sein. Aber sie sollten keine Angst haben, Frauen müssen sich erheben und für ihre Rechte kämpfen.» Weiter erklärt Majede das Ziel der 07/02 Bewegung der Frauenrechte: «Wir wollen Bewusstsein für unsere Frauen schaffen. Es muss Gleichheit zwischen Frauen und Männern geben. Frauen sind unsere Mütter, Schwestern, Freundinnen. Sie sind unser Leben.» Und wie kann man dieses Bewusstsein schaffen, wie kann man die Rolle der Frau in der Gesellschaft aktivieren, frage ich Majede. «Die Regierung spielt die grösste Rolle», sagt er. «Die Regierung muss Frauen unterstützen und ihnen eine Chance geben.» Eine solche Chance möchte Magdoulien ergreifen. Sie wird im Juni für einen der 200 Parlamentssitze kandidieren. Mit einem Zwinkern fügt sie hinzu: «Ich denke Libyen braucht 2020 eine Präsidentin.»

Libyen verfügt heute nur über schlecht funktionierende staatliche Institutionen, Rechtsstaatlichkeit ist weitgehend inexistent und der Regierung fehlt es an demokratischer Legitimität. Die grössten Herausforderungen sind die Einigkeit des Landes, die Wahrung von Menschenrechten und der Aufbau demokratischer Institutionen. Frauen in Libyen müssen die Chancen ergreifen, die sich nach dem Fall von Gaddafi bieten und am politischen

Prozess des Landes teilnehmen. Denn das Land benötigt jedes verfügbare Potential für seinen Aufbau – sei dieses nun männlich oder weiblich.

- Text Asya Deniz Senol studiert Politikwissenschaft an der Bogazici University (Istanbul).
Valentina Petrovic studiert Politikwissenschaft (BA) an der Universität Zürich.
Bilder Asya Deniz Senol und Valentina Petrovic.

Schweden – wo Milch und Honig fließen?

Malmö, Schweden, im Oktober 2009: Für eine junge Schwedin endet ein Gespräch mit ihrem dunkelhäutigen Freund in ihrem Auto tödlich. Ein zweites Projektil verletzt ihren Begleiter und ist der Anfang einer Reihe von Schüssen, die aus der Waffe eines fremdenfeindlichen Schweden stammt. Der Schauplatz dieser blutigen Serie ist Malmö, die drittgrösste schwedische Stadt im Süden des Landes. Sie wird zu 30% aus Personen mit Immigrationshintergrund bewohnt. Die Schussserie und eine hohe Kriminalitätsrate sorgen dafür, dass Malmö als gefährlichste Stadt des schwedischen Königreiches bezeichnet wird.

31

Auf der einen Seite steht dieses furchtbare Ereignis, auf der anderen Seite erlebt und kennt man Schweden als multikulturelles Land, besiedelt von Menschen verschiedenster Herkunft, die harmonisch zusammenleben und von einem ausgeklügelten Wohlfahrtsstaat profitieren können. Der neutrale Staat gilt seit vielen Jahren als Vorbild für andere Länder und kann auf seinen guten Ruf stolz sein. In kaum einem anderen Land wird das Konzept Gleichberechtigung so gross geschrieben wie in diesem skandinavischen Staat.

In Zahlen sieht das Ganze folgendermassen aus: im Jahre 2011 wanderten rund 85'000 Menschen in Schweden ein, bei einer Gesamtbevölkerung von rund 9.4 Millionen Einwohnern. Auch die Anzahl der Asylbeantragungen nahm im Jahre 2010 in Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozent zu. Die Prozentzahl aller Menschen mit Immigrationshintergrund hat sich seit 1970 auf rund 14 Prozent verdoppelt. Multikulturalität gehört fest zu den Charakteristiken des skandinavischen Landes. Wenig offizielle Zahlen gibt es von illegalen Immigranten. Es wird von über 12'000 Menschen berichtet, welche auf ihre Ausweisung warten, aber vom jeweiligen Heimatland nicht aufgenommen werden. Diese Männer und Frauen bewegen sich im gesetzlichen Niemandsland. Bis zum jetzigen Zeitpunkt wird diesen Menschen die gesundheitliche Versorgung und soziale Sicherheit vorenthalten, doch in Diskussionen im Parlament versucht man nun, diesen Missständen entgegen zu wirken. Verhandlungen zwi-

schen verschiedenen Parteien haben eine Erneuerung der Gesundheitsversorgung und den erleichterten Arbeitsantritt für illegale Immigranten zum Ziel.

Von Emigration zu Immigration

Migration ist schon lange Teil der schwedischen Geschichte. Was in der Zeit der Industrialisierung vor allem Emigration war, wandelte sich seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts in überwiegende Immigration um. Im ersten Weltkrieg suchten Flüchtlinge aus dem russischen Zarenreich Zuflucht im nordischen Staat, während im Zweiten Weltkrieg vor allem Menschen aus den deutschen Gebieten Sicherheit in Schweden suchten. Dazu gehörte zum Beispiel der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt. Als Nichtkriegspartei stellte Schweden, wie auch die Schweiz, den sicheren Hafen für verfolgte Personen dar. Rund 180'000 Menschen fanden im schwedischen Königreich eine temporäre oder dauerhafte Bleibe. Der weitere Verlauf der schwedischen Migrationsgeschichte äussert sich in verschiedenen Verhandlungen, Abmachungen und Verträgen mit den anderen nordischen Staaten und EU-Partnern. Das Schengen-Abkommen öffnete die Grenzen in Europa weiter. Schweden ist einer der Vorreiterstaaten bei der raschen Implementierung dieser neuen Regelungen, und somit ein beliebtes Ziel für Einwanderer. Die schwedische Politik wurde ab den 1920er Jahren von den Sozialdemokraten dominiert, was zur Ausbildung des berühmten

schwedischen Wohlfahrtsstaates führte. Integration, Solidarität und Konsens sind Schlagworte, welche die Migrationspolitik entscheidend prägten. Dieses System wurde von der Bevölkerung mehrheitlich befürwortet oder wenigstens geduldet.

Kurswechsel und Stimmungswandel

In den letzten Jahren erlebte Europa einen deutlichen Rechtsrutsch der Regierungen. Der Rechtspopulismus um die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die Schweizerische Volkspartei (SVP) und die niederländische Partei für die Freiheit (PVV) fand auch in anderen europäischen Ländern Anklang. Dänemark, Norwegen und auch Finnland verzeichneten einen deutlichen Anstieg an Rechtswählern. In Schweden gewannen die *Sverigedemokraterna* (Schwedendemokraten) an Wähleranteil und erreichten dank ideologischer Mässigung 20 Sitze im schwedischen Parlament, dem *Riksdag*. Parallel zum Anstieg der Rechtswähler erlebten die Sozialdemokraten (wie in anderen europäischen Ländern) auch in Schweden wiederholt herbe Dämpfer in den Wahlen. Die Mitteparteien wurden zudem gestärkt, was 2006 zu einer Verschiebung des Machtzentrums im Parlament führte. Anstatt der linksgrünen Allianz gab nun die rechtskonservative Mehrheit den Ton an. Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Migrationspolitik. Die Regelungen wurden verstärkt, Aufnahmebedingungen erschwert und vermehrt Ansprüche an Einwanderer gestellt. So müssen nun neu «Schwedisch für Anfänger»-Kurse besucht werden. Grundsätzlich weist Schweden aber immer noch ein sehr zuvorkommendes System auf. Im Jahre 2009 stand das skandinavische Land an vierter Stelle bei der Anzahl der Asylbeantragungen in Europa. Deutschland, das fast ein Neunfaches der Bewohner Schwedens beherbergt, nahm zahlenmässig weniger Asylsuchende auf. International für Aufmerksamkeit sorgte auch der Bürgermeister der schwedischen Stadt Södertälje, unweit von Stockholm. Bei einem Besuch in den Vereinigten Staaten wies er darauf hin, dass seine Gemeinde im Jahre 2007 mehr irakische Flüchtlinge aufnahm, als die gesamte USA und Kanada zusammen. Södertälje wird nicht unpassend «Little Bagdad» oder «Mesopotälje» genannt.

Überwachungsstaat erschwert Immigration

Auf der anderen Seite der vorbildlichen Integrationspolitik und der geduldeten Multikulturalität steht der überwachende Wohlfahrtsstaat. In Schweden geht nichts ohne die *personnummer* (Identifikationsnummer). Jeder Einwohner erhält eine solche Nummer, die aus dem Geburtsdatum und einer vierstelligen Ziffer besteht. Diese Identifikation braucht man beim Eröffnen eines Bankkontos, beim Erstellen einer *studentlegitimation* oder auch beim Ausleihen eines Buches in der Bibliothek. Der schwedische Staat besitzt also Informationen über seine Bewohner, wie es in anderen Ländern kaum möglich

wäre. Am wichtigsten jedoch: es können keine Staatsleistungen ohne eine *personnummer* bezogen werden. In einem Sozialstaat wie Schweden wird das Leben dadurch ausserordentlich erschwert. Ein illegales Leben ist sehr schwer, was auch auf die hohe Präsenz von Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen zurückzuführen ist. Diese bieten Hilfestellung, aber auch ein überwachendes Auge über alle Vorgänge in ihrem Zuständigkeitsbereich. Ausserdem macht die geographische Lage Schweden nicht zur ersten Wahl bei illegalen Immigranten aus aussereuropäischen Gebieten.

«Ganz-Schweden-Politik» als Lösung?

Für Menschen, die trotzdem den Weg nach Schweden finden und sich hier niederlassen, sind die Vororte der Grossstädte Stockholm, Göteborg und vor allem Malmö beliebte Wohnstätten. Nördlich von Stockholm wird die Anzahl Menschen mit ausländischen Wurzeln bedeutend kleiner. Diesem Ballungstrend versucht man mit der «Ganz-Schweden-Politik» entgegen zu wirken. Dabei werden die Einwanderer auf Gemeinden in ganz Schweden, von Nord bis Süd, verteilt. Diese Strategie ist nicht unumstritten und führte zu Problemen verschiedener Dimensionen. So ergriff die kleine südschwedische Gemeinde Sjöbo 1988 das Referendum und weigerte sich, sich an der nationalen Flüchtlingsaufnahme zu beteiligen. Um Konformität zu erzwingen wurde auch ein *namning and shaming* Prinzip angewendet. Gemeinden, die 2007 keine unbegleiteten Kinder und Jugendliche aufnahmen, wurden auf eine schwarze Liste gesetzt.

Islamophobie und Anti-Semitismus

Es ist leicht ersichtlich, dass die Migrations- und mit ihr die Integrationspolitik in Schweden nicht unumstritten ist. Der Rechtsrutsch und die fremdenfeindliche Rhetorik sind klare Anzeichen, die auf einen Kurswechsel nicht nur in der Regierung, sondern auch in der Bevölkerung hindeuten. Die in Europa deutlich verstärkte Islamophobie ist auch in Schweden immer wieder Ursache von Schlagzeilen. Neben den nordeuropäischen Nachbarländern und dem ehemaligen Jugoslawien sind vor allem die islamisch geprägten Staaten Irak und Iran sehr stark in den Statistiken vertreten. Viele der Verwundeten des bereits erwähnten Heckenschützen von Malmö waren Muslime. Zudem ist das skandinavische Land auch bei somalischen Flüchtlingen beliebt und trägt so zum Zuwachs an muslimischen Gläubigen bei. Neben den antiislamischen Strömungen werden auch anti-semitische Ressentiments gehegt. Vor allem in Malmö klagen jüdische Menschen über gegen sie gerichtete Kampagnen.

Es lässt sich also sagen, dass die Migrationspolitik des schwedischen Staates zunehmend in Frage gestellt wird und auch deutlichen Gegenwind aus der Bevölkerung spürt. Wie mir aber von verschiedenen Menschen gesagt wurde, herrscht in Schweden eine Tendenz, politische

Probleme totzuschweigen und die Augen vor der Realität zu verschliessen. Vorfälle wie die Attentate von Malmö und die zunehmende fremdenfeindliche Stimmung verlangen jedoch nach Reaktion. Es wird sich zeigen, wie der hochgelobte schwedische Wohlfahrtsstaat vorgehen wird.

Europa

Warum Griechenland in der EU scheitern musste

Giannis Mavris unternimmt den Versuch die Ursachen der griechischen Krise zu interpretieren, ohne allgemein beliebten kulturalistischen Deutungsversuchen zu verfallen. Dabei soll besonders die Rolle der EU untersucht werden.

35

Bereits vor einigen Jahren machte eine Teilnehmerin einer griechischen Talkshow eine Feststellung, deren Weitsicht vermutlich nicht alle Zuschauer erfasst hatten: «Was wir hier in Griechenland haben, ist nicht in erster Linie eine Wirtschafts- oder Finanzkrise, sondern ganz allgemein eine gesellschaftliche Krise.» Sie schien die problematische Situation im Land als das zu erfassen, was die meisten nicht zu sehen vermochten oder schlicht nicht sehen wollten: Nämlich als Resultat eines komplexen Zusammenspiels diverser Faktoren, die tief in der griechischen Gesellschaft verwurzelt sind.

Momentan ist die Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme des Landes zweifellos vorrangig. Ohne tiefgehende strukturelle Änderungen wird Griechenland aber weiterhin das bleiben, was es zurzeit für die europäischen Steuerzahler ist: Ein Fass ohne Boden.

An dieser Stelle soll die Rolle der Europäischen Union bei der Entstehung dieser gesellschaftlichen Krise untersucht werden. Denn die Frage, wie es kommen konnte, dass ein EU-Mitgliedstaat *de facto* auf ganzer Linie scheitern konnte, ist hinsichtlich der momentanen Krisensituation von existentieller Bedeutung für die EU.

Alte Probleme in neuem Gewand

«Die Tatsache, dass Griechenland zu einer Art Protektorat geworden ist, beruht auf einer Reihe von strukturellen Gründen.» Was nach einem weiteren populistischen Seitenhieb an die Adressen von Brüssel und Berlin klingt, wie sie dieser Tage besonders gerne von griechischen Politikern herausgepaukt werden, ist in Wahrheit eine Feststellung des griechischen Ökonomen Georgios N. Jannopoulos aus dem Jahre 1969. Sein Beitrag zum Sammelband *Die verhinderte Demokratie: Modell Griechen-*

land, der von Intellektuellen und Exilpolitikern während der Militärdiktatur publiziert wurde, macht klar: Griechenland litt damals wie heute an Problemen struktureller Art.

Die von der Troika, aus EU, IWF und EZB bestehend, geforderten Sparmassnahmen und Reformen mögen daher durchaus Sinn machen – allerdings nicht in der jetzigen Situation. Aufgrund der verkrusteten politischen Strukturen im Land ist es völlig illusorisch zu erwarten, dass sich inmitten einer Krise ein ganzes politisches System reformieren kann – was zwingend nötig ist – damit die Sparmassnahmen und Reformen durchgesetzt werden können. Was in den letzten vierzig Jahren nach dem Sturz der Militärdiktatur nicht passiert ist, soll jetzt unter schwierigsten Umständen und innert kürzester Zeit geschehen? Griechenland braucht im Moment unbedingt einen wirtschaftlichen Aufschwung; mit der von der Troika geforderten Politik wird aber offenbar das Gegenteil erreicht.

Schlechte Voraussetzungen

Gehen wir ein wenig zurück in der Zeit. Als 1974 die Militärdiktatur stürzte, wurden mit einer Volksabstimmung die Abschaffung der Monarchie und die Gründung der griechischen parlamentarischen Staatsrepublik beschlossen. Die neu eingesetzte konservative Regierung unter Premierminister Konstantinos Karamanlis leitete innerhalb kurzer Zeit den Übergang in die Demokratie ein. Innenpolitisch wurde das Land neu konsolidiert, die jahrelange Isolation unter der Militärdiktatur konnte überwunden werden und ein wirtschaftlicher Aufschwung fand statt. All diese Entwicklungen führten letztlich zur Aufnahme in die EWG im Jahre 1981.

Die zwei dominierenden Parteien in Griechenland, die sozialistische Pasok (*Panhellenische Sozialistische Bewegung*) unter der massgeblichen Beeinflussung des Papandreou-Clans und die liberal-konservative ND (*Nea Dimokratia*) unter der Führung der Familie Karamanlis, haben sich seitdem gegenseitig von der Macht abgelöst. Im Griechischen hat sich dafür das Wort *Dikommatismos* eingebürgert, was als Zweiparteienherrschaft übersetzt werden kann.

Diese ständigen Ablösungen erfolgten einerseits mangels politischer Alternativen. Die politische Rechte Griechenlands schwächelt, die Linke ist zudem seit Jahrzehnten heillos zerstritten.

Der wesentliche Faktor aber, der zur ständigen Präsenz der zwei stärksten politischen Parteien geführt hat, ist die Existenz klientelistischer Systeme, die zu einer festen Anbindung von Teilen der Bevölkerung an die Parteien führen. Eine gut funktionierende Demokratie ist gekennzeichnet von parteipolitischer Vielfalt, einem gesunden politischen Wettbewerb und einer gewissen Unabhängigkeit der Politiker, die sich theoretisch nur für die Interessen des Landes einzusetzen haben. Das alles ist in Griechenland nicht vorhanden.

Klientelismus und Korruption

Klientelistische Netzwerke gab es immer in Griechenland und stets haben sie zu ineffektiven und ineffizienten politischen Systemen geführt. Die durch die versprochenen Zuwendungen bei Stange gehaltene Basis garantiert der Partei Loyalität und fixe Prozente bei den Wahlen. Ausserdem reicht durch die bediente Klientel der Einfluss der Parteien tief in die Gesellschaft hinein. Will jemand in den öffentlichen Sektor beruflich einsteigen oder als Unternehmen an öffentliche Aufträge herankommen, wird er kaum an den Parteien vorbeikommen. Die Beschaffung von Stellen im öffentlichen Dienst, die zu einem massiv aufgeblähten öffentlichen Sektor geführt hat, gehört seit langem zu einer der weit verbreiteten Praktiken von «Gefälligkeiten». Die griechische Bürokratie ist demnach kontinuierlich gewachsen und wird zu Recht immer wieder als kafkaesk beschrieben.

Es mag daher kaum erstaunen, dass Vettern- und Günstlingswirtschaft in Griechenland sehr ausgeprägt sind. Die Folge ist ein degeneriertes politisches System, in dem Korruption sich immer schamloser ausbreiten konnte – was regelmässig zu unrühmlichen Spitzenplätzen auf eu-

ropäischen Korruptionsindizes führte.

Parteifunktionäre und Bürokraten haben zusammen mit befreundeten Privatunternehmern und Gewerkschaftsführern dieses System vorangetrieben. Für den einfachen Bürger ist es unglaublich zeit- und kostenintensiv sich gegen dieses Geflecht aus Politik und Wirtschaft zu stemmen. Selbst die alltäglichsten Prozeduren werden so nervenaufreibend, dass viele sich gezwungen sehen in diesem Spiel mitzumachen.

Paradoxe Entwicklung

Was ist nun die Rolle der Europäischen Union in dieser Tragikomödie? Gewisse Stimmen in Griechenland – und nicht nur hier – schieben ganz in nationalistischer Manier die Schuld an der Misere der EU und dem Euro zu. Das ist zwar die einfachste Lösung, denn somit können die eigenen Fehler ausgeblendet werden. Allerdings ist klar, dass Griechenland einen anderen Weg beschritten hätte, wäre es nicht in der EU aufgenommen worden.

Der wirtschaftliche Aufschwung, den das Land in den letzten Jahrzehnten erfahren hat, verdankt sich zu einem wesentlichen Teil dem Zugang zum europäischen Binnenmarkt sowie weiteren Vorteilen, die sich aus der EU-Mitgliedschaft ergaben. Der Wohlstand, den Griechenland aufbauen konnten, kam zu einem wichtigen Teil dank der EU zustande.

Diese durchaus positive Entwicklung hat allerdings auch eine Schattenseite: Solange der Wohlstand stieg, wagte sich niemand an die offensichtlichen Probleme heran. Dass Korruption, Klientelismus und Misswirtschaft sich weiterhin unbehelligt ausbreiten konnten, wurde wohl oder übel in Kauf genommen – denn die persönlichen finanziellen Verhältnisse verbesserten sich stetig. Es bestand also kein unmittelbarer Druck, sich auf eine Konfrontation mit den Nutzniessern des Systems einzulassen. Diese zweigleisige Entwicklung hat die strukturellen Probleme des Landes weiter verstärkt und letztlich zur heutigen Situation geführt.

Vorteile oder Nachteile?

Die oben erwähnten Vorteile können auf zwei Ebenen unterschieden werden: Erstens sind das direkte Zuflüsse finanzieller Art, zweitens sind es Vorteile indirekter Art, die EU-Mitglieder wie Griechenland geniessen.

Was in den letzten vierzig Jahren nach dem Sturz der Militärdiktatur nicht passiert ist, soll jetzt unter schwierigsten Umständen und innert kürzester Zeit geschehen?

Die erste Ebene beinhaltet alle finanziellen Zuflüsse, die sich aus einer unübersichtlichen Anzahl an Subventionen, Fonds und sonstigen Direktzahlungen ergeben. Diese Fördergelder fliessen bereits seit Jahrzehnten in die strukturschwachen Regionen und Länder der EU, wobei zumindest angezweifelt werden darf, ob sie immer den gewünschten Effekt erzielen. Sehen wir uns einige Beispiele im Falle Griechenlands etwas genauer an:

Die Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Sektor kamen meist durch massive Druckausübung von Gewerkschaften zustande, welche sich schon früh mit dem politischen System verbündeten. Während die privaten Gewerkschaften stets die klassische Rolle von Interessensvertretern ihrer Mitglieder gegenüber den Arbeitgebern wahrnahmen, haben die öffentlichen Gewerkschaften mit dem Staat zusammengespant. Damit konnten sie auf Kosten der restlichen Bürger, aber auch der EU, ihre Forderungen nach Privilegien mit staatlicher Unterstützung durchsetzen.

Dank den grosszügigen Agrarsubventionen, die lange Zeit den grössten Teil des EU-Budgets ausmachten, haben sich die traditionellen Kleinbetriebe in Griechenland vergleichsweise gut halten können. Dadurch bestand aber nie der Druck, ein seriöses Fundament für eine Exportkultur aufzubauen. Bauern-Genossenschaften und strategisches Marketing sind zwar vorhanden, allerdings zu schwach ausgeprägt und gehen so im Konkurrenzkampf unter. Für ein Land, das immer noch einen agrarischen Charakter hat und über Qualitätsprodukte aus diesem Sektor verfügt, ist das unverzeihlich.

Ein grosser Vorteil, der sich nun als erheblicher Nachteil entpuppt hat, waren die tiefen Zinsen bei der Aufnahme von Darlehen. Jeder andere Staat ähnlichen Profils hätte ausserhalb der EU kaum Zugang zu derart tiefen Zinssätzen gehabt. So wurden über längere Zeit alte Schulden durch neue Schulden ersetzt. Der letzte Akt dieser finanzpolitischen Tragödie ist nun auf dramatische Weise zu Tage getreten.

Generell musste sich Griechenland (wie auch alle anderen Mitgliedstaaten) kaum vor Sanktionen seitens der EU fürchten. Dass das Land Verträge nicht oder nur unzureichend erfüllte, war längst bekannt. Dies nicht nur in Finanz und Wirtschaft, sondern auch in Bereichen wie Menschenrechte, Umwelt- und Naturschutz. Das Ausbleiben ernsthafter Sanktionen hat den Eindruck erweckt, die Einhaltung rechtlicher Vorgaben sei optional. Kommentatoren in Griechenland sehen die Reformunfähigkeit des griechischen Staates in der Tatsache begründet, dass es für Politiker gefährlicher sei gegen das Netzwerk von Bürokraten, Gewerkschaftern, Parteifunktionären und Privatunternehmern vorzugehen, als unpopuläre politische Massnahmen vorzunehmen, die den Rest der Bevölkerung gegen sie aufzubringen vermögen. So sind sie Gefangene eines letztlich von ihnen selbst erschaffenen Teufelskreises.

Düstere Aussichten

Dass Griechenland in der EU gescheitert ist, ist nicht der EU anzulasten. Ihr anzulasten ist aber das Erschaffen von Verhältnissen, die die politischen Umstände in Griechenland begünstigten, sowie die Ignoranz gegenüber dem beinahe kriminellen Verhalten der griechischen Politik.

Die seit Beginn der Finanzkrise laut gewordenen Vorwürfe an Griechenland sind zwar zu einem grossen Teil korrekt – allerdings zeugt es von Heuchlerei, nun den ahnungslosen Getäuschten zu spielen. Der Verschuldungsgrad des Landes, die weit verbreitete Korruption und das Klientensystem sind Tatsachen, die lange genug bekannt waren.

Die Schlammschlacht, die wir nun im Zuge der Rettungsaktion sehen, ist der erbärmliche Beweis, dass die vielgepriesene europäische Solidarität vor allem dann funktioniert, wenn die Taschen voll sind. Gerade in der heutigen, krisengeschüttelten Situation wünscht man sich weniger Kleingeistigkeit und mehr Verantwortungsbewusstsein und Courage – sowohl von der Politik, wie auch von den Gesellschaften selber. Europa als Ganzes sieht sich momentan ernststen Problemen gegenüber. Griechenland mag zwar das Prominenteste sein, das Grösste ist es für die EU allerdings nicht.

Was jetzt in Griechenland geschieht, ist der längst fällige Zusammenbruch eines politischen Systems, dessen einzige Leistung darin bestand, auf parasitäre Art und Weise zu überleben – mit all den verheerenden Konsequenzen für die Betroffenen. In der oben erwähnten Publikation von 1969 findet sich auch ein Beitrag vom heutigen Staatspräsidenten Griechenlands, Karolos Papoulias.

Was für eine Ironie, dass ausgerechnet ein Politiker, dessen Reputation als Widerstandskämpfer gegen die Nazis ihm besondere Würde verlieh, nun selbst als Teil des Establishments angefeindet wird – eben jenes korrupten Establishments, das Griechenland in diese Lage gebracht hat.

Die einzige Hoffnung für die Zukunft besteht nun in der Aussicht auf Reformen. Will Griechenland weiterhin in einigermaßen würdevollen Umständen existieren, braucht es diese zwingend. Auf politischer Ebene tut sich aufgrund des Verdrusses der Bevölkerung nun langsam etwas, neue Parteien formieren sich, unabhängige Politiker werden gewählt. Die gesellschaftlichen Schäden zu beheben wird allerdings wesentlich komplizierter.

Es fragt sich, ob die von der Troika angeordnete neoliberale Kur den an strukturellen Problemen erkrankten Patienten zu heilen vermag – oder ob sie ihn direkt ins Langzeitkoma schickt.

—

Text [Giannis Mavris studiert Politikwissenschaft \(MA\) an der Universität Basel.](#)

[Der Autor ist für Kritik und Anregungen an g.mavris@stud.unibas.ch dankbar.](mailto:g.mavris@stud.unibas.ch)

Länder der Peripherie sind gezwungen, eine dem Zentrum untergeordnete ökonomische Position in der Weltwirtschaft einzunehmen.

Die Versicherheitlichung der europäischen Asylpolitik

Die Umsetzung der Dublin II-Bestimmungen bewirkte einschneidende Änderungen des europäischen Asylregimes. Mit Hilfe der Weltsystem-Theorie argumentiert David Kaufmann, dass trotz allen Neuerungen, die europäische Asylpolitik von machtpolitischen Überlegungen geprägt ist, die in der aktuellen Migrationsdebatte nicht thematisiert werden.

39

Die Schweizer Justizministerin Simonetta Sommaruga forderte Ende Januar 2012 in einem Interview mit der ZEIT eine nüchterne, mehr auf Fakten basierende Migrationsdebatte. Statistisch sieht dies wie folgt aus: Im vermeintlichen Asylkrisenjahr 2011, ausgelöst durch den «arabischen Frühling», ist die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz von 15'567 auf 22'551 gestiegen. In Europa ersuchten im selben Jahr gemäss dem UNHCR etwa 327'000 um Asyl, während es in 2010 noch 274'700 Personen waren. Dies entspricht einer Steigerung von 19 Prozent. Ein Anstieg von Asylanträgen auf europäischer Ebene ist zu erkennen, die erwartete Flutwelle von Migrant*innen ist jedoch ausgeblieben. Weiter südlich sieht die Lage weitaus dramatischer aus. Die Unruhen in Libyen führten dazu, dass selbst das krisengeschüttelte Tunesien mindestens dieselbe Anzahl an Flüchtlinge aufnahm wie ganz Europa (UNHCR-Schätzungen reichen von 300'000 bis 600'000). Weiterhin vermeldet das UN-Flüchtlingshilfswerk, dass sich alleine in Kenia wesentlich mehr Flüchtlinge als im gesamten Schengen/Dublin-Raum aufhalten. 80% der weltweiten Flüchtlinge bleiben gemäss dem UNHCR in den umliegenden Staaten, denen es häufig an finanziellen Mitteln für die Betreuung der Vertriebenen mangelt. Nur etwa 15% aller Flüchtlinge gelangen nach Europa. Die erwähnten Zahlen weisen darauf hin, dass die flächendeckende Berichterstattung und die öffentliche Wahrnehmung ein Empfinden in Europa generiert hat, das den globalen Kontext von Krieg und Vertreibung nicht ausreichend einbezieht und die relativen Zahlen überschätzt. Dass der Flüchtlingsdiskurs mittlerweile von populistisch agierenden Exponenten politisch geschickt instrumentalisiert wird und sich deshalb die Debatte zu einem Tum-

melfeld hässlicher Überfremdungsrhetorik entwickelt hat, ist eine Konsequenz dieser Wahrnehmung. Die festgefahrene und unproduktive Migrationsdebatte braucht neue Anknüpfungsmöglichkeiten.

Ein alter, alternativer Ansatz

Als Immanuel Wallerstein 1974 seinen Aufsatz *The Rise and Future Demise of the World Capitalist System: Concepts for Comparative Analysis* verfasste, hatte er wohl kaum die globale Migration als Thematik im Hinterkopf. Vielmehr wollte er aufzeigen, welche zentrale Rolle asymmetrische Machtverhältnisse in der ökonomischen und politischen Beziehung zwischen verschiedenen Gesellschaften spielen. In Anlehnung an frühere politische Weltreiche nennt er die vorherrschende globale ökonomische Struktur ein «kapitalistisches Weltsystem». Wallerstein teilt die Welt konzeptuell in drei ökonomische Bereiche ein: das Zentrum, die Semi-Peripherie und die Peripherie. Das Weltsystem ist gekennzeichnet durch eine komplette globale Arbeitsteilung dieser Gebiete, welche durch Handelsbeziehungen voneinander abhängig sind. Während die Zentren auf kapitalintensive Geschäfte setzen, werden die niedrigen Löhne in der Peripherie durch arbeitsintensive Produktionsabläufe ausgenutzt. Solchen Handelsbeziehungen liegt eine ökonomische Ausbeutung durch asymmetrische Machtbeziehungen zu Grunde. Durch diesen ungleichen Austausch stabilisiert sich das ökonomische Wachstum der Zentrumsgesellschaften durch den kontinuierlichen Waren- und Kapitalzufluss aus der Peripherie. Die Unterentwicklung der Peripherie ist nicht als eine vorzeitige und tiefere Stufe der Moderne, sondern als gleichzeitiges und notwendiges Produkt

dieser ökonomischen Weltordnung zu verstehen. Länder der Peripherie sind gezwungen, eine dem Zentrum untergeordnete ökonomische Position in der Weltwirtschaft einzunehmen. Die Schaffung eines starken Staatsapparates in den bevorteilten Gebieten der Weltökonomie dient dabei wesentlich zur Erhaltung dieser globalen Machtstruktur, die sich auf die historisch entstandene Bevorteilung respektive Benachteiligung von Gesellschaften stützt. Staaten der Semi-Peripherie sind zusätzlich notwendig, um die Stabilität dieser Weltordnung zu sichern, indem sie selbst dominieren und dominiert werden. Dabei übernimmt die Semi-Peripherie eher eine politische als eine ökonomische Rolle. Sie verhindert eine Polarisierung des Weltsystems und untergräbt somit eine mögliche vereinigte Opposition gegen die Machtzentren. Wallerstein zeichnet der Zukunft ein düsteres Bild. Die Expansion der Zentren und die Ausnutzung der Semi-Peripherie werden zu einer zusätzlichen Schwächung der politischen und ökonomischen Position der peripheren Regionen führen. Wallersteins Theorie ist verständlicherweise umstritten. Sie weist eine universalistische Charakteristik auf und wird offensichtlich einem umfassenden Erklärungsanspruch nicht gerecht. Dennoch bietet sich die «Weltsystem-Theorie» als alternativer Erklärungsansatz an, weil sie mit neuen Sichtweisen kritisch auf die europäische Migrationsdebatte einwirken kann, welche Anzeichen von Erschöpfung aufweist.

Die Rolle der Semi-Peripherie im globalen Migrationsregime

Wallersteins Beschreibung der Rolle der Semi-Peripherie zeigt verblüffende Ähnlichkeiten mit den politischen Realitäten in der internationalen Migrationspolitik. Südliche Mittelmeeranrainerstaaten werden gezielt benutzt um «illegale Migranten» aufzuhalten, noch bevor diese sich über das Mittelmeer dem europäischen Festland nähern können. Dabei ist alleine die Figur des «Illegalen» zynisch, steht diese Bezeichnung doch für Tausende von Migranten, die *faute de mieux* versuchen müssen über die Schmuggler Routen nach Europa zu kommen. Diese Ausweitung des europäischen Grenzschutzes auf Nordafrika lässt den Politikwissenschaftler Helge Schwiertz schlussfolgern, dass die europäische Asylpolitik darauf angelegt sei, Migranten gar nicht die Möglichkeit zu geben, einen Asylantrag in einem Dublin-Mitgliedsstaat zu stellen. Diese «Illegalität», die durch die zunehmende Verschär-



fung der europäischen Immigrationsgesetze erst geschaffen wurde, wurde mittels einer Externalisierung der EU-Aussengrenzen sogar auf nordafrikanische Staatsterritorien übertragen. Solche Kooperationsverträge sind ein offensichtliches Beispiel, wie auch semi-periphere Drittstaaten in das heterogene europäische Migrationsregime eingegliedert wurden. Italien beispielsweise schloss mit den damaligen Diktatoren in Tunesien und Libyen Verträge ab, um die Migration nach Italien einzudämmen. Es war offensichtlich nicht entscheidend, auf Grundlage welchen politischen Systems ihre Kooperationspartner agieren. Mit Despoten sind solche Verträge, an denen nur die Elite eines Landes verdient, offenbar einfacher auszuhandeln als mit Demokratien. Beispiels-

weise verpflichtete Spanien Marokko in einem Rückübernahmeabkommen, dass es auch abgeschobene Transitmigranten ohne marokkanische Staatsbürgerschaft aufnehmen muss. Die EU missbilligte dieses fragwürdige Vorgehen in keiner Weise. Im Gegenteil: Die nordafrikanischen Vertragspartner wurden in den Abkommen angewiesen, Immigranten frühzeitig daran zu hindern, auf dem Seeweg europäisches Staatsgebiet zu erreichen. Diese Gefälligkeiten wurden natürlich honoriert durch eine stattliche Bezahlung an die Regimes von Oberst Gaddafi und Ben Ali. Verschiedene Medien (u.a. die ZEIT, Süddeutsche Zeitung) berichteten, dass Italien Libyen fünf Milliarden US-Dollar im Rahmen dieses «Freundschafts- und Kooperationsvertrags» zusicherte. Spärliche Kenntnisse lassen erahnen, dass der Blutzoll dieser Kooperationen hoch ist. So sperrt Libyen abgefangene «illegale» Migranten in Camps ein und lässt zum Beispiel Eritreer in ihr Herkunftsland zurückschaffen, wo gemäss Amnesty International Deserteuren – die allgemeine Wehrpflicht gilt für Männer von 18 bis 40 Jahren und für die Frauen von 18 bis 27 Jahren – willkürliche Inhaftierung und Folter droht. Berichte der *médecins sans frontières* zeigen ausserdem erschreckenderweise, dass marokkanische Behörden im Süden des Landes eine Gruppe von über 500 Einwanderern in der Wüstengegend ausgesetzt hätten, nachdem diese von der spanischen Polizei aus den Enklaven von Ceuta und Melilla abgeschoben worden waren. Einige EU-Institutionen reagieren nun auf dieses fragwürdige Verhalten. In einem wegweisenden Urteil hat der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg am 23. Februar 2012 die italienische Rückweisungspolitik auf offener See verurteilt. Die italienische Küstenwa-

che hat im Mai 2009 über 200 eritreische und somalische Flüchtlinge auf dem Mittelmeer an Bord genommen und nach Libyen zurückgewiesen. Der Gerichtshof stellt eine Verletzung von Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention fest, welche verbietet, dass jemand der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen wird. Zudem verletzte Italien das Verbot der Kollektivausweisung und das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf. Ein Urteil, welches für viele abgewiesene Schutzsuchende zu spät kommt, aber hoffentlich ein Umdenken in der europäischen Zurückweisungspolitik einleitet.

Die EU-Kommission hat es durch ihr Schweigen verpasst, solche Praktiken zu verurteilen. Europa ist nun ob dieser ambivalent angewendeten Strategie gegenüber den autokratischen Regimes in zunehmende Erklärungsnotstände geraten und hat bei der maghrebinischen Bevölkerung einen erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust erlitten. Einerseits begrüßte Europa die demokratischen Entwicklungen in der «Semi-Peripherie», andererseits

unterstützte es bis zum *high noon* die bestehenden Machthaber. Die italienische Europaparlamentarierin Sonia Alfano beschuldigt Italien, dass noch fünf Millionen Euro aus der italienischen Staatskasse an das Gaddafi-Regime geflossen seien, als dieser bereits seine eigenen Leute angriff. Dies wirft die Frage auf, welche Ziele von der EU in Nordafrika priorisiert werden. Sind es Vertragswerke mit opportunistischen Diktatoren, die man mit Geld und Mitteln der Machtsicherung dazu bringen kann, unerwünschte Migration nach Europa zu stoppen? Oder ist es die Förderung des viel gerühmten Demokratieideals als Exportgut in die unmittelbare EU Nachbarschaft?

Der «arabische Frühling» und die Erhöhung der Asylgesuche in Europa zeigen uns auf, dass die Kooperationsverträge einen wesentlichen Bestandteil des externalisierten Schutzes der EU-Aussengrenzen ausmachten. Demnach basiert der vielbeschriebene Mythos der «Festung Europa» nicht nur auf strengen Einreisegesetzen, Zäunen, Mauern und den «RABITs» (*Rapid Border Intervention Teams*) der Frontex. Ein wichtiger Bestandteil der Sicherung der EU-Aussengrenzen sind neben dem menschenverschlingenden mediterranen Wassergraben – rund 1500 Migranten sterben jährlich bei der gefährlichen Mittelmeerüberfahrt – offensichtlich auch diese fragwürdigen Abkommen.

Blockierung von Reformen aufgrund asymmetrischer Machtverteilung in der EU

Wie konnten demokratische Staaten solche Verträge tolerieren? Antworten sind in den institutionellen Fehlern des Dublin-Systems zu finden. Die Einführung der Dublin II-Vereinbarungen veränderte die EU-Asylpolitik grundlegend. Es wurde darauf gedrängt, die Zuständigkeitsfrage von Asylanträgen neu zu regeln und Mehrfachgesuche zu minimieren. Dasjenige Land, welches zuerst im Dublin-Raum betreten wird, wurde für die substantielle Prüfung des Asylantrages zuständig gemacht. Schon

auf den ersten Blick ist ersichtlich, dass eine solche Regelung eine systemimmanente Benachteiligung von Staaten der EU-Peripherie in sich birgt. Es liegt in der ökonomischen Zugkraft der Migrationsbewegung, dass sie in der heutigen Zeit von Süden nach Norden und von Osten nach Westen funktioniert. Die Neuerungen der Dublin II-Verträge überliessen den südlichen EU-Ländern den Grossteil der zu bearbeitenden Asylgesuche. Einige dieser Länder (Zypern, Malta, Griechenland) wurden erst durch die Einführung von

Es liegt in der ökonomischen Zugkraft der Migrationsbewegung, dass sie in der heutigen Zeit von Süden nach Norden und von Osten nach Westen funktioniert.

Dublin II zu Asyl-Empfangsländern und verfügten deshalb nur über sehr gering ausgebaute Asylinstitutionen. Es ist eine Aufbürdung, welche die Mittelmeerstaaten wohl niemals ohne Druck unterschrieben hätten. Diese Überlastung zwang die südlichen Dublin-Mitgliedsländer zu individuellen Massnahmen, um diesem «Asyldruck» entgegen zu wirken, wie zum Beispiel solche Kooperationsverträge, welche aber zu Instabilität und Ineffizienz des gesamten europäischen Asylsystems führten.

Hier zeigt sich eine lehrbuchmässige Problematik eines öffentlichen Gutes: Die europäischen Staaten, deren Regierungsterritorium nicht das Mittelmeer berührt, profitieren von dem aufwändigen Migrationsregime ihrer südlichen Nachbarn und treten als *freerider* auf. Die nördlichen EU-Staaten nutzen ihre geografische, aber auch politische Position bewusst aus.

Natürlich formiert sich eine Opposition gegen diese unfaire Praxis, welche die innereuropäische Solidarität aufs Spiel setzt, die unter Artikel 80 der Lissaboner-Verträge festgeschrieben wurde. Im Europäischen Parlament wären schon lange Mehrheiten gefunden, um die Reform der Dublin-Verträge einzuleiten. Vor allem ginge es darum, Lastenteilungsmechanismen einzuführen, welche den «Asyldruck» auf die südlichen Länder abfedern sollten. Doch im Rat der europäischen Union, der als Co-

Legislator dem Europäischen Parlament gleichgestellt ist, verhindern einige nationale Innen- und Justizminister der EU-Mitgliedsländer mit Taktiken der Verschleppung allfällige Reformen. So entschied Ende Januar 2012 die Mehrheit der EU-Innenminister, am alten Dublin II-Regime festzuhalten. Es kam abermals zu keiner offiziellen Beschlussfassung und die bereits ausgearbeiteten Gesetzesreformen des Europaparlaments wurden nicht diskutiert. Hingegen wurde mit dem Ausbau und der Stärkung der EU-Grenzschutzagentur Frontex die Versicherheitlichung der Migrationspolitik weiter vorangetrieben. Dass Frontex auf rechtlich unsicheren Gewässern operiert, schien die Minister nicht weiter zu stören. Doch die EU-Grenzschutzagentur gerät aufgrund ihrer umstrittenen Abschiebungsoperationen auf See zunehmend auch von rechtlicher Seite unter Druck. So erachtet das völkerrechtliche Gutachten von Fischer-Lescano und Löhr das Abfangen und Zurücksenden von afrikanischen Flüchtlingen auf dem offenen Meer als rechtswidrig. Als Reaktion auf das bereits erwähnte Urteil des Europäische Menschenrechtsgerichtshofs hat sich nun der EU-Ombudsmann eingeschaltet und eine Untersuchung über die Einhaltung der europäischen Grundrechte in den Frontex Abschiebungsoperationen eröffnet.

Europäische Parlamentarier und auch die europäische Kommissarin des Innern, die Schwedin Cecilia Malmström, sind zutiefst enttäuscht und beteuern ihre Beschämung über die Verschleppung der Reformen des europäischen Asylraumes. Die Grüne EU-Parlamentarierin Barbara Lochbihler sieht darin einen Affront gegen Menschen, die in der EU Schutz suchen. Man zwänge Flüchtlinge, in unwürdigen Bedingungen auszuharren, welche überlasteten Asylinstitutionen geschuldet seien, so Lochbihler. Die verpasste Solidaritätsbekundung der Innenminister wird wohl dazu führen, dass die südlichen EU-Staaten weiterhin alleine mit der unfairen Verteilung der Asylgesuche konfrontiert sind. Die institutionelle Ineffizienz des Dublin- Systems war schon bei der Implementierung der Verträge sichtbar und wurde bewusst in Kauf genommen. Die zweiteilige Legislative der EU, bestehend aus dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union, erlaubt es den nördlichen EU-Staaten Reformen des Dublin-Systems gezielt zu verhindern oder zumindest zu verzögern. Innerhalb der EU wird auf Grundlage von asymmetrischen Machtverhältnissen eine Machtpolitik betrieben, die den Status-Quo schützt.

Humanitäre Immigrationspolitik als Stabilisierung des Status Quo

Die Ineffizienz des europäischen Immigrationsregimes hat zur Konsequenz, dass NGO's versuchen, die Schicksale der «Illegalen» sichtbar zu machen und somit Druck auf die Regierungen auszuüben. Nicht selten werden über Appellationen an die höchste richterliche Instanz im Land Ausnahmeregelungen geschaffen. So haben Gerichte mehrerer Dublin-Staaten entschieden, dass aus humanitären Gründen keine Asylsuchenden mehr nach Griechenland überstellt werden dürfen. Es entstand eine Immigrationspolitik, die zunehmend über Sonderklauseln und Ausnahmeregelungen funktioniert und so versucht in Zeiten konstanter Verschärfung der Asylgesetze auf aussergewöhnliche Schicksale Rücksicht zu nehmen. Eine solche auf moralischen Idealen basierende

Politik scheint fortschrittlich zu sein, doch birgt sie auch Gefahren, die weniger offensichtlich sind. Miriam Ticktin gelang in ihrem 2011 erschienenen Buch *Casualties of Care* eine treffende Analyse dieser Immigrationsregime. Ein solches Migrationsregime, das stark mit Logiken von Fürsorge und Mitgefühl operiert, impliziert notgedrungen auch Exklusion oder gar Kriminalisierung von Immigranten, die durch die Netze der konstruierten Kategorien legitimierter Schutzbedürftigkeit fallen. Was wir

momentan beobachten, ist eine Immigrationspolitik der ständigen Ausnahmeregelungen, die mit strengeren Asylgesetzen und der intensiveren Überwachung der EU-Aussengrenzen einhergeht. Dem «Chaos» und «Elend» ausserhalb der EU wird die Sicherheit im Inneren gegenübergestellt, die vermeintlich in Gefahr gerät, sobald es Durchlässigkeiten gäbe.

Es setzen sich Begrifflichkeiten durch, welche sich in der aktuellen, moralisch freilich aufgeladenen Dichotomisierung von Flüchtlingen einerseits und Wirtschaftsmigranten andererseits widerspiegelt. Migranten, die den rigiden Standards der Flüchtlingskategorie nicht genügen, werden vorverurteilt und laufen Gefahr kriminalisiert zu werden. Das grundlegende Problem dieser Immigrationspolitik, mit Legalisierung der Wenigen und der Exklusion der Vielen, ist die fehlende Berücksichtigung von strukturellen ökonomischen Ungleichheiten in der Welt. Im Gegenteil, die Opfer dieser globalen Ungerechtigkeit werden als falsche Flüchtlinge stigmatisiert und auf ihre Arbeitskraft reduziert. So werde versucht, gemäss Ticktin, solche Ausnahmeklauseln als moralisch und hu-

Innerhalb der EU wird auf Grundlage von asymmetrischen Machtverhältnissen eine Machtpolitik betrieben, die gezielt den Status-Quo schützt.

manistisch erstrebenswert zu deklarieren. Dabei werde diese humanitäre Seite der Immigrationspolitik in einen apolitischen Rahmen platziert, in der Machtpolitik keine Rolle spielen würde. Diese Depolitisierung von Themen über die Moral beschreibt Ticktin als Anti-Politik. Eine solche Anti-Politik der Fürsorge reproduziert die bestehenden ökonomischen Machtverhältnisse, was auf die Aufrechterhaltung bestehender Zustände hinausläuft. Ticktin weist uns darauf hin, dass eine solche Anti-Politik darauf aus ist, die systembedingten Probleme lediglich zu mildern, anstatt die wirklichen Ungleichheiten in Frage zu stellen. Die kurzzeitige Krisenintervention agiere voll und ganz in einer vermeintlichen neutralen Moral, ohne dabei nachhaltig die strukturellen Probleme anzupacken. Verschiedene Sozialwissenschaftler haben bereits darauf hingewiesen, dass eine solche Politik der Humanität ein zentrales Merkmal der westlichen Regierungsstrategien geworden sei. Die inhärente Ungleichheit des globalen Kapitalismus ist ein bedingender Faktor dieser Politik, die nur unter Zwang versucht Effekte dieser Ungleichheit zu mildern. Die eigentliche Anti-Immigrationshaltung vieler westlicher Gesellschaften, getragen von geopolitischen Machtüberlegungen, kann durch einen solchen humanitären Anstrich nur schlecht verschleiert werden.

Die Steuerung der Migration als Machterhaltungsstrategie

Wallersteins Theorie der strukturellen Dominanz der Zentren über die peripheren Räume macht auch in Bezug auf die Immigrationspolitik Sinn. Entscheidend ist für Wallerstein, dass die Nationalstaaten des Zentrums darauf aus sind, Strategien zu entwickeln, welche die für sie vorteilhaften Machtverhältnisse reproduzieren. Die Externalisierung der Aussengrenzen durch Kooperationsverträge mit Staaten der Semi-Peripherie, die Verschleppung von Reformen des ineffektiven Dublin II-Systems und das Primat der Fürsorge in der Immigrationspolitik sind die hier ausgebreiteten Strategien, die den Zentren ihre Machtposition ermöglicht.

Der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, António Guterres, weist im europäischen Parlament in einer Diskussion über Reformen des europäischen Asylsystems auf die asymmetrische Natur der Globalisierung hin: *«Geld fließt frei, Güter fließen teilweise frei, aber die Bewegungsfreiheit von Personen wird mit verschiedensten Mitteln einzuschränken versucht, obwohl Migration ein natürliches globales Phänomen ist»*. Die Weltsystem-Theorie hilft uns zu verstehen, warum die Staaten des globalen Nordens krampfhaft versuchen die Migration zu steuern und dabei allzu oft fragwürdige Strategien anwenden. Die Reflexionen und schonungslosen Beobachtungen von Immanuel Wallerstein, verknüpft mit einer Analyse des aktuellen europäischen Asylregimes, lassen die Schlussfolgerung zu, dass sich die europäischen Staaten auch im Bereich ihrer Asylverpflichtung nicht scheuen, den recht-

lichen und politischen Spielraum bisweilen stark zu ihren Gunsten auszudehnen, wenn nicht sogar teilweise zu verlassen, um ihre globale Machtposition zu festigen.

—
Text David Kaufmann studiert Politikwissenschaft
im MA an der Universität Zürich.
Bild siehe Bildbeschrieb.

You have just been hacked

Nachdem digitale Verbrechen zuerst Nutzer und Unternehmen in Angst um ihre Daten versetzten, scheinen sich auch immer mehr Staaten Sorgen zu machen. Der Europarat, welcher nicht Teil der EU-Bürokratie ist und somit auch Nicht-EU-Länder wie die Schweiz unter sich vereint, hat in diesem Feld mit der Convention on Cybercrime ein interessantes Regelwerk vorgelegt. Könnte das ein Weg in die richtige Richtung sein?

44

Wie bei jeder Technologie birgt auch das Internet nicht nur Vorteile. Verbrechen im Zusammenhang mit Computern, wie beispielsweise Identitätsdiebstahl, traten schon in den frühen Jahren des Internets auf. Der heutige Vernetzungsgrad, insbesondere durch immer mehr mobile internetfähige Geräte, macht aber einen immer grösseren Teil der Bevölkerung angreifbar. Auch Staaten sorgen sich um die Sicherheit ihrer geheimen Daten und die Aufrechterhaltung kritischer Infrastruktur, welche ebenfalls immer mehr von Computern abhängt.

Im Bezug auf den Missbrauch des Internets haben sich die Schlagwörter Cybercrime, Cybersecurity und Cyberwarfare etabliert, welche teilweise überlappende aber dennoch verschiedene Aspekte der Problematik ansprechen. Sowohl auf Regierungsebene als auch in der Forschung läuft eine Debatte über die Begriffe und Definitionen. Dieser Artikel möchte sich mit Cybercrime beschäftigen, also der Verwendung des Internets und der relevanten Technologie zur Verfolgung krimineller Ziele. Dieses Gebiet betrifft viele Privatpersonen – Stichwort E-Banking – und Unternehmen genauso wie Staaten, denn diese sehen sich in gesetzgeberischen Fragen vor das Problem gestellt, transnationale Kriminelle zu verfolgen, denn meistens sitzt der Täter – das Internet macht's möglich – nicht im gleichen Land wie das Opfer.

An Handlungsbedarf fehlt es nicht: Der 2011 Cybercrime Report von Symantec schätzt, dass alleine in diesem Jahr 114 Milliarden US-Dollar Schaden durch Cybercrime entstanden ist und global circa 431 Millionen Nutzer Op-

fer von Cyberkriminalität wurden. Medienberichte über Datendiebstähle und ähnliche Vergehen gehören mittlerweile fast zum täglichen Inhalt der Nachrichten.

Während sich die meisten Staaten der Problematik bewusst sind, fallen die Reaktionen in der internationalen Gemeinschaft ganz unterschiedlich aus. Einige Länder bevorzugen nationale Massnahmen – von Gesetzen bis hin zur Schaffung neuer spezialisierter Organisationen – andere setzen sich für regionale oder sogar globale Lösungen ein. In die letztere Richtung geht auch eine Konvention, welche innerhalb des Europarates ausgearbeitet wurde und welche das bisher einzige ernstzunehmende multilaterale Dokument in diesem Rechtsbereich darstellt. Was genau regelt die

Konvention und ist sie eine Möglichkeit die Bedrohung Cybercrime in den Griff zu bekommen?

Einigung in Budapest

Neben dem Europarat haben sich auch andere multilaterale Gremien mit der Thematik beschäftigt, wie die G-8 oder die Europäische Union. Innerhalb der Vereinten Nationen ist das Problem ebenfalls bekannt. Dort beschäftigt sich besonders das United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) mit der Angelegenheit, ein Vertrag liegt aber noch nicht vor.

Der Europarat, 1949 gegründet und nicht Teil der Europäischen Union, sieht sich als internationales Gremium zur Vereinfachung der Kooperation in verschiedenen Rechtsbereichen. Da seine Konventionen von allen Staaten unterzeichnet und umgesetzt werden können, scheint

Die grundlegende Frage ist: Wer regiert das Netz?

er geeignet, sich des Problems Cybercrime anzunehmen. Und tatsächlich taucht der Begriff Cybercrime schon 1989 in Diskussionen des Gremiums auf. 1997 wurde dann das Committee of Experts on Crime in Cyberspace ins Leben gerufen. Im Jahre 2001 wurde schliesslich das Übereinkommen über Computerkriminalität – wie die Konvention auf Deutsch etwas umständlich heisst – in Budapest zur Unterzeichnung aufgelegt. Seit-her ist viel Wasser die Donau hinab geflossen. Erst im Jahr 2004 trat die Konvention in Kraft, nachdem sie fünf Staaten ratifiziert hatten. Die Schweiz, welche bereits 2001 unterzeichnet hatte, zog 2011 mit der Ratifikation nach. Wozu haben sie und die anderen Staaten sich verpflichtet?

Grundsätzlich zielt die Konvention darauf ab, Rechtssysteme zu harmonisieren und die Strafverfolgung zu vereinfachen. Zu diesem Zweck listet sie unter anderem Verbrechen, welche unter Cybercrime fallen – vom unerlaubten Zugriff auf Daten bis hin zu Kinderpornographie – auf und fordert die Unterzeichner auf, die nationale Legislatur so anzupassen, dass diese Verbrechen verfolgt werden können. Ein grosses Problem bei der Bekämpfung der Computerkriminalität ist nämlich, dass ein Täter nicht verfolgt werden kann, weil die Handlung in seinem Land gar nicht verboten ist, im Land des Opfers aber schon. In dieser Hinsicht Vereinheitlichung zu schaffen ist folglich sinnvoll. Die Konvention beschränkt sich aber nicht nur auf gesetzgeberische Aspekte. Bezüglich Strafverfolgung sind Richtlinien für die Sicherstellung der Beweise, konkret Speicherung von Daten, und deren Weiterverarbeitung durch die Behörden enthalten.

Immer das Gleiche...

Internationale Abkommen, wie die Council of Europe Convention on Cybercrime, werden von gewissen Politikwissenschaftlern mit Argwohn betrachtet. Sie warnen davor, die Wirkung solcher Vereinbarungen nicht zu überschätzen. Internationale Regime sind demnach lediglich ein Zeichen der real existierenden Machtstrukturen und nicht eigenständige Instrumente um staatliches Handeln zu lenken. Ein Indiz für diese Position sind die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten der Konvention. Sie verlässt sich darauf, dass die Staaten ihren Verpflichtungen nachkommen. Dabei gibt es zwei Probleme: die Überprüfung der Implementierung und die Implementierung an sich. Die Konvention sieht nämlich nicht vor, dass ihre Um-

setzung überwacht wird und Staaten mit Konsequenzen rechnen müssen, wenn sie sich nicht daran halten. Während das wohl bekannteste Produkt des Europarates, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), einen entsprechenden Gerichtshof etablierte, der den Umgang der Unterzeichnerstaaten mit den Menschenrechten scharf beobachtet, fehlt ein solches Gremium in der Domäne der Cyberkriminalität. Die Erstellung eines spezifischen Tribunals für Cyberkriminalität gehört zu einer der Forderungen eines Berichts der von Stein Schjolberg vom EastWest Institute heraus-



gegeben wurde. Dieser Gerichtshof würde aber konkrete Verbrechen und weniger die Implementierung der Konvention behandeln. Die Überprüfung der Implementierung scheitert aber nicht nur am Fehlen eines Überprüfungsorgans. Obwohl die Konvention eine Liste mit Verbrechen, welche national zu ächten sind, enthält, wurde bei der Formulierung der Definitionen viel Wert auf Flexibilität gelegt. So sollte eine Anwendung der Konvention auf neue Sachverhalte durch technische Neuerungen sichergestellt werden. Als Konsequenz werden die aufgelisteten Verbrechen von den Staaten relativ breit interpretiert, was dazu führt, dass viele Staaten ihre Gesetze gar nicht anpassen. Sie sind der Meinung, die Verfolgung der in der Konvention beschriebenen Verbrechen sei bereits durch nationale Gesetze gedeckt. Somit wird durch zu breite Definitionen das Ziel der Harmonisierung kaum erreicht. Selbst wenn man der Meinung wäre, dass internationale Verträge staatliches Handeln beeinflussen könnten, so muss man sich immer fragen, wie gross der tatsächliche Einfluss der Abkommen ist. Um es mit den Worten von Downs, Locke und Barsom aus ihrem Klassiker «Is the good news about compliance good news about cooperation?» zu sagen: Machen ohnehin nur jene Staaten mit, die sich bereits an die Konvention halten, konkret, ratifizierten nur Staaten, welche bereits nationale Cyberkriminalitätsgesetze haben? Auch in dieser Hinsicht schneidet die Konvention schlecht ab. Russland und China, gemäss Experten wie beispielsweise Marcel Brönnimann vom Center for Security Studies der ETH Zürich zwei enorm wichtige Länder für Cybercrime, haben die Konvention beide nicht ratifiziert. Damit sind sie nicht alleine: Viele «Problemstaaten» werden von der Konvention gar nicht erfasst. Nicht nur die Anzahl an Ratifikationen – 32 Staaten bis heute – ist gering, sondern auch der Anteil an

Diebstahl 2.0: dank des Internets muss der Einbrecher nicht einmal mehr persönlich vorbeikommen.

«schuldigen» Staaten. Gleichzeitig macht die Natur der Vergehen es den Tätern einfach, durch Proxies und Umleitungen ihre illegalen Aktionen durch die Server anderer Länder zu lenken, sollte ihr bisher bevorzugtes Land seine Gesetzgebung anpassen.

Wer regiert das Netz?

Die grundlegende Frage mit der sich alle Bemühungen zur Bekämpfung von Cybercrime befassen müssen ist: Wer regiert das Netz? Je nachdem wie die Antwort auf diese Frage ausfällt, müssen unterschiedliche Akteure in den Prozess eingebunden werden.

Viele Versuche, wie auch die genannte Konvention, gehen davon aus, dass vor allem die Staaten das Sagen haben und deshalb Cybercrime über die Harmonisierung von Gesetzen und die Effizienzsteigerung der Strafverfolgung bekämpft werden sollte. Spätestens seit den Demonstrationen gegen ACTA, PIPA und Co., bei welchen nicht nur Privatpersonen sondern auch Unternehmen teilnahmen, sollte jedoch klar sein, dass der Einfluss von Staaten auf das Internet alles andere als grenzenlos ist.

Die gegenteilige Position, wonach laut John Perry Barlow Staaten «no sovereignty where we gather» haben, scheint allerdings etwas verfrüht. Wie Jack Goldsmith und Tim Wu in ihrem Buch «Who controls the Internet? Illusions of a Borderless World» darlegen, sollte man «traditionelle» Regierungen nicht zu früh abschreiben. Für die effektive Bekämpfung von Cybercrime sollten sowohl Regierungen als auch der Privatsektor und die Zivilgesellschaft eingebunden werden.

Nächstes Level

Trotz aller oben geäußelter Kritik muss man klar festhalten, dass das Übereinkommen über Computerkriminalität einen Meilenstein in der Bekämpfung von Cybercrime darstellt. Sie ist ein klares Zeichen für die Überzeugung, dass die Lösung für grenzüberschreitende Probleme nur in grenzüberschreitender Kooperation liegen kann.

Strittig ist, ob man die Konvention als guten Input für weitere Lösungen sehen sollte oder ob man sie zu einem globalen Standard weiterentwickeln sollte. Einerseits wird darauf verwiesen, dass eine globale Einigung in diesem Thema besonders auf Grund von teilweise stark divergierenden Rechtsverständnissen und technischen Möglichkeiten wohl sehr schwer bis unmöglich ist. Andererseits scheint die Alternative, lokale bis regionale Aktionen, bei denen im schlimmsten Fall eine «Zersplitterung» des Internets droht, ebenfalls nicht gangbar.

Trotz dieser schwierigen Ausgangslage gibt es zahlreiche Initiativen von Unternehmen, Think-Tanks und internationalen Organisationen. So sei hier beispielsweise auf die Worldwide Cybersecurity Initiative des EastWest Institute verwiesen, welche viele der genannten Kritikpunkte aufgreift und auch in bisher der Konvention kritisch gestimmten Ländern wie Indien Zustimmung findet.

Neue Ideen und gemachte Erfahrungen betreten das nächste Level in der Cybercrimebekämpfung, bis zum Boss-Kampf sollten sie aber noch viel üben.

Kroatien und die Europäische Union – Wie weiter?

Zwanzig Jahre nach ihrer Unabhängigkeit steht nach Slowenien auch die zweite ehemalige Jugoslawische Teilrepublik vor den Toren der Europäischen Union. Das Land sieht dem Beitritt voller Hoffnung und mit grossen Erwartungen entgegen. Mit dem Botschafter der Republik Kroatien in der Schweiz sprach Ivan Marijanovic.

47

IMHerr Muljacic, wie sehen Sie die Situation in der Republik Kroatien am Vorabend ihres Beitritts zur EU?

JMKroatiens Beitritt zur Europäischen Union ist zweifelsohne ein geschichtsträchtiger Moment für das Land, welches schon immer dem mitteleuropäischen, bzw. mediterranen Teil Europas zugehörig war. Für uns bedeutet das sozusagen eine Rückkehr in die (europäische) Familie. Der Beitritt hat nicht nur eine wirtschaftliche Dimension, von welcher vorwiegend die Rede ist. Genau so hat er eine politische oder auch psychologische Dimension. Kroatien ist dabei, zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit ein Teil der grossen europäischen Familie zu werden, welche mehr als 500 Millionen Mitglieder zählt. Natürlich hat Kroatien während des Beitrittsprozesses die rechtlichen Grundpfeiler der Europäischen Union übernommen und wird von positiven Eigenschaften, die ein solches Gebilde (wie die EU) mit sich bringt, profitieren können. Die EU mag sich zwar momentan in einer Krise befinden, dennoch ist es das grösste Projekt seiner Art weltweit. Der alte Kontinent hat sich vereinigt, was wirklich historische Ausmasse hat.

IMDie wirtschaftliche Situation in Kroatien ist zu diesem Zeitpunkt nicht gerade die beste – wachsende Schulden, sinkende Investitionen. Befindet sich Kroatien auf dem Wege Griechenlands, so dass die EU auch Kroatien nach seinem Beitritt wird retten müssen?

JMNein, überhaupt nicht. Alle wirtschaftlichen Indikatoren Kroatiens sind relativ gut. Sehen Sie: Kroatien hat noch immer ein gutes Kreditrating, im Unterschied zu fünf Staaten der Europäischen Union – nicht nur Griechenland. Junk würden die Engländer sagen. (In diesem Zustand) ist die Vergabe von Krediten schwie-

rig. Zu diesem Zeitpunkt sind die Vertreter des IWF und der Ratingagenturen in Kroatien. Sämtliche Indikatoren der Wirtschaft zeigen vor allem die finanzielle Stabilität und eine starke Nationalbank. Zwar ist die Wirtschaft der Europäischen Union in einer ziemlich grossen Krise, doch Kroatien hat eine vorteilhafte Position, gerade weil es so klein und darum anpassungsfähig ist. Der EU-Beitritt allein wird Kroatien schon helfen. Das kroatische BIP ist in etwa um die Hälfte kleiner als der europäische Durchschnitt, und nach den Gesetzen der EU gibt es bestimmte Kompensationsleistungen an solche Staaten um ihr Wachstum anzukurbeln. Der EU-Beitritt wird ausserdem weitere Investitionen zur Folge haben, obwohl diese auch im letzten ‚Krisenjahr‘ nicht allzu schlecht ausgefallen sind: mehr als eine Milliarde Euro wurde in Kroatien investiert – von einem ‚griechischen Weg‘ kann da keine Rede sein.

IMHeisst dies, dass Kroatien eher den Weg seines Nachbarlandes Slowenien einschlägt, welches sich äusserst erfolgreich in die EU integriert hat?

JMAuch Slowenien steckt zur Zeit in einer Krise und ist damit nicht allein. Natürlich ist Kroatien ähnlicher zu Slowenien als Griechenland.

IMDer Tourismus als wichtigster Teil der kroatischen Wirtschaftsleistung wird natürlich vom EU-Beitritt profitieren. Werden andere Sektoren ebenfalls auf dem Markt der Europäischen Union wettbewerbsfähig sein? Wenn ja, welche?

JMKroatien kann der EU einiges bieten, von der Lebensmittelindustrie bis hin zur Landwirtschaft und Holzindustrie. Wir werden noch sehen, wie die Restrukturierung des Schiffbaus vorangehen wird, was nicht zu

vernachlässigen ist. Dieser Bereich befindet sich momentan in der Phase der Privatisierung, wobei noch einige Probleme bezüglich staatlicher Subventionen bestehen. Aber dennoch sehen wir darin ein grosses Potenzial. Natürlich ist der Tourismus derjenige Bereich, welcher sogar in den heutigen «Krisenjahren» ausserordentliche Resultate erzielt hat. In diesem Jahr erwarten wir eine weitere Zunahme. Für Kroatien bestehen absolut grossartige Perspektiven, sofern wir es schaffen uns in die Prozesse einzugliedern, welche von uns erwartet werden.

^{IM}Wie wird sich die allgemeine Lage in Kroatien nach dem EU-Beitritt verändern? Welches werden die offensichtlichsten Änderungen sein?

^{JM}Genau das, was ich schon gesagt habe: Vollkommene Öffnung, sozusagen ein Fenster zu Europa ohne Schranken. Sowohl die Personenfreizügigkeit, als auch der Kapitalverkehr sollten vereinfacht werden. Ein grosser Teil der administrativen Schranken, welche bis anhin bestanden, weil wir noch nicht Mitglied waren, werden gelockert. Kroatien wird dadurch aufblühen. Indikatoren zeigen, dass alle Staaten, vor allem die mitteleuropäischen, die der EU beigetreten sind, durchaus beachtliche und beneidenswerte Resultate bezüglich ihrer weiteren Entwicklung gezeigt haben.

^{IM}Die kroatischen Stimmberechtigten haben sich zwar beim Referendum für den Beitritt ausgesprochen, dennoch ist ein grosser Teil der Bevölkerung noch immer skeptisch. Weshalb?

^{JM}Faktisch haben zwei Drittel der Bevölkerung für den EU-Beitritt gestimmt. Ein Teil der Wählerschaft war passiv und hat an der Abstimmung nicht teilgenommen, was aber nicht bedeutet, dass sie Euroskeptiker sind. Doch eben dieser Euroskeptizismus ist auch im restlichen Europa vorhanden. Es ist eine politische Einstellung eines Menschen, welche an sich durchaus legitim ist, nicht nur in Kroatien, wo er übrigens deutlich weniger häufig auftritt als in manchen anderen Mitgliedstaaten. Er ist die Folge einer Krise, welche die EU zur Zeit durchlebt. Wir können deshalb nicht sagen, dass Kroatien euroskeptisch ist. Die Resultate haben gezeigt, dass die Bevölkerung durchaus für Europa ist. Dass es Euroskeptiker gibt, kann vielschichtige Gründe haben; psychologische, oder Gründe der Nichtinformiertheit. Dennoch: Diese Einstellung ist in Kroatien bei weitem nicht so häufig anzutreffen wie in anderen Ländern.

^{IM}Bereitet Ihnen dieser Euroskeptizismus Sorgen? Ist er dafür mitverantwortlich, dass die Stimmbeteiligung so niedrig ausfiel?

^{JM}Das würde ich so nicht sagen. Zwei Drittel der Wählerschaft waren für den Beitritt – dies ist eine voll-

kommen ausreichende Mehrheit, waren es doch nicht etwa nur 51 oder 52%, sondern doch 2/3. Wir könnten jetzt lange darüber diskutieren. Doch es heisst noch lange nicht, dass diejenigen, die nicht abgestimmt haben, gegen den Beitritt waren. Das können wir nicht wissen.

^{IM}Warum hat sich Kroatien nicht für das „Modell Schweiz“ entschieden, d.h. gegen den Beitritt aber für eine Zusammenarbeit auf Basis bilateraler Abkommen?

^{JM}Dies geschah aus sehr pragmatischen Gründen. Unter anderem ist Kroatien nicht in der Position der Schweiz. Diese hat das Privileg entscheiden zu können, ob sie Mitglied sein will oder nicht, mit Blick auf ihre wirtschaftliche und finanzielle Situation, als eines der entwickeltsten und wohlhabendsten Länder der Welt. Es gibt ausser der Schweiz in Europa nur wenige Staaten, z.B. Norwegen, welche sich in der gleichen Ausgangslage befinden.

^{IM}Der kroatische Präsident Ivo Josipovic hat kürzlich in einem Interview ausgesagt, dass Kroatien als ein Vorbild für die anderen Staaten Südosteuropas fungieren möchte,

v.a. für die Nachbarländer Serbien und Bosnien und Herzegowina. Wird sich Kroatien für einen EU-Beitritt dieser Länder stark machen?

^{JM}Absolut. Sowohl Präsident Josipovic als auch Premierminister Milanovic unterstützen dieses Vorhaben. Kroatien wünscht sich ein politisch und wirtschaftlich stabiles Umfeld. Kroatien möchte und wird auf jede mögliche Weise ihre Nachbarn beim Beitrittsverfahren unterstützen, genau aus diesem Grund.

^{IM}Was aber wenn die EU entscheidet – und im Vorfeld gab es durchaus solche Anzeichen – ihre Tore für weitere Kandidaten bis auf weiteres zu schliessen? Was würde dies für die Stabilität und Zusammenarbeit in der Region bedeuten?

^{JM}Ich denke, dass dies vielmehr unterschiedliche Meinungen einzelner Vertreter sind, als eine offizielle Haltung der Europäischen Union. Viele führende europäische Politiker – unter ihnen auch einige EU-Politiker in Brüssel – sehen einer Erweiterung positiv entgegen. Die Region des westlichen Balkans muss in Europa integriert werden. Nach Kroatien gibt es bereits weitere Beitrittskandidaten: Albanien, Mazedonien (F.Y.R.O.M) und Montenegro, sowie Serbien und Bosnien-Herzegowina. Der Weg zur EU steht ihnen offen. Natürlich werden wir sie als Nachbarn dabei unterstützen. Wie lange dieser Weg allerdings dauern wird, hängt von diesen Staaten ab und ihren Möglichkeiten, sich der EU und ihrer Gesetzgebung anzupassen, sowie alle weiteren notwendigen Bedingungen zu erfüllen. Kroatien selbst hatte sehr strenge Auflagen zu erfüllen, welche alle erfüllt wurden. So müs-



sen auch diese Staaten diesen Prozess durchlaufen. Es gibt keine «Schliessung» der EU.

IM Als Botschafter in der Schweiz können Sie sicher einiges über die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Kroatien berichten. Wie sieht diese aus? Wird sie sich nach dem EU-Beitritt Kroatiens intensivieren?

IM Die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist gut. Darüber haben sich letztes Jahr auch Präsident Josipovic und die damalige Bundespräsidentin Calmy-Rey intensiv unterhalten. Mehr als 50 Schweizer Firmen sind in Kroatien präsent, wo sie zur beidseitigen Zufriedenheit arbeiten. Der Beitritt Kroatiens zur EU wird viele wirtschaftliche und finanzielle Prozesse zwischen Kroatien und der Schweiz vereinfachen, da die Bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU auch auf Kroatien Anwendung finden werden. Wie ich bereits vorhin erwähnt habe: Zahlreiche Schranken werden abgebaut und der Austausch von Waren, Personen und Kapital wird deutlich einfacher. Die Schweiz wird dadurch noch mehr Präsenz erlangen.

IM Wie ist die Zusammenarbeit der Schweiz und Kroatiens in internationalen Organisationen?

IM Sehr gut, mehr als das. Das kroatische Aussenministerium und das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten arbeiten intensiv und gut zusammen, betätigen sich am Ideenaustausch und verfolgen die gleichen Ziele. Das Selbe gilt für den diplomatischen Corps. Damit können wir mehr als zufrieden sein. IM Zum Schluss: In Kroatien kursiert eine Anekdote bzw. ein Scherz, wonach sich jeder Verbund, dem sich Kroatien anschloss innert kurzer Zeit auflöste; zunächst die Österreich-Ungarische Doppelmonarchie, dann die Sozialistische Föderative Republik Kroatien. Angesichts der Krise, in der sich die EU zur Zeit befindet, besteht irgendeine Möglichkeit, dass genau dies nochmals geschieht?

IM Nein, nein, das wird nicht geschehen. Die EU ist ein grosses und nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisches Projekt auf höherer Ebene. Sie befindet sich zwar zur Zeit in einer Krise, aber auf jeden Fall wird die Europäische Union fortbestehen – zur Zufriedenheit aller Mitglieder.

Zur Person: Botschafter Jaksa Muljagic, M.A.

Jaksa Muljagic studierte an der Universität Zagreb Internationales Recht sowie Internationale Beziehungen. Er war kroatischer Vertreter bei der UNO und beim Internationalen Strafgerichtshof in Den-Haag, arbeitete beim kroatischen Aussenministerium und war vor seiner jetzigen Tätigkeit als Botschafter in der Schweiz, Botschafter in den Niederlanden.

—
Text Ivan Marijanovic studiert Politikwissenschaft im BA an der Universität Zürich.

Wirtschaft

Das intellektuelle Versagen der Wirtschaftswissenschaften

Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaftswissenschaften
und welche Lehren sie aus der globalen Finanzkrise ziehen
sollten. Willkommen in der platonischen Welt der Ökonomie...
Ein Traktat über die Monokultur des Denkens

51

Quo vadis oeconomica?

Schon vor dem Lehman-Brothers Menetekel vom 15. September 2008 wurde die Welt von einer Weltwirtschaftskrise erschüttert. Jedoch brachte der Bankrott einer einzigen Bank das gesamte Kartenhaus zum Einsturz. Das Vertrauen in die Selbstregulierungskräfte des Kapitalismus sowie in seine Fähigkeit, nachhaltig für eine stabile Wirtschaftsordnung Sorge zu tragen, ist zerstört. Die krisenauslösende amerikanische «Immobilienblase» und die Finanzkrise setzten im öffentlichen Diskurs auch die Wirtschaftswissenschaft zunehmend unter Legitimationsdruck. Grundsätzliche Fragen zum menschlichen Verhalten und zum moralischen Urteilsvermögen in der Ökonomie wurden gestellt. Dennoch lehrt die Wirtschaftswissenschaft stoisch ihre alten Weisheiten weiter, als stünde die Weltwirtschaft nicht am Rande des Chaos. Quo vadis oeconomica?

Eine universitäre Forschungsreise

Die gegenwärtigen Wirtschaftsturbulenzen geben genügend Anlass, um von Krise zu sprechen – insbesondere von einer Krise des ökonomischen Denkens. Mit wachsendem Unverständnis gegenüber einem beeindruckenden Phrasenschatz von selbstüberschätzten Ökonomen und ihren gläubigen Adjutanten in Regierungsverantwortung konfrontiert, geriet die Mainstreamökonomie mehr und mehr unter Verdacht. Der ökonomisch bewanderte Historiker Robert Skidelsky und vielgelobter Autor einer dreibändigen Keynes-Biografie vermutet, dass die eigent-

liche Ursache der existenten Krise im intellektuellen Versagen der Wirtschaftswissenschaften zu suchen sei.

In der Finanzkrise von heute erwartet man eine Neuauf-
lage sich streitender Wirtschaftswissenschaftler. Neu-
Keynesianer und neoklassische Ökonomen der Chica-
goer Schule kämpften schliesslich seit Jahrzehnten von
ihren Gravitationszentren aus um die Deutungshoheit
ihrer Disziplin. Heute vernimmt man staunend, dass
weder neoklassische noch neukeynesianisch orientierte
Ökonomen ernsthaft um ihre Prämissen streiten. Weder
herrschende Dogmen, wie das von der Allmacht quanti-
tativen Wachstums, noch methodische Zugänge wurden
seitdem ernsthaft angepackt. Wo also bleibt der längst
überfällige Ökonomenstreit?

Abweichler vom Mainstream haben wenig Chance in aka-
demischen Fachkreisen Reputation zu erlangen. So kann
die Berufungskommission aus einer Phalanx marktgläu-
biger Professoren – dem Establishment der VWL – die
Endstation für so manchen aufstrebenden und prinzipi-
entreuen Keynesianer bedeuten. Aber sollte sich die Be-
rufung nicht vielmehr an der fachlichen Kompetenz mes-
sen lassen, die ein Denken ohne Geländer und über den
Tellerrand gesicherter Fachdisziplin hinaus vorsieht? Tat-
sächlich wird die fachliche Kompetenz anhand von ver-
öffentlichten Forschungsergebnissen in renommierten
Fachaufsätzen gemessen, die oft von einer einschlägigen
Anhängerschaft der an Universitäten noch immer domi-
nierenden Chicago School begutachtet werden. Bis heute
wird die Neoklassik an «90 Prozent der Universitäten in

90 Prozent der Lehrveranstaltungen gelehrt», so der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Alexander B. Voegele. Gelehrt wird sie hauptsächlich mit Zahlen. Also überwiegend mit mathematischen Modellen. Für Professor Dr. Markus Huppenbauer vom Ethik-Zentrum der Universität Zürich würde es den Wirtschaftswissenschaften dagegen gut tun, «vermehrt und explizit die normativen Grundlagen und Implikationen ihres Faches zu reflektieren und sehr viel dezidierter auch wirtschafts- und unternehmensethische Fragestellungen aufzunehmen». Andere Denkansätze als die Neoklassik und ihr theoretischer Beweis für die Überlegenheit der Marktwirtschaft haben es äusserst schwer, in der offiziellen Lehre beachtet zu werden. Jetzt, wo das Lebenswerk vieler Professoren angesichts der Krise an den Finanzmärkten bedrohliche Risse zeigt, verteidigen viele verbissen und vehement ihre Reputation – und nicht nur das. Sie verwerfen ebenso Poppers Falsifizierungsthese und blockieren so letztlich den Fortschritt durch Veränderungen!

Die platonische Welt der Neoklassik

Die Neoklassik beschreibt eine reale Tauschwirtschaft und ist die wissenschaftliche Begründung neoliberaler Politik. Sie fungiert für den Neoliberalismus als theoretischer Beweis für die Überlegenheit der Marktwirtschaft und steht für den festen und unbeirrten Glauben an die Fähigkeit von sich selbst regulierenden Märkten und einer willfährigen staatlichen Intervention. Die Neoklassik ist ein Modell, welches eine relevante Abstraktion von der Realität darstellt und sich auf das Wesentliche beschränkt: In der Wirtschaftswelt firmieren die Menschen als Wirtschaftssubjekte. Sie sind entweder Konsumenten (homo oeconomicus) oder Produzenten, die nur das produzieren, was Gewinn abwirft. Die Marktteilnehmer besitzen perfekte Informationen über die Zukunft. Es geht in der Tauschwirtschaft nur um Konsumgüter. Dem Staat wird darin die Rolle eines liberalen «Nachtwächters» anvertraut, der nur da aktiv ins Wirtschaftshandeln einhakt, wo einwandfreies Funktionieren der Märkte nicht mehr gewährleistet ist.

Eine Reihe von neoliberalen Massnahmen dient der herrschenden Ökonomie seitdem als Angelpunkt und Erklärungsmuster: Privatisierung von öffentlichen Unterneh-

men und Dienstleistungen, Liberalisierung des Handels, umfassende Deregulierung der Wirtschafts- und Sozialordnung zugunsten von Flexibilisierung, Wettbewerb und Individualisierung.

Kritik der ökonomischen Zunft

Das Berufsfeld der wenig bescheidenen Ökonomen ist von einer glamourösen Aura umgeben. Den Ökonomen erscheint ihre Disziplin nicht als eine von vielen, sondern schlicht und einfach als jene, ohne die nichts mehr geht. Die Wissenschaft von der Ökonomie soll uns gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse über unser wirtschaftliches Leben liefern. Doch diese hängen vom menschlichen Handeln, von mehr und weniger Unsicherheit über die Zukunft ab. Weniger Wachstum bedeutet ihrer Auffassung nach weniger Wohlstand. So kennt auch die Neoklassik – und letztlich der Neoliberalismus – nur eine Wachstumstheorie. Die gesellschaftliche Ideologie des quantitativen Wachstums ist für den Kapi-

talismus schlichtweg systemrelevant geworden und Unsicherheit – wie auf den globalen Finanzmärkten bestens zu studieren ist – eine Triebfeder, um Kapitalgüter zu akkumulieren. Bereits Keynes' Bild des Wirtschaftslebens wurde von Unsicherheit geprägt, so sein Biograf Skidelsky.

Wenige sahen das «Elend der Ökonomie» (Voegele) kommen, obwohl es nicht das erste Mal ist. Nicht nur haben Vertreter der neoliberalen Ökonomietheorie dadurch ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt, die Krise nicht frühzeitig erkannt zu haben. Sie hatten auch keine plausible Erklärung parat, wie es dazu kommen konnte.

Schon in den 1960er-Jahren kamen Lehrbuch-Weisheiten in der Volkswirtschaftslehre ins Trudeln. Vom «Elend der Nationalökonomie» war damals die Rede. Die Zerrissenheit innerhalb des Faches mündet stets – früher wie heute – in Studierendenprotesten, die im Kern die Unbestimmtheit zwischen «autistischer» Lehre und realer Praxis thematisieren. In den ausgehenden 1960er-Jahren sprachen die aufgebrachten Studierenden von «Ökonomisere». Sie kritisierten damals eine exzessive Mathematisierung, fortschreitende Spezialisierung und die damit einhergehende Entfremdung von der Gesamtschau, um die ursprüngliche Lehre der «Politischen Ökonomie»

In der Logik der Gauss'schen Glockenkurve, worin sich statistische Ausreisser in den Niederungen der «dünnen Enden» zu einem gravierenden Risiko potenzieren können!

wieder einzufordern. Sie wollten potenziellen Kontroversen in der Wirtschaftsgesellschaft nicht aus dem Weg gehen, die letztlich politisch brisante Fragen waren.

Nassim Nicholas Taleb, Essayist und verhasster Kritiker des ökonomischen Establishments, beschäftigt sich mit völlig unwahrscheinlichen Ereignissen und ihren extremen Konsequenzen, welche er «Schwarze Schwäne» nennt. Mit der Parabel vom Schwarzen Schwan wird in den Sozialwissenschaften auch der Umstand abgehandelt, dass der menschliche Geist nur das für möglich hält, was er kennt und nicht mit dem Unerwarteten rechnet und entsprechende Vorkehrungen trifft.

Für Herrn Brodbeck, Professor für Volkswirtschaftslehre, beruht die Blindheit der Ökonomie «auf ihren fragwürdigen Grundlagen». In seiner philosophischen Kritik an den modernen Wirtschaftswissenschaften deckt er verhängnisvolle intellektuelle Fehlleistungen – wie unzutreffende Modell-Annahmen, die Logik des Wirkens einer *invisible hand* oder die utopische Vereinfachung des menschlichen Seins im *homo oeconomicus* – auf, welchen nicht erst seit heute Millionen Menschen ihren psychischen und finanziellen Ruin zu verdanken haben.

Oder Tomáš Sedláček, Chefvolkswirt der grössten tschechischen Bank, der sich auf eine unerwartete Lesereise zu den ideen- und kulturgeschichtlichen Grundlagen unseres Wirtschaftssystems begibt und dabei auch die Ursachen der aktuellen Krise in seiner ganzen Tiefe erforscht. Auch der charismatische «Linksaussen» unter den Wirtschaftswissenschaftlern, John Kenneth Galbraith (1908–2006), äusserte sich schon Jahre vor der Finanzkrise über den Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft: «Ich glaube nicht, dass jemand, der nur Ökonom ist und soziale wie politische Gedanken ausklammert, irgendeine Bedeutung für die reale Welt hat».

Rebellierende französische Studierende der Volkswirtschaftslehre stemmten sich vor Jahren gegen die realitätsferne Lehre einer «autistischen» Mainstreamökonomie. An der Wirtschaftsuniversität Mannheim ergänzten jüngst Studierende das Lehrangebot auf eigene Faust. Sie organisieren Ringvorlesungen (ohne Leistungsnachweis) zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten wie z. B. der Verhaltensökonomie. Ihr Protest wiegt schwer: Die Wirtschaftswissenschaft darf keine Wissenschaft ohne Pluralität bleiben, die ethische und soziale Einwände als blosses Gesäusel abtut. Es dürfen keine JungökonomInnen von der Universität gehen, die zwar die Lösung eines Wirtschaftsmodells mit mathematischen Ableitungen beherrschen, aber die realen sozialpolitischen Zusammenhänge sträflich vernachlässigen.

Die mathematische Gebetsmühle. Oder: Die Gauss'sche Logik.

Gegenwärtig dominiert die Mathematik die Ökonomie. Obwohl ökonomische Thesen auf keinem exakten Wissenschaftsfundament stehen, werden sie durch mathe-

matisch exakte Gleichungen mit scheinbar logischen Schlussfolgerungen bewertet.

Verblüfft vom «verführerischen Schein der argumentativen Geschlossenheit», wie es der Wirtschaftsethiker Brodbeck einmal treffend formulierte, verfallen viele in Selbstzweifel: «Ich kenne die Grundlagen ja nicht einmal». Dabei dürften sich viele Ökonomen bewusst darüber sein, dass nicht alles, was in Formeln gekleidet und in Zahlen ausgedrückt ist, das Verständnis beflügelt. Nicht so Professor Gebhard Kirchgässner von der Universität St. Gallen. Mathematische Modelle aus der VWL zu entfernen, ist für ihn undenkbar: «Wenn Sie etwas wirklich exakt erfassen wollen, brauchen sie eine exakte Sprache – die Mathematik. «Sie erlaubt uns», so Kirchgässner, «aus ihren Annahmen Konsequenzen abzuleiten, die sie sonst nicht gesehen hätten.» Dafür, dass Mathematik-Ökonomen wie Kirchgässner das Herannahen der Weltfinanzkrise 2007/2008 nicht erkannt haben, hört sich seine Erklärung erstaunlich an.

Tatsächlich gibt es Beispiele, worin der Ökonom mit komplizierter Mathematik den Blick auf die wahren Vorgänge kaschiert. Ferner verdeckt die Mathematik den Grund für die dramatische Abfolge von Finanzkrisen und erklärt anschliessend ihr Versagen, «nämlich Unsicherheit ernst zu nehmen», so Skidelsky. Mitunter besteht darin der Grund, warum sich die meisten Prognosen selbst falsifizieren. Oder aber am Anfang der klassischen Wahrscheinlichkeitsrechnung, in der Logik der Gauss'schen Glockenkurve, worin sich statistische Ausreisser in den Niederungen der «dünnen Enden» zu einem gravierenden Risiko potenzieren können!

Ohne Übertreibung lässt sich feststellen, dass sich fast alle «Lehrveranstaltungen im Grundstudium der Volkswirtschaftslehre mit mathematischen Vorbereitungen für das Hauptstudium befassen», so Wirtschaftswissenschaftler Voegelé wenig verlockend. Die unermüdlichen Versuche der Zahlentheoretiker haben die Mathematik heute zweifellos zur Hauptsprache der modernen Ökonomie werden lassen. Und das obwohl der Gründervater der mathematischen Ökonomie Alfred Marshall vor 100 Jahren betonte, dass die Mathematik eine blosser Sprache sei – nicht der «Motor für Untersuchungen».

Ausgerechnet die Aussage vom mathematisch orientierten Theoretiker und Nobelpreisträger Ronald H. Coase dürfte wie Wasser auf die Mühlen der protestierenden Studierenden gewirkt haben. Auch Coase bemängelt eine modellierte Hingabe zu imaginären Welten, die mit seiner und ihrer Erfahrungswirklichkeit wenig oder gar nichts gemein hätten. «Die heutige Ökonomie ist ein theoretisches Spiel, das in der Luft schwebt und kaum Bezug auf das hat, was in der wirklichen Welt passiert», so Coase.

UZH – ein Hort ökonomischer Vernunft?

Die Frage bleibt nicht aus, wie es an der Wirtschaftswis-

senschaftlichen Fakultät der Universität Zürich (UZH) mit theoretischer Vielfalt und ökonomischer Vernunft aussieht.

Natürlich wurde als Ergebnis eines fakultätsweiten Reflexionsprozesses 2010 das Leitbild um das Attribut «Verantwortung» ergänzt. Auch wurde ein sogenanntes «Reporting» eingeführt, in dem bei allen angebotenen Modulen der Fakultät Dozierende transparent machen müssen, ob und gegebenenfalls wie sie Themen der «Corporate Social Responsibility» (CSR) sowie Fragen der Fairness und der Nachhaltigkeit systematisch und beständig in ihre Lehrveranstaltungen einbinden.

An der Fakultät der UZH werden «innovative Ansätze verfolgt und modernste Methoden eingesetzt». Neueste Erkenntnisse finden laufend Eingang in die Ausbildung unserer Studierenden», so der Dekan Professor Falkinger. Ergänzend dazu sagt er: «Unsere Dozierenden hängen keinem dogmatischen Ansatz an. Der Erforschung und Modellierung von realistischem menschlichen Verhalten und realistischen Wettbewerbsformen oder der Rolle von Effizienz, Fairness und Ungleichheit, sowie der Betrachtung von Systemzusammenhängen räumen wir einen hohen Stellenwert ein.» Die offizielle Studierendenvertretung, der Fachverein Ökonomie, erkennt jedenfalls in letzter Zeit ein stärkeres Gewicht auf Themen der Ethik, Nachhaltigkeit und Fairness: «Die Institute beginnen damit, ihre Bestrebungen dazu im Lehrangebot hervorzuheben.» Beispiele dafür finden sich am Institut für Betriebswirtschaftslehre oder am neu gegründeten «Center for Responsibility in Finance» am Institut für Banking und Finance, deren Vizedirektor Marc Chesney im März 2011 mit Kollegen einen internationaler Aufruf lancierte, die Forschung und Lehre mit dem Ziel zu erneuern, «dem Allgemeinwohl besser zu dienen.»

Die Reform des Wirtschaftsstudiums

Ihr Aufklärungsbeitrag zur Krise – man kann es nicht anders sagen – ist niederschmetternd. Gemessen an ihren brauchbaren Hypothesen und prognostischen Leistungen sind sie «nur wenig mehr als ein gefüllter Papierkorb statistischer Irrtümer», attestiert Brodbeck denjenigen Wissenschaftlern, die sich gerne als Baumeister der modernen Wirtschaft präsentieren.

Ob der erlesene Ökonomenkreis zur Jahrhundertmitte noch zu einem Paradigmenwechsel kommt und ihr über Jahrzehnte aufgebautes Wissensgebäude fundamental hinterfragt, sei dahingestellt. «Wir stehen am Anfang einer Revolution. Das kann einige Zeit dauern – zehn, vielleicht 20 Jahre. Es kann jedoch auch sehr viel schneller gehen. Nämlich dann, wenn viele junge Ökonomen den Mut haben, in neue Richtungen zu forschen», so der renommierte amerikanische Ökonom und Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft Dennis Snower, dessen Offenheit überrascht. Jedoch stellt sich manch eine Entwicklung nur als eine Summe von Reformen heraus. Ob

aus dem schlussendlichen Ergebnis als Ganzes ein neues emergentes und besseres Verständnis von Sinn und Zweck der Wirtschaft resultiert, wird abzuwarten sein.

Ein bedeutender Schritt wäre, die bisherigen ökonomischen Modelle für soziologische, anthropologische, neurowissenschaftliche, psychologische und philosophische Erkenntnisse zu öffnen. «Die Wahrnehmung der Probleme», so der emeritierte deutsche Ökonom Hermann Sautter, «sollte über die Wahl der Forschungsmethoden entscheiden und damit die ethische Verantwortung des Ökonomen mit reflektieren und nicht durch ihre Verdrängung den falschen Eindruck vermitteln, Ökonomik sei wertneutral.»

Das vom menschlichen Handeln abhängige, wertende Wissenschaftsfeld des Wirtschaftslebens zeichnet ein sensibles System, welches unvorhersehbar in Krisen abrutschen kann. «Menschen haben die Gewohnheit», so die scharfe Beobachtung des deutschen Essayisten Hans Magnus Enzensberger, «miteinander zu sprechen, was die Sache erheblich kompliziert. Ihre Interaktion führt zu einer unabsehbaren Zahl von Rückkopplungen». Die profunde Beobachtung, nämlich dass menschliche Beziehungen immer auch kommunikative Beziehungen sind, ist und bleibt Teil des Managements von komplexen Krisen im 21. Jahrhundert.

Für das Studium der Wirtschaftswissenschaften bedeutet das jedoch, Komplexität als Selbstzweck zu sehen. Diese Keynes'sche Einstellung führt uns direkt zur Vermittlung volkswirtschaftlichen Wissens. Der Bachelor sollte breit angelegt sein. Ein Ökonom sollte «bis zu einem gewissen Grad... Mathematiker, Historiker, Staatsmann und Philosoph sein», so Keynes Verständnis und «kein Aspekt der menschlichen Natur und Institutionen sollte ganz ausserhalb seines Blickwinkels liegen». Ein vertiefendes Masterstudium des makroökonomischen Denkens sollte neben mathematisierter Makro- und Mikroökonomie einen gleich grossen Anteil an Nachbarschaftsdisziplinen wie Geschichte, Philosophie, Soziologie oder Anthropologie nachweisen, so sinngemäss Skidelskys Reformvorschlag. Die gegenwärtige Unsicherheit in der Ökonomie kann diese erforderlichen Reformen beschleunigen.

—
Text Jan-Philipp Küppers ist dipl. Sozialarbeiter und studiert Politikwissenschaften und Soziologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Der Traum vom neuen Messi

Ein regelrechtes Tauziehen um die Fussballstars von morgen hat begonnen. Bereits vorpubertäre Talente werden von grossen internationalen Klubs unter Vertrag genommen, trotz eines Verbots der FIFA. Was treibt diese an?

55

Die Geschichte liest sich wie ein Märchen: Ein dreizehnjähriger Junge, der als äusserst talentierter Fussballer gilt, leidet an einer Wachstumsstörung. Da im von einer Wirtschaftskrise gebeutelten Argentinien kein bekannter Verein bereit ist ihn bei sich aufzunehmen und für die Behandlungskosten aufzukommen, wandten sich seine Eltern erfolgreich an den FC Barcelona. Heute, etwas mehr als zehn Jahre später, spielt er immer noch in Barcelona, ist dreifacher Weltfussballer des Jahres (2009-2011) und gilt aktuell als bester Fussballer der Welt. Sein Name: Lionel Andrés Messi.

Heute bestehen weitestgehend keine Restriktionen mehr bezüglich Herkunft der Spieler in den Fussballigen Europas

Eine ähnliche Erfolgsgeschichte erhofft sich «Barca» von der im November 2011 getätigten Verpflichtung von Takafusa Kubo, einem elfjährigen Japaner. Das Brisante am Ganzen ist, dass der Transfer vom «Messi Japans» nicht dem «Reglement bezüglich Status und Transfer von Spieler» der FIFA entspricht und somit illegal ist. Denn Artikel 19 des Reglements besagt, dass allgemein keine internationalen Transfers von Spielern unter 18 Jahren erlaubt sind. Dies ist kein Einzelfall, solche Transfers gehören mittlerweile zur gängigen Praxis von internationalen Fussballklubs. So erwarb vor ei-

nigen Jahren Manchester United die Rechte am damals neunjährigen Australier Rhain Davis und letztes Jahr verpflichtete Real Madrid den siebenjährigen Argentinier Leonel Angel Coira. Mitte der neunziger Jahre hat sich ein systematisches Netzwerk von Scouting-Agenturen entwickelt, die sich auf die Sichtung von jungen Talenten spezialisiert haben. So spricht der französische EU-Abgeordnete und Verfasser des Buches «L'avenir du football européen en question» von «heimlichen Immigrationskanälen», auf denen junge Spieler in Sichtungslager europäischer Spitzenklubs gelangen.

Das Bosman-Urteil und seine Folgen

Als Hauptgrund für diese Entwicklung gilt die Deregulierung des Fussballmarktes als Folge des Bosman-Urteils. In diesem erklärte 1995 der Europäische Gerichtshof Ausländerregelungen, nach denen eine Höchstanzahl an

ausländischen Spielern in einer Mannschaft festgelegt war, für ungültig – zumindest was Spieler aus EU-Staaten betrifft. Dazu wurden alle Forderungen nach Ablösesummen bei einem Spielerwechsel nach Vertragsende von einem EU-Land in ein anderes verboten. Damit wurde die Liberalisierung des Arbeitsmarktes im europäischen Sport ins Rollen gebracht. Heute bestehen weitestgehend keine Restriktionen mehr bezüglich Herkunft der Spieler in den Fussballigen Europas. Seit



diesem Urteil sind die Spielergehälter sowie die Ablössummen stark angestiegen. Die Fussballer nutzten ihre gestärkte Verhandlungsposition aus, um mehr Lohn zu erwirken. Darauf reagierten die Vereine mit längerfristigeren Verträgen, was im Zusammenspiel mit dem stärkeren Wettbewerb beim Erwerb neuer Spieler die Ablössummen in die Höhe schnellen liess.

Die Verpflichtung von jungen Talenten bietet den Vereinen die Möglichkeit bei tiefen Kosten zu qualitativ guten Spielern zu kommen

Ein zusätzlicher Punkt, warum solche Kindertransfers immer häufiger auftreten, ist die Umsatzentwicklung im Fussball. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte erhebt mit der Deloitte Football Money League jedes Jahr eine Rangliste mit den global einkommensstärksten Fussballklubs. Real Madrid führt diese Liste nun bereits zum siebten Mal an und konnte jedes Jahr seinen Umsatz steigern. So generierten sie in der Saison 2004/2005 noch einen Revenue von 275.7 Millionen Euro, bereits in der abgelaufenen Periode lag dieser bei 479.5 Millionen Euro. Es ist nicht nur immer mehr Geld im Spiel, sondern es steht auch immer mehr auf dem Spiel. Entscheidend ist dabei auch, wie diese hohen Erlöse hauptsächlich erzielt werden.

Während früher vor allem die Zuschauereinnahmen einen gewichtigen Teil der Erfolgsrechnung ausmachten, sind heute die Senderechte die Haupteinnahmequelle. 2008/2009 machten sie in den «Big Five»-Ligen (die Topligen aus Deutschland, England, Frankreich, Italien und Spanien) 3712 Millionen Euro oder 47 Prozent der Gesamtumsätze aus. Vor allem die TV-Gelder und die Prämien aus den internationalen Wettbewerben – insbesondere der UEFA Champions League – sind äusserst bedeutsam. So belegen drei der vier Halbfinalteilnehmer der letztjährigen Austragung der Champions League die ersten drei Plätze in der Deloitte Football Money League für dasselbe Jahr. Diese Entwicklung hat nun zur Folge, dass der sportliche Erfolg einen viel direkteren Einfluss auf die Umsatzerzielung hat. Ein schlechtes Abschneiden auf dem internationalen Parkett spüren die Vereine unmittelbar in ihrem Geldbeutel. Eine Konsequenz daraus ist eine immer grösser werdende Schere im europäischen Klubfussball. In der Saison 2008/2009 machten die Top 20 der Deloitte Football Money League 25 Prozent des Gesamtumsatzes des europäischen Fussballmarktes aus.

Kindertransfers als kostengünstige Lösung

Der Kampf um die wenigen Plätzen an der europäischen Fussballsonne wird mit immer härteren Bandagen geführt. Um diesem stetig wachsenden Druck entkommen zu können, suchen die Klubverantwortlichen nonstop nach neuen Möglichkeiten. Eine dieser Lösungen wurde in eben solchen Kindertransfers entdeckt. Grob sind zwei Wege bekannt, wie Vereine junge Talente an sich binden können und trotzdem wenig Risiko und Verantwortung tragen. Einerseits über die direkte Aufnahme in vereinsinterne Nachwuchszentren, wie dies bei Lionel Messi und Takefusa Kubo geschehen ist. Der Spieler trifft auf die anderen Junioren des Vereins und wird dem internen Wettbewerb ausgesetzt. Oft werden kurzfristige Verträge abgeschlossen, um möglichst verpflichtungsfrei zu bleiben.

So sagte einst Werner Kern, Jugendabteilungsleiter des FC Bayern München, über eine Übernahme eines dreizehnjährigen Peruaners: «Er kommt für ein Jahr. Mal schauen, wie sich das entwickelt.» Andererseits werden im Ausland – vorwiegend in Afrika – Fussballschulen gegründet. Begabte Spieler erhalten dort eine Ausbildung schulischer, aber vor allem fussballerischer Art. Kristallisiert sich ein besonderes Talent heraus, wird es in den eigentlichen Verein aufgenommen oder an andere Partnerteams in schwächeren Ligen ausgeliehen.

Ein solches Beispiel ist die Fussballschule von Athletic Adjamé in der Elfenbeinküste, die über einen Partnervertrag mit den BSC Young Boys Bern verfügt und laut Zeitungsberichten kurz vor der Schliessung steht. Aus dieser Akademie entsprangen unter anderem Seydou Doumbia und Thierry Doubai.

Die Verpflichtung von jungen Talenten bietet den Vereinen die Möglichkeit bei tiefen Kosten zu qualitativ guten Spielern zu kommen. Das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt. »Die Klubs verdienen ihr Geld, indem sie billig Talente kaufen, diese vorwärtsbringen und dann mit einem grossen Profit an andere Klubs verkaufen. Es lohnt sich, tausend Spieler aus Afrika zu holen, selbst wenn man am Schluss nur mit zwanzig das grosse Geschäft machen kann», sagte einst Giles Garnier, ehemaliger Kabinettsdirektor des französischen Sportministeriums.

Der Traum, ein neuer Lionel Messi heranzuzüchten, lebt in vielen von ihnen

Mit Sorge beobachtet die FIFA diese zunehmenden Transfers teils sehr junger Fussballer. Sie sieht ihre Regelungen



von den Vereinen unterlaufen. Findige Scouts entdecken immer neue Schlupflöcher, meist am Rande der Legalität – teils auch an ihr vorbei – damit Klubs bei der Tötigung solcher Transfers nicht rechtlich belangt werden können. So werden immer wieder die Altersangaben gefälscht, um die notwendigen Dokumente zu erhalten, oder die Vereine setzen ihre Rohdiamanten aus dem Ausland in den Meisterschaftsspielen nicht ein, um Strafen zu umgehen. Im Mai 2008 arbeitete die FIFA die 6+5-Regel aus, die unter anderem diesem Trend entgegenwirken soll. Sie besagt, dass zu Beginn eines Fussballspiels jeder Klub mindestens sechs Spieler auf dem Feld haben muss, die für das inländische Nationalteam spielberechtigt wären. Die Regel stiess bei der EU aber auf Widerstand, da sie EU-Recht und dem Bosman-Urteil widersprechen würde. Die Umsetzung wurde eigentlich auf 2013 festgelegt, die FIFA hat aber zwischenzeitlich wieder Abstand davon genommen. Auch die UEFA hat mit ihrem Präsidenten, dem Franzosen Michel Platini, einen prominenten Gegner solcher Praktiken. Bereits vor Jahren forderte er ein generelles Transferverbot für Minderjährige. Auch einige EU-Abgeordnete nahmen sich der Sache an und suchten nach Massnahmen zur Bekämpfung von Kindertransfers im Fussball. Der Belgier Ivo Belet forderte beispielsweise eine Initiative zur Bekämpfung des Menschenhandels im Fussball und auch spezielle Vorschriften für Agenten wurden von anderer Seite schon als Lösung vorgeschlagen. All diesen Vorschlägen und Ideen ist gemein, dass noch nichts Konkretes herausgeschaut hat und es bei Entwürfen und gutgemeinten Vorbringungen geblieben ist.

Aufkeimende Kritik an Kindertransfers

Durch die Häufung solcher Transfers ist nun aber auch die breite Öffentlichkeit an den Tag getreten. Vor allem die beiden Wechsel zweier dreizehnjährigen innerhalb Deutschlands – Nico Franke wurde von Tennis Borussia Berlin zur TSG Hoffenheim und Alexander Laukart von St. Pauli zum VFL Wolfsburg transferiert – sorgten für eine Welle der Entrüstung. In vielen Zeitungen und Zeitschriften wurde Kritik geäussert und das Ganze als brutale und unethische Praxis abgestempelt. Im Internet wird heiss darüber debattiert. Verschiedene Koryphäen des Fussballs sind nun auf den Plan getreten. Michel Platini meinte: «Ich bin grundsätzlich gegen den Transfer von Minderjährigen.» Und Matthias Sammer, Sportdirektor des Deutschen Fussballbunds, sagte: «Es gibt keine Talent-Prognose, nur eine Talent-Konstellation. Viele Faktoren beeinflussen die Entwicklung eines jungen Fußballers, nicht nur Verletzungsspech, auch das andere Geschlecht, Partys, Alkohol.» Viele Experten teilen diese Meinung und halten es für zweifelhaft, ob bereits in solch jungen Jahren das zukünftige Leistungsvermögen vorausgesagt werden kann.

Fakt ist, dass die Fussballvereine in der Verpflichtung immer jüngerer Talenten eine moralisch zumindest

fragwürdige Lösung gefunden haben, wie man mit vergleichsweise wenig Geld an gute Fussballer herankommt. Bis jetzt haben weder die Sportverbände noch die Staaten ernsthaft etwas dagegen unternommen. Die aufkeimende Kritik aus der Öffentlichkeit lässt viele kalt, denn der Traum, einen neuen Lionel Messi heranzuzüchten, lebt in vielen von ihnen. Ein mögliches Scheitern wird dabei einfach ignoriert oder in Kauf genommen.

Wissenschaft und Kultur



Atombombentest Baker vom 25. Juli 1946 auf dem Bikini-Atoll.

59

Als die Bombe ins Südseeparadies fiel

Im Sommer 1946 führten die US-Amerikaner zum ersten Mal Atombombentests vor den Augen der Weltöffentlichkeit durch: auf dem bis dahin den meisten wohl unbekanntesten Südsee-Atoll Bikini. Ein kulturgeschichtlicher Rückblick auf die Anfänge des Atomzeitalters.

Die Fotoaufnahme vom 25. Juli 1946 hat noch heute eine faszinierende wie befremdliche Wirkung. Im Vordergrund ist ein Strandabschnitt mit mehreren Holzbauten zu sehen, einige Palmen sind streifenweise mit schwarzer und weißer Farbe angestrichen, um die Höhe der erwarteten Flutwelle zu messen. Alles ist menschenverlassen. Am Horizont erblickt man die gewaltige Wassersäule, an deren Spitze sich eine blumenkohlartige Explosionswolke ausbildet. Winzig dagegen wirken die zahlreichen Schiffe, die unter den aufgetürmten Wassermassen zu verschwinden drohen.

Entstanden ist das Bild in der Lagune des Bikini-Atolls, inmitten des pazifischen Ozeans. Im Rahmen der *Operation Crossroads* zündete die US-Regierung an besagtem Tag die Atombombe *Baker*. Es war die zweite Bombe, die mit einer Sprengkraft von 23 Kilotonnen in diesem Sommer auf Bikini explodierte. Dreieinhalb Wochen früher,

am 1. Juli 1946, wurde die Bombe *Able* aus einem Flugzeug des Typs Boeing B-29 abgeworfen und detonierte rund 150 Meter über dem Meeresspiegel. Bei Test *Baker* handelte es sich hingegen um die erste Unterwasserzündung einer Atombombe, sie explodierte 27 Meter unter der Wasseroberfläche.

Im Gegensatz zum geheimen Atombombentest in der Wüste des US-Bundesstaates *New Mexico* im Juli 1945 (Manhattan-Projekt) und den beiden Detonationen während des Zweiten Weltkrieges (Hiroshima und Nagasaki) wollten die USA mit *Able* und *Baker* der internationalen Öffentlichkeit zum ersten Mal ihr neues, unüberbietbares Machtinstrument vorstellen. Journalisten und Politiker kamen aus aller Welt angereist, um dem Spektakel beizuwohnen. Gleichzeitig versuchte man, die Ereignisse so gut wie möglich zu dokumentieren. Dazu wurden unzählige Fotoapparate und Filmkameras auf das Südsee-Atoll

Vizeadmiral William H. P. Blandy (links) bei der Abschlussfeier der Operation Crossroads im November 1946.

60

transportiert und eingerichtet. Das Filmmaterial brachte es auf stolze 18 Tonnen, für die über 600 Kameras wurde in etwa die Hälfte der weltweit verfügbaren Filmrollen herbeigeschafft. Die Detonationen sollten aus allen möglichen Blickwinkeln festgehalten werden; die Planung sah unter anderem vor, in den ersten Sekunden nach den Bombenzündungen über eine Million Fotos zu schiessen. Die entstandenen Bilder und Filmaufnahmen verfehlten ihre Wirkung nicht, sie prägten massgeblich die Vorstellung der Zuschauer von der Atombombe und beeindruckten noch heute durch eine eigentümliche Ästhetik. Für die Schlusssequenz seines Films über das Wettrüsten während des Kalten Krieges, «*Dr. Strangelove or: How I Learned to Stop Worrying and Love the Bomb*», verwendete Stanley Kubrick noch 1964 die Filmaufnahmen des Baker-Tests. Untermauert durch den feinfühligsten Gesang von Vera Lynn liess Kubrick die Welt im atomaren Bombenhagel untergehen. In einer solchen grotesken Szenerie schien die Atombombe am besten ihren sinnlichen Ausdruck zu finden, der darin bestand, dass die Menschen von ihr ebenso fasziniert und angezogen waren, wie sie sich vor ihr fürchteten.

«For the good of mankind»

Im Sommer 1946 war von einem Wettrüsten zwischen der USA und der Sowjetunion noch wenig zu spüren, allein die Vereinigten Staaten verfügten über die neue Bombentechnologie. Dessen ungeachtet wollten sie deren Wirkungen genauer untersuchen. Bereits nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten die Vorbereitungen für die Atombombentests im Rahmen der *Operation Crossroads* begonnen. Ziel der Tests war die Erforschung der Auswirkungen von Atombomben auf Kriegsschiffe und deren Einsatzfähigkeit, aber auch auf militärische Fahrzeuge, Flugzeuge, elektrische Geräte, Kleidung und Tiere, die auf den Schiffen den Atombombenexplosionen ausgesetzt werden sollten. Schon kurz nach dem Bombenabwurf auf Nagasaki hatte der US-Senator Brien McMahon zu Atombombentests mit Kriegsschiffen angeregt, unter dem Gesichtspunkt der Konstruktion neuartiger Kriegsschiffe für einen möglichen Atomkrieg. Zu Beginn des Jahres 1946 schliesslich erhielt Vizeadmiral William H. P. Blandy das Oberkommando über die erforderlichen Truppen, um die Übungen durchzuführen. Zu den unmittelbaren Vorbereitungen gehörte insbesondere die Evakuierung der indigenen Bevölkerung Bikinis. Zu diesem Zweck kam am 10. Februar 1946 der Gouverneur der Marshall-Inseln, Ben Wyatt, nach Bikini, um im Anschluss an die Sonntagsmesse eine Rede vor den In-

selbewohnern zu halten, deren Wortlaut allerdings nicht überliefert ist. Er soll von einer Waffe berichtet haben, die zum Wohl der ganzen Menschheit («For the good of mankind») und zur Beendigung aller Kriege von US-amerikanischen Wissenschaftlern auf Bikini getestet und studiert werden soll. Weiter soll er die 167 Einwohner des Atolls mit den Kindern Israels verglichen haben, die Gott vor den Feinden bewahrt und in ein gelobtes Land geführt habe. Er fragte daraufhin, ob die Einwohner von Bikini bereit seien, ihre Heimat dem Wohl der Menschheit zu opfern. Der Häuptling der Bikinier, Juda Kessibuki, soll daraufhin aufgestanden sein und freudig zugestimmt haben.



Diese Rede wurde später für das US-amerikanische Fernsehen nachgestellt. Man sieht eine Gruppe Bikinier am Strand versammelt, während der Gouverneur, in militärischer Kleidung auf einem schiefen Baumstamm

sitzend, von seinen Plänen berichtet. Ein Dolmetscher übersetzt seine Ausführungen. In der Szene wird ersichtlich, auf welche Weise die US-Regierung sich bemühte, ihr Unternehmen zu legitimieren. Mit grossem Aufwand versuchte die US-Regierung, mithilfe der zahlreichen Filmaufnahmen den Eindruck eines gleichberechtigten Dialogs zwischen US-Amerikanern und indigener Bevölkerung zu erzeugen, die sich auf Augenhöhe begegnen und gemeinsam eine Lösung finden. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass das Medium des Films im vorliegenden Fall ein explizit amerikanisches ist, deren Verwendungsweise den Bikiniern durchgehend unbekannt war. Der damals anwesende Bikinier Kilon Bauno berichtete später, dass er die immensen Anstrengungen der US-Amerikaner nicht verstanden hatte und dass er bis dahin in seinem Leben weder einen Fotoapparat noch eine Filmkamera gesehen hatte. Insbesondere zeigte er sich über die unzähligen Wiederholungen der Filmaufnahmen irritiert. Es muss deshalb festgehalten werden, dass die Filmaufnahmen als eine überlegene Technologie der US-Amerikaner fungierte, die es ermöglichte, sowohl die Sichtweise der Indigenen darzustellen, als auch die US-Bürger vor dem Fernseher von der Legitimität des Unternehmens zu überzeugen.

Bereits wenige Tage nach der Rede des Gouverneurs Wyatt wurden die Vorbereitungen für die Atombombentests weitergeführt. Die insgesamt 93 Zielschiffe, darunter ausgediente US-amerikanische sowie eroberte deutsche und japanische Kriegsschiffe, wurden in der Lagune des Bikini-Atolls platziert.

Die Einwohner Bikinis wurden auf das 200 Kilometer entfernte Rongerik-Atoll evakuiert, wo die US-Marine

ein neues Dorf nach amerikanischem Muster für sie aufgebaut hatte. Zwei Jahre später kam es aber nochmals zu einer Umsiedlung, diesmal auf die Insel Kili. 1968 konnten die Bikinier zwischenzeitlich auf das Atoll, auf dem bis 1958 über 60 Atombomben getestet wurden, zurückkehren, mussten 1978 wegen der hohen Strahlenwerte aber erneut ihre Heimat verlassen. Bis heute konnten sie nicht auf Bikini zurückkehren. Ein Grossteil von ihnen lebt noch immer auf der Insel Kili, eine grössere Gemeinschaft findet sich ausserdem im US-Bundesstaat Arkansas. Seit 1975 laufen Verhandlungen mit dem Obersten Gerichtshof der USA über eine angemessene Entschädigung der Bikinier.

Vom Blumenkohlkopf zur Torte – westliche Imaginationen der Bombe

Es mag erstaunen, aber viele der angereisten Journalisten zeigten sich nach der ersten Bombenexplosion *Able* enttäuscht. Aus Sicherheitsgründen hatte man sie so weit vom Ort der Explosion entfernt, dass die Wirkung der Bombe stark hinter ihren Erwartungen zurückblieb. Zudem waren gerade mal fünf der 93 Schiffe, unmittelbar nach der Explosion sogar nur zwei, gesunken. Die Sprecher des Manövers betonten zwar, dass das Unternehmen absolut planmässig verlaufen sei, trotzdem waren einige der Journalisten bereits wieder abgereist, als drei Wochen später *Baker* detonierte.

Das Spektakel der Unterwasserexplosion *Baker* war allerdings um einiges grösser. Die Explosion zeigte jene pilzartige Wolkenform, die zum Charakteristikum der Atombombe werden sollte. Diesmal sanken zehn Schiffe, darunter auch der Flugzeugträger *USS-Saratoga* und das als unsinkbar geltende japanische Schlachtschiff *Nagato*. Im Gegensatz zum *Able*-Test kam es aber auch zu einer massiven radioaktiven Verschmutzung der Schiffe und der Lagune. Ein Grossteil der US-amerikanischen Truppen wurde daraufhin beauftragt, die Schiffe von der Radioaktivität zu reinigen. Aufgrund der hohen Strahlenwerte konnten zunächst nur Schiffe, die weit von der Explosionsstelle entfernt waren, betreten werden. Auffällig war bei diesen Reinigungsarbeiten eine gewisse Unbekümmertheit oder Fahrlässigkeit im Umgang mit radioaktiver Strahlung, da die Soldaten meistens ungeschützt und ohne ausreichende Aufklärung über die Gefahren arbeiteten und sich danach zudem mit dem verstrahlten Lagunenwasser waschen mussten.

Dieselbe Unbefangenheit ist auch in der Art und Weise feststellbar, wie die Nachrichten von den Atombombentests auf Bikini in der Alltagskultur Amerikas und Europas aufgegriffen wurden. Von einer Sensibilisierung für die atomare Bedrohung ist in der frühen Auseinandersetzung mit den Bildern der Atombombenexplosionen wenig zu spüren. Stattdessen hat man die atomaren Erregenschaften begeistert gefeiert, während man ihre Gefahren ausblendete und die Vorstellungen von der

Atombombe absichtlich mit dem Trivialen und Alltäglichen zu vermischen schien.

Der Umgang mit der Atomtechnologie war 1946 für die Meisten etwas Neues, das Erscheinungsbild der Atombombenexplosionen wurde der breiten Öffentlichkeit überhaupt erst durch die *Operation Crossroads* bekannt. Die pilzförmige Wolke entwickelte sich aber schnell zum charakteristischen Symbol für die Atombombe. Die zahlreichen Fotografien und Filmaufnahmen der Atombombentests auf Bikini, vor allem diejenigen des *Baker*-Tests, die so oft in Zeitungen und Magazinen abgebildet wurden, führten dazu, dass sich die Bilder der Explosionswolke in der Wahrnehmung der Menschen einprägten und als unbewusste Imagination der Bombe dienten.

Bemerkenswert ist, dass zuerst von einem «Blumenkohlkopf» und nicht von einem «Pilz» die Rede war, weil der «Pilz» wohl bereits gefährlich konnotiert war. Für beide Benennungen aber gilt, dass sie keine unheimlichen Assoziationen mit Radioaktivität zulassen, vielmehr erlauben sie eine Verbindung mit dem Bekannten und Alltäglichen, sodass Bedrohung und Gefahr ausgeschlossen werden. So hatte die US-amerikanische Werbeindustrie auch keine Bedenken, selbst Nahrungsmittel mit der Atombombe und ihrer Strahlung in Verbindung zu bringen, wenn sie in den 40er- und 50er-Jahren *tasty uraniumburgers* oder das Speiseeis *uranium sundae* anpries. Ebenso vorbehaltlos lud Vizeadmiral William H. P. Blandy im November 1946 zur Abschlussfeier der *Operation Crossroads*, wobei er eine riesige Torte in Form einer Atomwolke anschnitt. Die These, dass der Umgang der westlichen Bevölkerung mit den Atombomben in der Anfangsphase vornehmlich in Form einer trivialen Ästhetisierung der Bombe ihren Ausdruck fand, lässt sich schliesslich dadurch belegen, dass ein New Yorker Reisebüro für die Zeit der US-amerikanischen Atombombentests im Südpazifik tatsächlich anbot, den Bombentests von Bord eines Kreuzfahrtschiffes zuzuschauen.

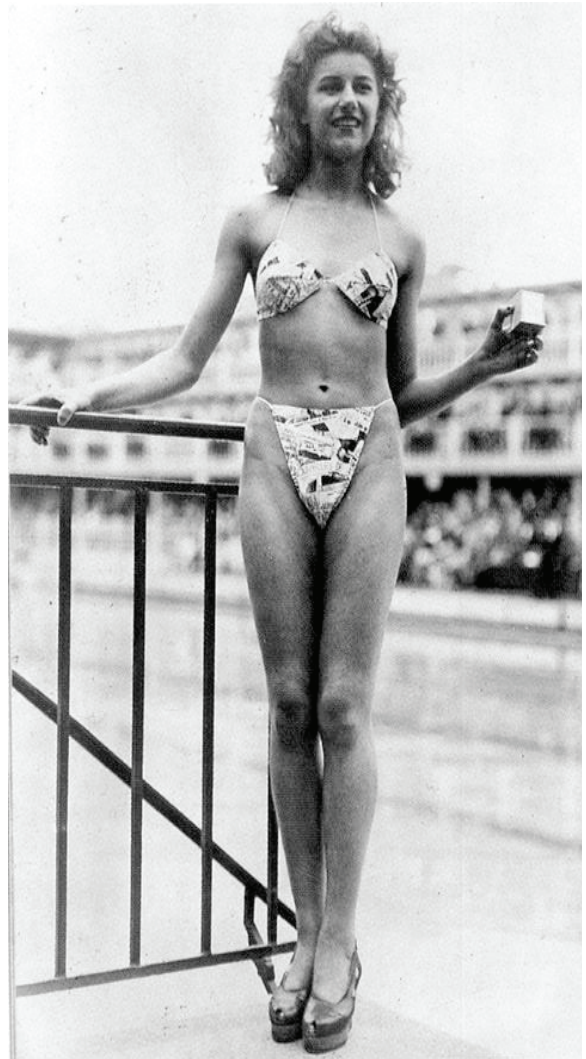
Der «Bikini» und die «Sexbomben»

Die bekannteste und wirksamste Rezeption der Ereignisse während der *Operation Crossroads* war zweifelsohne die Benennung des Bikini-Badeanzugs nach dem Ort der Bombentests. Knapp zwei Wochen nach Test *Able*, am 18. Juli, patentierte der französische Modeschöpfer Louis Réard seinen zweiteiligen Badeanzug. Kurz davor lief Micheline Bernardini, Model und ehemalige Nackttänzerin, zum ersten Mal mit dem Badeanzug aus vier Stoffdreiecken über den Laufsteg eines Pariser Schwimmbads. Die knappe Badebekleidung sollte die Weltöffentlichkeit genauso schockieren wie der Atomtest, weshalb sich Réard für den Namen *Bikini* entschied und ihn werbewirksam inszenierte: «Le bikini, la première bombe an-atomique.» Man mag diese Sexualisierung der Atombombe heute geschmacklos und einfältig finden. In der Alltagssprache der 40er- und 50er-Jahre wurde die Atombombe aber im-

mer wieder metaphorisch in die Nähe des Sexuellen gebracht. Man «verknallte» sich nun ineinander, begehrte Frauen wurden als «Sexbomben» bezeichnet, ihre Brüste als «Atombusen». Der Bomberpilot, der die Bombe beziehungsweise die sexuell «explosive Frau» unter Kontrolle hielt, wurde gleichzeitig zum männlichen Leitbild der Epoche. Ihre Flugzeuge und Bomben wurden mit Frauennamen und -abbildungen versehen. Während des Koreakriegs betitelte der *Stern* einen Auftritt Marilyn Monroes 1954, ungeachtet der ernsthaften Lage, zweideutig mit «Atombombe auf Korea».

Solche Bombenmetaphern lassen sich einerseits als Resultat realer verdrängter Ängste vor der unvorstellbaren Zerstörungskraft der Bombe interpretieren. Es werden aber auch eigentümliche, destruktive Explosions- und Machtgelüste erkennbar, die sich bei den Menschen – offensichtlich besonders bei Männern – mit der Atombombe verbanden. Möchte man die frühen Reaktionen auf die Atomtechnologie adäquat charakterisieren, muss demnach vielmehr von einer ambivalenten Bombenobsession gesprochen werden, in denen sich offenkundige wie verborgene Ängste und Lüste miteinander verschränkten. Es ist feststellbar, dass die atomare Technologie die Möglichkeiten, Hoffnungen und Ängste der Menschen derart radikal veränderte, dass man im Alltagsleben darauf grösstenteils hilflos reagierte. Sowohl die Reaktionen auf die Atombombentests in der amerikanischen Alltagskultur als auch die allgemeine sexualisierte Bombenmetaphorik müssen als Versuche verstanden werden, diese Unsicherheiten zumindest teilweise zu bändigen. Problematisch scheinen diese Reaktionen weniger wegen ihres heute befremdlichen Charakters, sondern vor allem, weil die Referenzen auf das Alltägliche, Triviale oder Sexuelle auch immer dazu dienten, eine moralische Verantwortung und Sensibilität für die Handlungen zurückzuweisen. Die warnende Erkenntnis, dass es im Kontext der Atombombentests oftmals an solcher Verantwortung fehlte, lässt sich nicht nur exemplarisch am Schicksal der Bikinier, die seit über 30 Jahren um Wiedergutmachung kämpfen, aufzeigen. Sämtliche Atomkräfte der Welt taten bis heute wenig, um ihr nukleares Erbe historisch aufzuarbeiten, geschweige denn – ganz praktisch gesehen – aufzuräumen.

Micheline Bernardini im ersten „Bikini“ am 5. Juli 1946



Literatur:

Kramer, Fritz: *Bikini oder die Bombardierung der Engel*. Auch eine Ethnographie. Mit Beiträgen von Annegret Bentert, Karin Geercken, Inge Petersen, Peter Probst, Pamela Winchester, Reiner Zapf, Frankfurt am Main 1983.

Film:

Stone, Robert (Regie): *Radio Bikini*, US 1988.

—

Text Andreas Hürlimann studiert Allgemeine Geschichte und Kulturanalyse im MA an der Universität Zürich.

«SF bi de Lüt» oder doch lieber «Desperate Housewives» ?

Für unsere moderne Gesellschaft sind Medien von signifikanter Bedeutung. Sie stellen Öffentlichkeit her, verbreiten Nachrichten, bieten eine Plattform für politische Debatten, dienen der Unterhaltung und informieren die Bevölkerung.

63

Medienregulierung ist nicht mehr nur Sache der Nationalstaaten, sondern findet zunehmend auch auf europäischer und globaler Ebene statt. Der bedeutendste Akteur in diesem Bereich ist die «Welthandelsorganisation» (WTO). Die World Trade Organization ist eine internationale Organisation, welche 1995 gegründet wurde. Ihr Ziel war und ist es immer noch, Handelsbarrieren auf der ganzen Welt zu beseitigen. Für diesen Zweck wird die WTO in drei Zuständigkeitsbereiche unterteilt: den Handel mit Waren (GATT), den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und handelsrelevante Aspekte zum Schutze geistigen Eigentums (TRIPS), welche sich inhaltlich allesamt mit Regeln für den internationalen Handel befassen.

Das GATS

Werfen wir einen genaueren Blick auf das GATS: Das General Agreement on Trade in Services wird auf sämtliche staatlichen Massnahmen betreffend Dienstleistungen jeglicher Sektoren angewendet. *Zumal Rundfunk, Film und Telekommunikation als Dienstleistungen gelten, hat das GATS auch für elektronische Medien eine wesentliche Bedeutung.*

Das Abkommen besteht aus allgemeinen und spezifischen Verpflichtungen. Die Allgemeinen gelten für alle Dienstleistungssektoren. Hier ist der wichtigste sektorenübergreifende Grundsatz jener der Meistbegünstigung. Das Meistbegünstigungsprinzip besagt, dass wenn ein Mitgliedstaat Dienstleistungen und Dienstleistungsanbietern aus einem Land gewisse Vorteile gewährt, dann müssen diese Vorteile für alle WTO Mitglieder gelten.

Es besteht jedoch die Möglichkeit, gewisse Dienstleistungssektoren von diesem Grundsatz zu befreien. Dies geschieht in sogenannten «MFN-Ausnahmen», welche zeitlich beschränkt sind. Eine weitere allgemeine Verpflichtung, die Transparenzverpflichtung, verlangt, dass Mitglieder alle Regulierungsmassnahmen, die Dienstleistungen betreffen, veröffentlichen müssen.

Im Gegensatz dazu werden die spezifischen Verpflichtungen nur angewendet, wenn ein Mitgliedstaat den betroffenen Dienstleistungssektor liberalisiert hat. Darauf wird in diesem Artikel jedoch nicht weiter eingegangen. Obwohl Film- und Fernsehmärkte unter das GATS fallen, sind die Auswirkungen auf die audiovisuellen Dienstleistungen (Film- und Videoproduktion und -vertrieb, Filmvorführung, Radio- und Fernsehen, sowie Tonaufnahmen) gering. Grund dafür ist, dass weder die EU noch die Schweiz spezifische Verpflichtungen eingegangen sind und gleichzeitig viele Ausnahmen fürs Meistbegünstigungsprinzip gestellt haben. Demnach gilt für die EU und die Schweiz momentan nur die Transparenzverpflichtung.

Man kann also sagen, dass die Liberalisierungsbestrebungen der WTO-Handelsabkommen den audiovisuellen Sektor in der Schweiz und in der EU soweit kaum tangiert haben. Das bedeutet aber keinesfalls, dass es so bleiben wird. Momentan sind die Verhandlungen wegen Uneinigkeiten der Mitglieder zwar auf Eis gelegt, *jedoch wird sich eine fortschreitende Liberalisierung in diesem Bereich wohl kaum verhindern lassen.* Insbesondere die USA mit ihrer dominanten audiovisuellen Industrie wollen eine weitere Liberalisierung unbedingt vorantreiben, wo-

hingegen die EU, die Schweiz und Kanada sich dagegen wehren und den Status Quo beibehalten möchten.

Zukünftige Probleme und mögliche Folgen

Das GATS beruht auf dem Prinzip der fortschreitenden Liberalisierung. Dies bedeutet, dass der audiovisuelle Sektor automatisch Gegenstand neuer Verhandlungsrunden sein wird. Ausserdem sind die MFN-Ausnahmen zeitlich beschränkt und drohen auszulaufen. Weiter verlangen die USA von der EU spezifische Verpflichtungen und missbilligen die staatlichen Subventionen in den Dienstleistungssektoren der EU. Zwar sind diese momentan noch zulässig, jedoch drängen die USA darauf, die Subventionsmöglichkeiten zu beschränken. Nicht zu vergessen sind die geplanten Reklassifikationen. Die US-Regierung möchte Produkte, die über das Internet geliefert und heruntergeladen werden können, reklassifizieren. Da man zum Beispiel Filme und Musik auf DVDs und CDs speichern kann, hat man ein greifbares Gut. Somit würden diese Dienstleistungen nicht mehr unter das GATS fallen, sondern unter GATT, was wiederum mit einer starken Liberalisierung einhergehen würde.

Von einer weiteren Liberalisierung, von einem Verbot staatlicher Subventionen und von Reklassifikationen wären die europäische und die schweizerische Medienregulierung stark betroffen. Bilaterale und multilaterale Ko-produktionsabkommen (zum Beispiel das Europäische Übereinkommen über die Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen) widersprechen dem Meistbegünstigungsprinzip. *Das Ablaufen der MFN-Ausnahmen würde eine bevorzugte Behandlung von EU-Staaten oder der Schweiz bei Förderprogrammen verbieten.* Weitere Verpflichtungen zur Öffnung des Marktzugangs würden primär auf die Abschaffung von Quoten zielen und gegenwärtige Regeln zur Medienkonzentration betreffen. Die Unterzeichnung eines Abkommens zum Verbot von staatlichen Subventionen in den Dienstleistungssektoren würde nicht nur Filmförderprogramme, sondern auch die öffentliche Finanzierung des Public Service bedrohen. Es ist also nicht verwunderlich, dass die Liberalisierung des audiovisuellen Sektors von vielen Staaten als Gefahr wahrgenommen wird.

Viele europäische Länder, darunter auch die Schweiz, betrachten die Liberalisierung als Bedrohung für ihre Medienkultur und die nationale Medienregulierung. Sie befürchten, dass die wachsende Kommerzialisierung den Service Public gefährden würde. Zudem vermuten sie, dass die eigene Medienkultur durch erfolgreichere amerikanische Produktionen verdrängt würde. Europa ist sich der ökonomischen Schwäche der eigenen Film- und Fernsehindustrie durchaus bewusst und betrachtet deshalb kulturpolitisch motivierte Subventionen und Unterstützungsmassnahmen als legitim. Die Schweiz und die EU appellieren an die Notwendigkeit einer kulturellen Vielfalt für ein demokratisches System. Darüber hinaus sei es

essentiell, die einheimische Kulturindustrie im Wettbewerb mit globalen, also vor allem amerikanischen Konzernen, zu schützen und zu stärken.

Hoffnung liegt bei der UNESCO

Die Schweiz, die EU und Kanada setzen in dieser momentanen Lage ihre Hoffnungen in die UNESCO. Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und ihr verbindliches Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (CCD), sieht in den Medien mehr als nur ökonomische Güter und bietet somit Rückendeckung für die Medienregulierung. Staaten, welche dieses Abkommen unterzeichnen, haben das Recht, Massnahmen zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt zu ergreifen. Dazu gehören Subventionen, Förderprogramme sowie Massnahmen zur Förderung der Medienvielfalt usw.

Es sieht momentan so aus, dass einzelne Regulierungsmassnahmen im audiovisuellen Sektor, welche das GATS prinzipiell verbietet, durch die CCD explizit legitimiert werden. Konflikte zwischen den beiden Verträgen sind demnach vorprogrammiert.

Was aber würde passieren, wenn es tatsächlich zu einem Streit zwischen Mitgliedstaaten bezüglich des GATS und des CCD kommen würde?

Sollte ein Staat seine Medien nach dem UNESCO-Übereinkommen regulieren und dabei seine GATS Verpflichtungen verletzen, würde er wahrscheinlich beim «Dispute Settlement Body» der WTO angeklagt werden. Die Chancen des CCD sind allerdings gering, da dieses Übereinkommen einerseits normativ schwach ist und im Gegensatz zum GATS keine klaren Verpflichtungen enthält. Es legitimiert nur das Recht von Staaten, die kulturelle Vielfalt zu schützen.

Was die Zukunft bringen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. Fest steht, dass fortschreitende Liberalisierung folgenschwere Auswirkungen auf die Medienregulierung haben werden. *Gleichwohl ist die öffentliche massmediale Kommunikation für die Gesellschaft von zu grosser Bedeutung, als dass man die Medien in rein ökonomischer Perspektive regulieren sollte.*

Mit WTO und UNESCO stehen sich zwei internationale Organisationen mit fundamental unterschiedlichen Zielen gegenüber. Wie es weiter gehen wird? Wir werden es sehen. Schlussendlich liegt es in den Händen der Nationalstaaten. Sie entscheiden, ob die Medien vollständig liberalisiert werden und wie sich die globale Medienregulierung entwickeln wird.

Autoreninfo:

—
Text Alessandra Keiser studiert Publizistik- und Kommunikationswissenschaften im BA an der UZH.

278,000 STUDENTS REACHED BY
OUR PUBLICATIONS

360 ARTICLES PUBLISHED
ANNUALLY

275 STAFF MEMBERS
WORLDWIDE

6 CONTINENTS
REPRESENTED

1 NETWORK LINKING FUTURE
WORLD LEADERS

**REACH THE ENTIRE NETWORK
BY WRITING FOR THE PERSPECTIVIST**

www.perspectivist.com

The Zurich Globalist is part of Global21 – a student-run network of international affairs magazines

Yale University, University of Toronto, Institut de Sciences Politiques,
Hebrew University, University of Cape Town, Peking University,
University of Sydney, University of South Australia, the London
School of Economics and Political Science, IBMEC University,
University of Oxford, Instituto Tecnológico Autónomo de México

